P21902F

# KOMMUNISMUS UND KLASSENKAMPF

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

SZD A926

Jahrg.3, Nr.4
Dez.1975

Preis: 4.– DM

Der Kampf um Angola (h.j.h.)

Die Taktik des KBW zum Eingreifen in die Betriebsratswahlen muß weiter verfolgt werden (d.b.)

Auseinandersetzung über die DGB-Demonstration in Dortmund im November (m.f.)

Aus dem Traum von der Ruhe an den Hochschulen ist nichts geworden (Aktionstage der Vereinigten Deutschen Studentenschaften) (h.j.)

Eine neue Phase des Klassenkampfes hat begonnen (j.s.)

Einige Bemerkungen zu den Herbstmanövern der Bundeswehr (f.)

Das „soziale Modell" des Herrn Hanns Martin Schleyer (d.h.)

Franz-Mehring-
Gesellschaft e. V.
5000 Köln 1

KBW

Kommunistischer
Bund
Westdeutschland

# KOMMUNISMUS UND KLASSENKAMPF

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

**Jahrg. 3, Nr. 4, Dezember 1975**


## Inhalt


Der Kampf um Angola (h.j.h.) 210

Die Taktik des KBW zum Eingreifen in die Betriebsratswahlen muß weiter verfolgt werden (d.b.) 225

Auseinandersetzung über die DGB-Demonstration in Dortmund im November (m.f.) 232

Aus dem Traum von der Ruhe an den Hochschulen ist nichts geworden
Die Streiks und Aktionen im Rahmen der Aktionstage der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) waren ein Schritt vorwärts (h.j.) 240

Richtlinien zur Untersuchung der Tätigkeit unserer Hochschulorganisationen durch die Ortsleitungen
Beschluß des ZK des KBW vom 5.7.75 244

Eine neue Phase des Klassenkampfes hat begonnen (j.s.) 247

Einige Bemerkungen zu den Herbstmanövern der Bundeswehr (f.) 256

Das „soziale Modell" des Herrn Hanns Martin Schleyer (d.h.) 260


---


**Kommunismus und Klassenkampf**
**Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland**
**Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland**

Redaktion: Ständiger Ausschuß des Zentralen Komitees
Verantwortlicher Redakteur: Joscha Schmierer, 68 Mannheim, Sandhofer Str.29

Erscheint einmal vierteljährlich im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621 / 3 60 15
Bankkonto: Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Konto Nr. 18 909 05
Postscheckkonto: Postscheckamt Karlsruhe, Konto Nr. 958 37-753

Preis der Einzelnummer: DM 4.00
Das Jahresabonnement (4 Nummern incl. Porto) kostet DM 16.00

Auflage: 15 000

Gesamtherstellung: J.Elfert (Caro-Druck), 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6

# Der Kampf um Angola

Am 10. November 1975 hat der portugiesische Hochkommissar die portugiesische Flagge in Luanda klammheimlich einholen und wie ein Flüchtling das Land verlassen müssen. Angola ist am 11. November ein souveräner und unabhängiger Staat geworden. Damit war der portugiesische Kolonialismus endgültig vom afrikanischen Kontinent vertrieben. Bereits zuvor hatten Mozambique, Guinea-Bissau, die Kapverdischen Inseln, Sao Tome und Principe die Unabhängigkeit erkämpft. All dies sind großartige Erfolge der Völker, die jahrhundertelang vom portugiesischen Kolonialismus unterjocht wurden, sind Erfolge der Völker Afrikas, die sich gegen Kolonialismus, Rassismus, Imperialismus und Hegemoniestreben erheben und ihnen wuchtige Schläge versetzen. Zugleich hat der bewaffnete Befreiungskampf der Völker der portugiesischen Kolonien zum Zusammenbruch des portugiesischen Kolonialismus geführt.

Der Befreiungskampf des angolanischen Volkes ist ein gerechter Kampf. Das angolanische Volk hat eine große Tradition des Kampfes gegen fremde Unterdrükkung und Kolonialismus. Die lange Geschichte dieses Kampfes, in der sich das angolanische Volk nie mit der portugiesischen Kolonialherrschaft abgefunden hat, zeigt, wie teuer ihm die nationale Befreiung ist. Sie ist zugleich die Gewähr dafür, daß das angolanische Volk auch die schwierige Situation, in der sich sein Kampf gegenwärtig befindet, überwinden wird.

1482 landeten die Portugiesen im Mündungsgebiet des Kongo, bereits 1491 fand unter Führung von Panzo-A-Nginga der erste bewaffnete Aufstand statt. „Er hatte sich geweigert, die Taufe zu empfangen und die neuen Gesetze der Missionare und Soldaten anzuerkennen" (1) In der fünfhundertjährigen Geschichte der portugiesischen Kolonialherrschaft haben die „N'Golas" nie aufgehört, diese zu bekämpfen. Erst im 19. Jahrhundert konnten die Portugiesen ihre Herrschaft auf das Landesinnere ausdehnen. Nicht einmal im zwanzigsten Jahrhundert konnten die Portugiesen behaupten, daß sie sich Angola fest unterworfen haben: die Dembos, in unmittelbarer Nähe der Hauptstadt Luanda, haben die Besetzung ihrer Territorien verhindert. Zurecht stellt Agostinho Neto, Präsident der MPLA, deshalb fest:

„Seit die Portugiesen zuerst an der afrikanischen Küste landeten, war unser Volk entschlossen, sie zu bekämpfen, besonders dann, als die koloniale Besetzung durch die militärische Unterdrückung besonders grausame Formen annahm, welche die Portugiesen durchführten, um das angolanische Volk zu zwingen, sich ihrer Autorität zu unterwerfen. Es gibt wunderbare Beispiele dieses Widerstandes gegen die Portugiesen im Süden und Norden des Landes – eines davon ist geschaffen worden durch die Königin N'Zinga' über sehr viele Jahre hinweg –. Aber das Volk war nicht vereint, die Kriege wurden durch bestimmte ethnische Gruppen geführt und die Portugiesen hatten eine Möglichkeit, die Gruppen gegeneinander auszuspielen und so die Ergebnisse, die von diesen Kämpfen erhofft wurden, zu verhindern.

Erst nach 1920 war Portugal fähig, vollständig das Land zu beherrschen. Der Widerstand war nicht damit beendet, er nahm einfach neue Formen an, besonders in den Städten, wo die Bevölkerung mehr in Berührung mit den Siedlern war, direkter unter der Rassentrennung und ökonomischen Ausbeutung litt und deshalb die Ungerechtigkeit der kolonialen Besetzung stärker spürte. Mehrere Bewegungen wurden dort gegründet, einige von ihnen aus Intellektuellen, die vorhatten, das Volk gegen die fremden Herrscher zu mobilisieren." (2)

In diesen Jahren bildeten sich auch die zwei Befreiungsbewegungen, die in der Folgezeit bestimmend für die Entwicklung des Befreiungskampfes wurden, MPLA (Volksbewegung für die Befreiung Angolas) und FNLA (Nationale Front für die Befreiung Angolas). Die MPLA wurde im Dezember 1956 gegründet auf der Grundlage eines Zusammenschlusses mehrerer Gruppen, darunter der PLNA (Partei des einheitlichen Kampfes der Afrikaner Angolas, 1953 gegründet) und der MIA (Bewegung für die Unabhängigkeit Angolas). Die FNLA geht zurück auf die UPA (Union der Völker Angolas), die 1954 gegründet wurde. Durch den Zusammenschluß von UPA und DPA (Demokratische Partei Angolas) wurde im März 1972 die FNLA geschaffen.

1961 begann der bewaffnete Kampf gegen die portugiesischen Kolonialisten. In Luanda wurde unter Führung der MPLA das Gefängnis angegriffen, um politische Gefangene zu befreien, im Norden erhoben sich vor allem die Bakongo unter Führung der UPA gegen die Plantagenbesitzer und die Kolonialverwaltung. Seitdem führte das angolanische Volk den bewaffneten Volksbefreiungskampf und hat dem portugiesischen Kolonialregime ebenso wie seine Waffenbrüder in Mozambique und Guinea-Bissao schwere Schläge versetzt. Dieses hat sich verzweifelt dagegen gewehrt. Es mußte dazu übergehen, direkt ausländische imperialistische Monopole ins Land zu holen, um so die Garantie dafür zu erhalten, daß es von den anderen imperialistischen Mächten in seinem Kolonialkrieg unterstützt wird. Umgekehrt nutzten die imperialistischen Mächte die Schwierigkeiten des Kolonialherrn bereitwillig aus, um sich in Angola festzusetzen und es auszubeuten, die bewaffnete Niederhaltung des angolanischen Volkes aber der portugiesischen Armee zu überlassen.

(1) Américo Boavido: Angola. Zur Geschichte des Kolonialismus. Frankfurt 1970, S. 26. Boavida war Mitglied der MPLA und fiel 1968 im Kampf gegen die portugiesischen Kolonialisten.

(2) Agostinho Neto in Tricontinental Nr. 12/1969. Zitiert nach: Race to Power: The Struggle for southern Africa. Anchor Books, 1974, S. 186. (Alle Übersetzungen aus dem Französischen und Englischen vom Verfasser.)



## Der US-Imperialismus ist ein alter Feind des angolanischen Volkes

An der Spitze dieser imperialistischen Mächte stand selbstverständlich der US-Imperialismus. Das amerikanische Finanzkapital, die amerikanischen Monopole bemächtigten sich der Ausbeutung wichtiger und wertvoller Rohstoffe. Aber nicht nur die USA, alle westlichen imperialistischen Mächte rissen und stritten sich um das Recht, das angolanische Volk und die Reichtümer Angolas ausbeuten zu dürfen. Krupp aus der BRD, über die DIAMANG die USA, England, Belgien, Rhodesien unter Beteiligung Portugals, Frankreich durch Pechiney und ab 1963 wegen des Eisenerzes auch Japan.

„Angelockt durch großzügige Investitionsvergünstigungen des Salazar-Regimes, kurbelten internationale Konzerne die Ausbeutung und Ausfuhr der Bodenschätze innerhalb eines Jahrzehnts so kräftig an, daß Angola pro Kopf der Bevölkerung heute einen dreimal höheren Exportüberschuß hat als die USA.

Vor allem Unternehmen aus den USA, Südafrika, Westeuropa und Brasilien sicherten sich ihren Teil am Boom. So beherrscht die in Südafrika registrierte Anglo American Corporation die Diamantengewinnung in Angola, die 1973 allein für 220 Millionen Mark Devisen einbrachte. Der deutsche Krupp-Konzern an der Spitze eines internationalen Kosortiums erschloß die auf eine Milliarde Tonnen geschätzten Eisenerz-Vorkommen von Cassinga. Und seit die nordamerikanische Gulf Oill Corporation 1966 vor der Küste der Exklave Cabinda fündig wurde, ist Erdöl zum Hauptexportartikel Angolas avanciert: In diesem Jahr wird der US-Petroleumgigant gemeinsam mit einem halben Dutzend weiterer nordamerikanischer, französischer und belgischer Gesellschaften für über eine Milliarde Mark Öl in Angola und Cabinda fördern.

Das Kalkül der Diktatur in Lissabon, seine Bündnispartner durch wirtschaftliche Verflechtung stärker für die Erhaltung des Status quo in den Afrika-Kolonien zu engagieren, war aufgegangen. „Die stärksten US-Interessen im südlichen Afrika", so analysierte Henry Kissinger in einem Geheimreport für seinen damaligen Präsidenten Nixon, „liegen in Angola". Und er empfahl, Washington solle zwar seine „öffentliche Ablehnung rassischer Unterdrückung beibehalten, aber die politische und wirtschaftliche Isolierung der weißen Staaten (in Afrika) lockern". (3)

Entsprechend hatten sie ein Interesse an der Niederhaltung des Befreiungskampfes. Dies betrieben sie durch die Unterstützung Portugals mit Waffenlieferungen und zahlreichen Krediten. Dies betreiben sie jedoch auch direkt: "... die mächtigen Lizenzgesellschaften dieser Produktionszweige im Territorium von Angola bilden richtige Staaten mit anerkannten Grenzen, Polizei- und Armeeeinheiten, Sicherheitsdienst, Sanitätswesen, Propagandaabteilung etc.; dadurch wird den Afrikanern jede Möglichkeit genommen, sich der Zwangsarbeit zu entziehen, Streiks und bewaffnete Aufstände zu organisieren oder zu den kämpfenden Nationalisten überzulaufen". (4)

Zugleich verfolgte der US-Imperialismus eine konterrevolutionäre Doppeltaktik: er unterstützte auf der einen Seite den Kolonialkrieg, gleichzeitig versuchte er, auf die nationale Befreiungsbewegung Einfluß zu nehmen, zu infiltrieren und sie für sich zu gewinnen. Anfang der sechziger Jahre nahm er Kontakt zur UPA auf. Jedoch: "Nach der Ermordung John F. Kennedys, der Amtsübernahme durch Johnson und der Entlassung M. Williams änderten die USA ihre Einstellung zur UPA, zu Portugal und zu den Kolonien. Der Wandel äußerte sich in einem 'verständnisvollen Verhalten zugunsten der Positionen der alten weissen Herren des südlichen Afrikas'. Opfer der neuen Strategie wurde die UPA" (5). Der US-Imperialismus hat diese konterrevolutionäre Doppeltaktik wiederaufgenommen, als abzusehen war, daß Portugals Herrschaft nicht ewig währen wird.

So war die eine Supermacht, die USA, zusammen mit ihren Verbündeten aus dem westlichen imperialistischen Lager bereits seit langem an der Ausbeutung der Bodenschätze Angolas beteiligt, direkter Hintermann des portugiesischen Kolonialismus, Feind der nationalen Unabhängigkeit. Klar war, daß sie nach der Niederlage der Portugiesen nicht tatenlos zusehen würden, sondern eine neokoloniale Lösung anstreben würden. Genauso, wie die „Junta der nationalen Errettung" unter General Spinola, die nach dem Sturz des Caetano-Regimes an der Spitze des portugiesischen Staates stand, keineswegs die Kolonien aufgeben, sondern sie Portugal erhalten wollte. In der Erklärung Spinolas nach dem Putsch vom 25. April 1974 heißt es ausdrücklich, daß Aufgabe der Junta sei „das Fortleben der Nation als souveränes Vaterland in seiner plurikontinentalen Gesamtheit zu garantieren". Nicht Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, nicht Anerkennung der nationalen Unabhängigkeit, sondern neokoloniale Lösung, dies war das Programm Spinolas und seiner Hintermänner. Um diese Lösung durchzusetzen, züchteten sich in Angola politische Organisationen, schürten sie den Aufruhr und setzten sie auf die Diffenrenzen zwischen den Befreiungsorganisationen. Die Befreiungsorganisationen aber haben die Pläne Spinolas, hinter denen der US-Imperialismus stand, zum Scheitern verurteilt, weil sie alle konsequent an der vollständigen politischen Unabhängigkeit festhielten und keine Konzessionen machten.

## Manöver der Imperialisten und Kolonialisten, um die Unabhängigkeit Angolas zu verhindern

Im Juli und August 1974 wurden von reaktionären Kolonialisten in Luanda Terrorfeldzüge gegen die Massen organisiert. Organisiert hatte sich diese Bande in der RUA („Vereinigter Widerstand in Angola"). Ihre Hoffnung war, ein rassistisches Regime wie in Zimbabwe zu errichten. Das Volk sollte durch die MDA („Demokratische Bewegung von Angola"), die zu Massendemonstrationen aufrief, gespalten werden. Ihr ureigenstes Anliegen war, das Verbleiben der imperialistischen Monopole im Land zu sichern. Ihre Aufrufe fanden bei den Massen selbstverständlich keine Unterstützung, die Spaltung schlug fehl. Das Gegenteil wurde durch diese Umtriebe erreicht. Das Volk schloß sich in Demonstra-

(3) Spiegel Nr. 48/1974, 25.11.74

(4) Boavida, a.a.O., S. 77

(5) ebd., S. 122. Williams war Leiter der Abteilung für African Affairs der US-Regierung und zugleich Eigentümer eines rieisigen Seifen- und Kosmetikmonopols.

tionen zusammen, die portugiesische Regierung mußte den Generalgouverneur absetzen. Sie mußte die Unabhängigkeit versprechen. Dies sollte aber ein Fetzen Papier bleiben, die Macht in den Händen der Reaktionäre bleiben: „Das zeigt folgender Plan, den die portugiesische Regierung kürzlich veröffentlichte. Danach soll bis zur ‚endgültigen' Unabhängigkeit eine Kolonialregierung gebildet werden, an der außer den Befreiungsbewegungen auch die ‚verschiedenen Bevölkerungsgruppen' teilnehmen sollten, womit sie hauptsächlich die Vertreter ihrer Interessen und der Interessen des Imperialismus meinen. Nach zwei Jahren sollen dann Wahlen für eine verfassungsgebende Versammlung durchgeführt werden. Portugiesisches Militär soll selbstverständlich weiter in Angola bleiben. Voraussetzung für diesen Plan ist der Waffenstillstand. Was das bedeutet, ist klar: Das Volk soll aufhören zu kämpfen, ohne sein Ziel, die völlige Unabhängigkeit, erreicht zu haben. In den zwei Jahren baut man eine Partei auf, die dann später als Marionettenregime der Imperialisten dienen kann." (6) Am 29. Juli hatte Rosa Coutinho, der Anführer der portugiesischen Militärjunta in Angola, erklärt, daß eine „Koalitionsregierung" gebildet werden könne, um die „Entkolonialisierung zu beschleunigen". Am 13.9. wurde im Regierungspalast von Luanda eine provisorische Regierung mit Coutinho an der Spitze vereidigt. Erklärt wurde, daß ein neues Wahlgesetz ausgearbeitet werde, auf desen Grundlage Wahlen zu eine verfassungsgebenden Versammlung stattfinden sollten. Allerdings erst binnen zwei Jahren. FNLA und MPLA wurde angeboten, sich an dieser Militärregierung zu beteiligen. Dies war nichts anderes als der Versuch, die Erlangung der wahren Unabhängigkeit zu verhindern und dafür die beiden Befreiungsorganisationen einzuspannen. Sowohl MPLA wie auch FNLA haben dies entschieden abgelehnt. In der Resolution der MPLA heißt es: „Wir haben einstimmig die Manöver der Kolonialisten abgelehnt, eine ‚provisorische Regierung' zu bilden. Die portugiesische Regierung wird die Verantwortung für die Konsequenzen zu tragen haben, die sich aus solcher einseitigen Entscheidung ergeben." Weiter erklärte die MPLA in dieser Resolution, daß sie den bewaffneten Kampf für die vollständige Unabhängigkeit fortsetzen wird. Die FNLA erklärte: „Jeder Versuch, unser Volk des Inhalts des Rechts auf die Verwaltung seiner eigenen Angelegenheiten zu berauben, wird ernste Folgen haben, für die sich einzig die portugiesischen Behörden verantworten müssen."

## Die Befreiungsorganisationen durchkreuzen diese Manöver

Die Portugiesen setzten auf die Differenzen zwischen den Befreiungsorganisationen, versuchten, sie gegeneinander auszuspielen und erklärten, daß „innere Schwierigkeiten" der Befreiungsorganisationen einer „Lösung" im Wege ständen. Die UNITA war durch die OAU damals noch nicht anerkannt. Zwischen MPLA und FNLA herrschten Differenzen. Die MPLA war durch innere Fraktionierung geschwächt. Ihr Ziel war, die MPLA ganz auszuschalten, die beiden anderen Befreiungsorganisationen FNLA und UNITA für ihre Pläne zu gewinnen, zugleich diese Befreiungsorganisationen aufeinanderzuhetzen. Zu diesem Zweck organisierte Spinola im Herbst 1974 ein Treffen mit FNLA und UNITA unter Ausschluß der MPLA. Dementsprechend mußten die Befreiungsorganisationen zwei Aufgaben anpacken und lösen: ein Abkommen gegen Portugal erkämpfen, das die vollständige Unabhängigkeit Angolas garantiert, und als Bedingung für diesen Kampf eine Verständigung untereinander erreichen, die eine wirksame Vertretung der Interessen des angolanischen Volkes dem Feind gegenüber ermöglichte.

Der MPLA-Vertreter Mingas erklärte der UN gegenüber am 7.10.1974: „Die Differenzen innerhalb des angolanischen Nationalismus dürfen nicht als Vorwand benutzt werden, um von den ‚Schwierigkeiten einer Lösung' zu reden." Mingas entlarvte die Bezugnahme Portugals auf innere Differenzen als „Verzögerungsmanöver, die Zeit gewinnen sollen für die faschistischen Überbleibsel, die jetzt noch in unserem Land beseitigt werden müssen". Tula, Sprecher der FNLA, erklärte der UN gegenüber: „Was unzulässig ist, ist die Duldsamkeit, die Passivität, die Komplizenschaft der Regierungskörperschaften. Man kann nicht für die Entkolonisierung sein und zur selben Zeit die Halsabschneider, die Faschisten, die Konterrevolutionäre von ESINA, FRA, RUA, FUA, PCDA decken und ermutigen . . . Und deshalb sagen wir, solang es keine offenen und ehrlichen Dialog zwischen den Befreiungsbewegungen und der portugiesischen Regierung gibt, solange wie diese ultrakolonialistischen Formationen ungestraft ihr Treiben fortsetzen können, solange wird die FNLA aufrechterhalten, daß das Programm der Entkolonialisierung für Angola, das von der MFA beschlossen wurde, nicht in die Praxis umgesetzt wurde, wie dies der Fall in Guinea-Bissau und Mozambique war." Tula sprach sich gegen die „Koalitionsregierung" Coutinhos aus: „Sie versuchen, sie uns zu verkaufen, aber wir wollten sie nicht kaufen." Die FNLA wolle keine Koalitionsregierung, die zu irgendetwas führe, sondern sie wolle eine Übergangsregierung, die erklärtermaßen in die Unabhängigkeit führe, genauso wie FRELIMO in Mozambique. MPLA war bereit, solch eine Übergangsregierung mit FNLA zu bilden. Mingas erklärte: „Wir können solch eine Koalitionsregierung mit FNLA akzeptieren." Die FNLA ihrerseits auch: „Wir können die Vergangenheit vergessen. Wenn die MPLA sich nicht in drei Fraktionen geteilt hätte, hätten wir die gemeinsame Front bereits jetzt und über die Unabhängigkeit zusammen als Sprecher des angolanischen Volkes verhandelt . . . Wir hoffen, daß sie ihre Probleme so bald wie möglich lösen können und wir eine Übergangsregierung bilden können, um den Prozeß der Machtübernahme zu regeln." (Tula, 7)
Schließlich wurde im Dezember 1974 zwischen MPLA und UNITA ein gemeinsames Abkommen geschlossen und von Neto und Savimbi, Präsident der UNITA, unterzeichnet:

MPLA und UNITA haben beschlossen:
1. alle Arten von Feindschaft und Propaganda zu beenden, die die Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen erschweren;
2. ein günstiges Klima der Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen von der Basis bis zur Führung sowie des gegenseitigen Respektes zwischen ihnen zu schaffen;

(6) Kommunistische Volkszeitung 17/74, 21.8.74
(7) alle Zitate nach Guardian vom 30.10.74



3. ständig gemeinsam die Interessen der Massen und Bauern und den Kampf für die Auslöschung aller Überreste des Kolonialismus zu verteidigen;
4. gemeinsame Organe auf allen Ebenen der Gesellschaft zu schaffen, um die örtlichen Probleme Angolas zu lösen;
5. sich nicht in die inneren Angelegenheiten des anderen einzumischen;
6. die ausgebeuteten Massen beim Wiederaufbau des Landes zu berücksichtigen;
7. mit der FNLA in diesem entscheidenden Augenblick unserer Geschichte eine gemeinsame politische Plattform zu schaffen, die als Grundlage für Verhandlungen mit den Portugiesen für die Bildung einer Übergangsregierung dient;
8. praktische Formen der Zusammenarbeit sofort zu prüfen – politisch und militärisch;
9. allen Manövern der inneren Reaktion entschieden entgegenzutreten, die zu ungerechten, durch den Kolonialismus vererbten Beziehungen tendieren, um dadurch den Frieden aufrechtzuerhalten;
10. entschieden alle Manöver gegen die nationale Einheit in Angola zu bekämpfen. (8)

Durch die Bemühungen der OAU und von Staatspräsident Kenyatta (Kenia) gelang es dann, Verhandlungen zwischen den drei Befreiungsorganisationen zu erreichen, in denen sie die doppelte Aufgabe lösen konnten: eine gemeinsame Erklärung zu erreichen, um den Weg frei zu machen für ein einheitliches Auftreten und Vorgehen gegen Portugal. Am 5. Januar wurde die Grundsatzerklärung von Mombasa beschlossen:

Die drei angolanischen Befreiungsbewegungen (FNLA, MPLA und UNITA), die vom 3. bis 5. Januar 1975 in Mombasa, Republik Kenia, zusammengetroffen sind, haben tiefgründig und sorgfältig die politische Situation Angolas in seinem derzeitigen Stadium der Entkolonialisierung analysiert.
Davon ausgehend, daß am 10. Januar 1975 in Portugal die Gipfelkonferenz mit dem Ziel von konstitutionellen Verhandlungen zwischen den drei angolanischen Befreiungsbewegungen beginnen wird und daß die besagte Konferenz zur Gründung einer Übergangsregierung und folglich zur nationalen Unabhängigkeit führen wird, haben die Delegationen der FNLA, MPLA und UNITA folgende gemeiname Grundsatzerklärung vereinbart und angenommen:
1. Zur territorialen Integrität:
Die drei Befreiungsbewegungen bekräftigen ihre Entschlossenheit, die territoriale Integrität Angolas und das Territorium innerhalb seiner derzeitigen geographischen und administrativen Grenzen zu schützen. Eben in diesem Rahmen wird Cabinda als integraler und unveräußerlicher Bestandeil Angolas betrachtet.
2. Zur nationalen Einheit
Die Delegationen der FNLA, MPLA und UNITA haben sich voll und ganz zu dem Ziel verpflichtet, eine gerechte und demokratische Gesellschaft in Angola aufzubauen, die jede ethnische, rassische und religiöse Diskriminierung sowie jede andere Form der Diskriminierung beseitigt.
3. Zur Wirtschaftslage
Die drei Befreiungsbewegungen registrieren mit Besorgnis die Verschlechterung der Wirtschaftslage in Angola. Die drei Bewegungen verlangen, daß die portugiesische Regierung unverzüglich wirksame Maßnahmen trifft, die die Interessen der Arbeiter schützen und die wirtschaftliche Entwicklung sowie den Prozeß des nationalen Wiederaufbaus im Lande stimulieren. (9)

So konnten sie gemeinsam der portugiesischen Regierung gegenübertreten und den Vertrag von Alvor erzwingen. In diesem Vertrag mußte die portugiesische Regierung die drei Befreiungsorganisationen als einzig rechtmäßige Vertreter des angolanischen Volkes anerkennen, die vollständige Unabhängigkeit hinnehmen und die Zugehörigkeit Cabindas zu Angola akzeptieren. Hier die wichtigsten Festlegungen des Vertrags von Alvor, der am 15. Januar 1975 unterzeichnet wurde:

Der portugiesische Staat und die nationalen Befeiungsbewegungen von Angola – die Nationale Front für die Befreiung Angolas (FNLA), die Volksbewegung für die Befreiung Angolas (MPLA) und die Nationale Union für die vollständige Unabhängigkeit Angolas (UNITA) – die sich vom 10. bis 15. Januar 1975 in Alvor an der Algarve getroffen haben, um über den Prozeß und den Zeitplan der Unabhängigkeit Angolas zu verhandeln, haben folgendes beschlossen:
Art. 1: Der portugiesische Staat erkennt die Befreiungsbewegungen – . . . FNLA, MPLA, UNITA . . . – als einzige und rechtmäßige Vertreter des Volkes von Angola an.
Art. 2: Der portugiesische Staat versichert noch einmal feierlich, das Recht des angolanischen Volkes auf Unabhängigkeit anzuerkennen.
Art. 3: Angola stellt in seinen gegenwärtigen geographischen und politischen Grenzen eine einheitliche und unteilbare Einheit dar und Cabinda ist in diesem Zusammenhang integraler und unveräußerlicher Teil des angolanischen Territoriums . . .
Art. 4: Die Unabhängigkeit und volle Souveränität Angolas wird am 11. November 1975 in Angola durch den Präsidenten der portugiesischen Republik oder durch einen von ihm ausdrücklich benannten Vertreter feierlich erklärt.
Art. 5: Die Macht wird bis zur Unabhängigkeitserklärung durch einen Hochkommissar und durch eine Übergangsregierung ausgeübt, die am 31. Januar eingesetzt wird.
Art. 6: Der portugiesische Staat und die drei Befreiungsbewegungen schließen durch das vorliegende Abkommen einen allgemeinen Waffenstillstand, der de facto schon von den entsprechenden Streitkräften auf dem ganzen Territorium Angolas beachtet wird. Vom jetzigen Zeitpunkt wird jede Rückkehr zur Gewalt als illegal betrachtet, wenn sie nicht von den zuständigen Verantwortlichen mit dem Ziel, interne Gewaltanwendungen oder einen Angriff von außen abzuwehren, erfolgt.
Art. 7: Nach dem Waffenstillstand bleiben die bewaffneten Kräfte der FNLA, MPLA und der UNITA in den Gebieten und Orten entsprechend ihrem jetzigen Standort stationiert, bis die in Kapitel 4 des vorliegenden Abkommens vorgesehenen Bestimmungen in die Tat umgesetzt sind.
Art. 8: Der portugiesische Staat verpflichtet sich in zunehmendem Maße bis zum Ende der Übergangsperiode den Organen der Souveräntität Angolas alle Macht zu übergeben, die er in Angola in Händen hält und ausübt.
Art. 9: Mit der Unterzeichnung des vorliegenden Abkommens sind alle während des nationalen Befreiungskampfes in Angola begangenen patriotischen Handlungen, die nach der zum Zeitpunkt der Handlungen gültigen Gesetzgebung strafbar waren, von jeder Strafverfolgung befreit.
Art. 10: Der unabhängige Staat von Angola übt die vollständige und freie Souveränität sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene aus.

Aus der Geschichte des Jahres 1974 kann man so gut verstehen, weshalb der Vertrag von Alvor, vorbereitet durch die gemeinsame Grundsatzerklärung der drei Befreiungsorganisationen von Mombasa, solch große Bedeutung hat:

– Das Komplott des US-Imperialismus und der portugiesischen Regierung, eine neokoloniale Lösung durchzusetzen, indem die Unabhängigkeit hinausgezögert, eine Verfassung nach ihrem Gusto erlassen und eine Koalitionsregierung unter Einschluß neu aufgebauter reaktionärer Parteien gebildet wird, ist mißlungen. Der Versuch, die nationale Befreiungsbewegung zu schwächen, indem die MPLA ausgeschaltet wird und FNLA und UNITA zu Komplizen der neokolonialen Lösung gemacht werden, ist gescheitert. Die drei Befreiungsorganisationen haben sich gemeinsam verständigt, eine gemeinsame Front gegen die portugiesische Regierung geschaffen. Diese wiederum muß sie als einzig rechtmäßige Vertreter des angolanischen Volkes anerkennen.

(8) nach Daily News (Tanzania) vom 21.12.74. Aus: Facts and Reports 1/75, 11.1.75
(9) Aus: Antiimperialistisches Informationsbulletin 2/75

– Durch den Vertrag von Alvor ist festgelegt worden, wie die Übergangszeit bis zum 11. November 1975 zu verlaufen hat, insbesondere sind die Kompetenzen des portugiesischen Hochkommissars, der in der angolanischen Übergangsregierung die portugiesische Regierung vertreten soll, genau definiert und begrenzt worden. Dies war notwendig, denn der ehemalige Kolonialherr war ja nicht vollständig aus dem Land vertrieben worden, sondern noch im Land für weitere zehn Monate vertreten.

– Durch die Grundsatzerklärung von Mombasa und den Vertrag von Alvor haben sich die drei Befreiungsorganisationen gegenseitig anerkannt und festgelegt, wie die Zusammenarbeit in bezug auf die Unabhängigkeit Angolas auszusehen hat. Das war zweifellos ein wichtiger Schritt im Kampf gegen alle Machenschaften von Imperialismus und Kolonialismus und eine Stärkung des Kampfes der Massen für nationale Unabhängigkeit.

Präsident Neto (MPLA) hat dazu in einem Interview erklärt: „Ungeachtet der Differenzen, die die drei Befreiungsorganisationen trennen, ungeachtet der Opposition von Großkapitalen, einiger Teile der Bevölkerung gegen die fortschrittliche Orientierung der MPLA, war der Boden, als wir in Algarve angekommen sind, durch die Plattform von Mombasa bereits vorbereitet. Alles war schon vorhanden, um die Unabhängigkeit vorzubereiten. Man mußte unbedingt eine Lösung finden und wir haben eine Lösung in einer sehr herzlichen Atmosphäre . . . gefunden. Es liegt auf der Hand, daß das Abkommen anders ausgefallen wäre, wenn wir allein am Verhandlungstisch gesessen hätten. Wir sind so weit wie möglich gegangen und die Verzögerungen der Unabhängigkeit sind so kurz wie möglich." Frage: „Keiner der 60 Artikel des Abkommens betrifft die ausländischen Firmen." Antwort: „Das wäre nicht der Fall, wenn wir alleine verhandelt hätten. Wir mußten eine Kompromißsituation hinnehmen. Keine Bewegung kann jemals ihr Programm voll durchsetzen. Wir hoffen, daß die Wahlen die Situation klarer machen werden." Frage: „Was soll man von dem Widerspruch zwischen dem gemeinsamen Willen der gegenwärtigen Übergangsregierung und den so unterschiedlichen Zielen, die jede Bewegung verfolgt, halten?" Antwort: „Die Widersprüche verhindern nicht die Zusammenarbeit. Auf dieser Grundlage fahren wir fort, die Probleme zu diskutieren wie die Frage der politischen und administrativen Organisationsformen in unserem Land. Wenn die gegenwärtigen Bedingungen bestehen bleiben, wird die Koalitionsregierung ein Erfolg. Dazu ist es aber notwendig, daß sich die Leitungen der drei Bewegungen auf dem Boden Angolas einrichten. Andernfalls werden vielfältige Schwierigkeiten auftauchen, denn der Einfluß des Auslandes wird sich sonst immer deutlicher auf bestimmte Organisationen bemerkbar machen. Was uns betrifft, so bleiben wir in Luanda, wo sich schon fast das ganze Zentralkomitee aufhält. Wir hoffen, daß die FNLA es genauso macht." (10)

Das Abkommen von Alvor war in dieser schwierigen Phase des Kampfes für die vollständige Unabhängigkeit ein Meilenstein. Dementsprechend reagierten die Imperialisten: „So gab die Frankfurter Allgemeine Zeitung z. B. ihrer Hoffnung Ausdruck, daß es nicht gelingen werde, ‚die Machtkämpfe zwischen den zerstrittenen Führern der schwarzen Angolaner bis zum 11. November zu unterbrechen'; ein ‚Bürgerkrieg in Angola' sei kaum vermeidbar." (11) Was die Imperialisten also heute als unvermeidlich und schrecklich hinstellen, haben sie damals bereits betrieben. Der Vertrag von Alvor mußte sie zu erneuten konterrevolutionären Manövern anstacheln. Aus dieser Situation heraus kann man erst richtig würdigen, welche Rolle die Politik der anderen Supermacht, des russischen Sozialimperialismus, spielt, die erst und gerade *nach* dem Vertrag von Alvor direkt auf den Plan getreten ist.

## Der russische Sozialimperialismus tritt auf den Plan

Der russische Sozialimperialismus tritt genau in dem Augenblick direkt auf den Plan, als die Machenschaften des US-Imperialismus durchkreuzt waren, Portugal dem Alvor-Vertrag zustimmen mußte, die drei Befreiungsorganisationen sich über den Weg zur Unabhängigkeit Angolas geeinigt hatten. Zweifellos gab es zwischen ihnen Diferenzen. Durch diese Entwicklung waren jedoch die Bedingungen geschaffen, daß sich ohne fremde Einmischung das Volk für die Unabhängigkeit rüsten kann und „Organe der Unabhängigkeit Angolas" (Art. 8) entstanden. Dies war der Zeitpunkt, an dem die Volksrepublik China ihre Waffenlieferungen an die drei Befreiungsorganisationen einstellte: „*Nachdem* die nationale Befreiungsbewegung Angolas mit Portugal einen Unabhängigkeitsvertrag erreicht hatte, gewährten wir den drei Organisationen Angolas keine neue militärische Hilfe mehr." (12)

Das genaue Gegenteil tat der russische Sozialimperialismus. Er inszenierte eine internationale Hetzkampagne gegen zwei der drei Befreiungsorganisationen. Er klassifizierte sie. Die eine bezeichnete er als fortschrittlich, die anderen als konterrevolutionär und reaktionär. Das gemeinsame Abkommen der drei Befreiungsorganisationen von Mombasa hat er damit mißachtet und dessen Zerstörung betrieben. Damit hat er gleich den Vertrag von Alvor als einen Fetzen Papier behandelt. Er hat ihn gebrochen, denn in ihm waren die drei Befreiungsorganisationen als rechtmäßige Vertreter des angolanischen Volkes anerkannt worden. Durch diese Hetzkampagne wollte er sich international eine Legitimation verschaffen, um sich direkt in Angola einzumischen. Sein Ziel war: Untergrabung der erreichten Einigung zwischen den drei Befreiungsorganisationen, eine zu fördern, in den Bürgerkrieg zu hetzen, in dem sie sich dann notwendig bloß durch seine massive Unterstützung und Einmischung behaupten kann, so Angola in Abhängigkeit zu bringen, um erstmals in ganz Afrika einen festen Stützpunkt zu erobern. Auch hier hat er den Vertrag von Alvor gebrochen und wie einen Fetzen Papier behandelt: In den Bestimmungen des Vertrags von Alvor wird festgelegt, wie die Vorbereitung und die Übergabe der vollständigen Souveränität an Angola am 11. November erfolgt – die Sowjetunion hingegen ergriff Schritte, die diese Vorbereitung und Übergabe grad erschweren und verhindern sollten. Auch die Waffenlieferungen sind vertragswidrig und auf Bruch des Vertrags von Alvor berechnet. Wer nach dem Vertrag von Alvor massiv Waffenlieferungen betrieb, konnte nur eines vorhaben: die Differenzen zwischen den Befreiungsorganisationen zu fördern, die Spaltung zu provozieren und den Bürgerkrieg zu schüren.

(10) Le Monde, 5.2.75
(11) Antiimperialistisches Informationsbulletin 2/75
(12) Rede von Tjiao Guan-hua, Außenminister der VR China, auf der UNO-Vollversammlung. Peking Rundschau Nr. 40/75, S. 12



Die Supermacht Sowjetunion hat also keineswegs eine „passive" Haltung Angola gegenüber eingenommen. Sie hat aktiv an dem Schüren des Bürgerkriegs gearbeitet. Dies erhellt auch die Vorgeschichte. Wie erklärt man sich sonst, daß die Sowjetunion bereits früher die MPLA mit Waffen unterstützt hat, ab Anfang 1974 aber die Unterstützung der MPLA durch Waffen abrupt abgebrochen hat? Daß mitten im Befreiungskampf gegen den portugiesischen Kolonialismus die Unterstützung an die MPLA eingestellt wurde und nach dem Vertrag von Alvor die Waffenlieferungen massiv aufgenommen wurden? „Die Sowjetunion stoppte all ihre Hilfe für die MPLA im Neujahr 1974, das heißt in der Mitte des Befreiungskampfes. Der Grund – nach Mario Soares und Agostinho Neto u. a. – ist ein geheimes Abkommen über Afrika zwischen Breschnew und Nixon, nach dem Angola zum amerikanischen Einflußbereich gehört, während Mozambique zum sowjetischen gehöre." (13)

Für die Supermacht Sowjetunion, die im Gegensatz zur anderen Supermacht nicht durch Kapitalanlagen bereits direkt im Land vertreten ist, die aber nach den Reichtümern Angolas giert, war kein anderer Weg gangbar. Sie mußte die Spaltung zwischen den drei Befreiungsorganisationen erreichen, sie aufeinanderhetzen, um eine an sich binden zu können. Gesetzt hat sie darauf, daß zwischen den drei Befreiungsorganisationen Differenzen vorhanden sind, die sie benutzen kann. Dies hat sie getan und dies betreibt sie immer eifriger.

## Kampf gegen Spaltung und Bürgerkrieg: das Nakuru-Abkommen

Dem Interesse der Imperialisten, insbesondere der beiden Supermächte, in Angola den Bürgerkrieg zu organisieren, um die Unabhängigkeit zu verhindern und Cabinda abzuspalten, steht jedoch das Interesse des angolanischen Volkes und der Befreiungsorganisationen entgegen, die nationale Unabhängigkeit zu erringen, den Abzug der portugiesischen Truppen zu erreichen und im Innern Angolas jene Bedingungen zu schaffen, die den Aufbau des Landes ermöglichen. Und dem steht die Entschlossenheit entgegen, keine imperialistische Einmischung mehr zuzulassen. Deshalb ist es den Bemühungen der OAU gelungen, erneut ein Treffen der Führer der drei Befreiungsorganisationen zustandezubringen. Dies fand im Juni in Nakuru (Kenia) statt. Auf diesem Treffen wurde beschlossen, „ein Klima der politischen Toleranz und der nationalen Einheit auf Basis der politischen und ideologischen Verschiedenheit Angolas zu schaffen". Festgelegt wurde, „jeder Form der Gewalt und Einschüchterung von Kämpfern ein Ende zu setzen, ebenso wie alle Gefangenen sofort zu befreien". Das Abkommen garantiert ebenfalls den drei Organisationen „das Recht auf eine freie politische Tätigkeit in jedem Teil des Landes". Es bekräftigt die Zugehörigkeit Cabindas zu Angola. Die drei Organisationen verurteilen die „militärischen Zusammenstöße, die die Situation erschweren und dabei den Tribalismus, den Regionalismus und den Rassismus begünstigen". Weiter beschlossen sie entsprechende Maßnahmen:

Auf der Suche nach Lösungen für Probleme, die die Übergangsregierung in dieser entscheidenden Phase des Entkolonisierungsprozesses operationsunfähig machen, hat die Befreiungsbewegung von Angola, FNLA, MPLA und UNITA beschlossen:
- die Unterstützung für die Übergangsregierung zu erhöhen und die Kämpfer auf allen Ebenen zu veranlassen, die Entscheidungen der Regierung zu erfüllen;
- positiv mit der Regierung bei der Anwendung von Maßnahmen zusammenzuarbeiten, die in allen Bereichen des nationalen Lebens, politisch, wirtschaftlich und militärisch ergriffen werden;
- zu vermeiden, sich selber an die Stelle der Regierung zu setzen durch die Ausübung von Vorrechten, die nur der Regierung zukommen;
- aktiv mit der Regierung zusammenzuarbeiten bei der Ausarbeitung eines allgemeinen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Minimalprogrammes, das auf den gemeinsamen Prinzipien aller Befreiungsbewegungen basiert;
- dringend souveräne Organe in Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Institutionen zu schaffen, die die wirkliche Tätigkeit der Regierung ausführen, kontrollieren und garantieren werden und die der Regierung untergeordnet sind, wie nationale Streitkräfte und politische Organe;
- die Regierung aufzufordern, das Rechtssystem neu zu strukturieren, um allen Formen privater Justiz ein Ende zu machen;
- die Beteiligung des Volkes am Leben der Nation durch Organismen des Volkes ermutigen, die auf den Befreiungsbewegungen basieren, auf der Ebene der Nachbarschaft, des Dorfes, der Kimbos, der Arbeiter und Studenten, wobei verwaltungsmäßige und gewerkschaftliche Strukturen genutzt werden.
- Bevorzugung der einzelnen Parteien innerhalb der Administration, die den Ministerien zugeordnet ist, entgegenzutreten und zu bekämpfen.
- zu fordern, daß die Regierung ihre Verwaltungsbestimmungen vollständig anwendet und als Sanktionen für ernste Fehler, die durch besondere Regelungen für diesen Zweck definiert werden, Beschlüsse zur Mißbilligung und mangelnden Vertrauens einzuführen;
- zu fordern, daß die Bestimmungen, die die Vorrechte und Kempetenzen des Präsidialkollegiums und des Nationalen Verteidigungskomitees festlegen und die gegenwärtig in Kraft sind, befolgt werden;
- zu fordern, daß die verschiedenen Ministerien die Entscheidungen ausführen, die der Ministerrat bereits beschlossen hat;
- zu fordern, daß die Regierung Sparmaßnahmen auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet ergreift;
- die Arbeiter und Unternehmer (contractors) zu ermutigen, die Möglichkeiten der Produktivkräfte, die in unserem Land vorhanden sind, zu nutzen;
- die freie Bewegung von Personen und Gütern im ganzen nationalen Territorium nicht zu verhindern;
- zu fordern, daß die Regierung eine Untersuchungskommission bildet, um die ehemaligen PIDE/DGS-Agenten und die Kolonialisten zu entlarven, die unverbesserliche Faschisten waren und sich an den Massakern am Volk beteiligten, damit ihre Ausweisung aus dem Land beschleunigt wird. Die Agenten und Informanten in den Reihen der Angolaner müssen gefangengenommen, vor Gericht gestellt und bestraft oder umerzogen werden. (14)

Das Abkommen von Nakuru dämmte den Konflikt jedoch nicht ein. Beide Supermächte verstärkten ihre Einmischung, ihre Waffenlieferungen, um den Bürgerkrieg vollends zum Ausbruch zu bringen. In Angola selber, in der Übergangsregierung, taten die portugiesischen Hochkommissare ihr Möglichstes, um die Befreiungsorganisaionen gegeneinander auszuspielen und zu übervorteilen. Seit Januar 1975 mußten mehrere Hochkommissare abgelöst werden, weil sie jeweils zugunsten einer der Befreiungsorganisationen Partei ergriffen,

(13) Facts and Reports 5.4.75, Nr. 7/75
(14) Africa, August 8/75

also selber bewußt den Vertrag von Alvor brachen. Wurden so die Kräfte zur Erkämpfung der nationalen Unabhängigkeit geschwächt, so ließ die Supermacht USA zugleich einen Flankenangriff im Norden und Süden auf das geschwächte Angola durchführen, um Teile Angolas zu besetzen bzw. abzuspalten. Im Norden Angolas wurde am 1.8.1975 durch eine Organisation namens FLEC, ein Geschöpf der Gulf Oil Co., die Unabhängigkeit Cabindas ausgerufen, um der Gulf Oil die Ausbeutung des Öls zu sichern. Der Putsch scheiterte. Alle Befreiungsorganisationen hatten diesen Anschlag auf die territoriale Integrität Angolas verurteilt. Im Süden ermunterten die USA das südafrikanische Rassistenregime zur Aggression gegen Angola und zur Besetzung des Gebietes um die Cunene-Staudämme. Die portugiesischen Behörden nutzten die Lage zu einem direkten Anschlag auf die Unabhängigkeit Angolas. Am 14. August kündigten sie einseitig die Übernahme der administrativen Macht an. Am 29. August gaben sie die Suspendierung des Abkommens von Alvor bekannt.

Umgekehrt riefen diese Einmischung und diese Anschläge auf die Unabhängigkeit Angolas die Gegenkräfte ganz Afrikas auf den Plan. Die OAU trat und tritt ein für die sofortige Beendigung aller ausländischen Einmischung in Angola, damit der Bürgerkrieg beendet werden kann, die Differenzen zwischen den Befreiungsorganisationen beigelegt werden können sowie für die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit. Sie verstärkte ihre Bemühungen insbesondere vor dem Unabhängigkeitsdatum am 11.11. und trat damit den Bemühungen der Imperialisten entgegen, die schon offen über eine Hinauszögerung der Unabhängigkeit spekulieren ließen. Die portugiesische Regierung wollte gar weitere Einheiten aus Portugal nach Angola verschiffen, was nichts anderes als eine Invasion gewesen wäre. In Portugal selber ist diese Absicht durch die Massen, durch die Soldaten verhindert worden. In Angola bekräftigten alle Befreiungsorganisationen ihre Entschlossenheit, am Tag der Unabhängigkeit festzuhalten.

Der Sozialimperialismus hingegen verschiffte weiter große Mengen von Waffen nach Angola und mischte sich direkt in den Bürgerkrieg ein, indem er Militärpersonal nach Angola verschickte. Gleichzeitig betrieb er eine Alleinregierung der MPLA nach der Unabhängigkeit, was notwendig zur Spaltung des künftigen Angola führen mußte. Er sicherte der MPLA volle Unterstützung zu, falls sie diesen Schritt mache und ermutigte sie dazu. Gleichzeitig wollte er der OAU diktieren, ausschließlich die MPLA-Regierung anzuerkennen und die Spaltung Angolas zu unterstützen. In doppelter Weise betreibt er so eine Politik der Spaltung: innerhalb Angolas, weil sich eine Alleinregierung der MPLA notwendig gegen FNLA und UNITA richten mußte und diese Regierung sich nur auf einen Teil Angolas beziehen konnte. Insofern war schon die Fortsetzung und Verschärfung des Bürgerkriegs garantiert. Da dieser als konventioneller Krieg geführt werden mußte, wurde die MPLA existentiell von seinen Waffenlieferungen abhängig und darüber will er zum Herren der weiteren Entwicklung in Angola werden. In bezug auf die OAU betrieb er die Spaltung, um so die OAU zu zerstören und ganz Afrika in zwei Lager zu trennen.

## Die beiden Supermächte rivalisieren um die Beherrschung Afrikas

Dieser Politik der beiden Supermächteist vorübergehender Erfolg beschieden worden. Angola ist zwar unabhängig, es sind aber zwei Regierungen gebildet und zwei Staaten ausgerufen, die sich bekriegen. Diese imperialistische Politik der Sowjetunion hat es der anderen Supermacht wieder ermöglicht, *offen* auf den Kampfplatz zu treten. Kissinger und Ford haben erklären können, daß sich der US-Imperialismus um Angola kümmern und seine „traditionellen Interessen" verteidigen müsse. Angola ist inzwischen erklärtermaßen zum Tummelplatz der beiden Supermächte geworden, auf dem sie ihre erbitterte Rivalität austragen. Geht es ihnen um die Beherrschung des reichen Angola, geht es ihnen um die Zerschlagung eines gerechten und heroischen Befreiungskampfes, so geht es ihnen zugleich um die Beherrschung Afrikas. Vom Standpunkt eines zwar nicht unmittelbar beteiligten, dennoch aber am Ausgang interessierten Imperialisten untersucht die „Zeit" die Lage:

„Die blutigste und wohl auch längste Periode des unerbittlichen Unabhängigkeitskampfes hat begonnen. In bester Tradition der Stellvertreterkriege haben die Supermächte und einige andere interessierte Nationen – unter ihnen die bedrohten weißen Staaten des südlichen Afrika – zur Entscheidungsschlacht für die eigenen Interessen antreten lassen.

Angola, Kongo-Brazzaville, Tansania mit Uganda und Moçambique, dazwischen das schwache Glied Sambia: Diese Staaten bilden einen soliden Sperriegel. Alles, was südlich liegt, kann von hier aus wirksam unter Druck gesetzt werden. Das betrifft Rhodesien, Namibia und Südafrika, jene letzten weißen Bastionen, deren Befreiung nicht nur das Ziel der schwarzafrikanischen Staaten ist, sondern auch der Sowjetunion, wenn für den Kreml auch andere Motive ausschlaggebend sind.

Moskau macht kein Hehl aus seiner Auffassung, daß auf diesem Teil der Landkarte die Hegemonialbereiche der Großen noch nicht abgesteckt seien. Schließlich ist dieser Teil der Erde ungleich bedeutender als etwa Südostasien; es geht um unermeßliche Bodenschätze, den Gewinn strategisch wichtiger Positionen und nicht zuletzt um die Kontrolle über die Ölroute ums Kap der Guten Hoffnung.

So galt denn das starke sowjetische Engagement in Moçambique weniger den Befreiungsbestrebungen der Frelimo als dem Vorhaben, in Ostafrika eine Verankerung für den Sperriegel hinüber nach Angola zu schaffen. Das war langfristig geplant und geschickter eingefädelt als die Bemühungen der amerikanischen Afrika-Politiker, die unter umgekehrten ideologischen Vorzeichen ähnliche Interessen wie die Sowjetunion in diesem Teil der Welt verfolgen, aber im Falle Moçambique durch das Nato-Bündnis mit Portugal hoffnungslos kompromittiert waren.

Auch Washington setzt offensichtlich auf einen *cordon sanitaire* zur Wahrung seiner Interessen. Allerdings verläuft die amerikanische Schutzlinie weiter im Norden, von Angola über Zaire nach Kenia. Wieder bildet Angola den westlichen Verankerungspunkt. Bisher haben sich die Mittelglieder als stabil erwiesen, obwohl im Falle Kenia die große Frage heißt: Was kommt nach dem Tode des 84jährigen Yomo Kenyatta? Um so verständlicher scheint deshalb der Wunsch der amerikanischen Regierung, General Mobutu mit großzügiger Militärhilfe bei Laune zu halten." (15)



## Alle Befreiungsorganisationen treten für die nationale Unabhängigkeit ein

Insofern ist der Kampf für die nationale Befreiung Angolas, die Verteidigung der jungen Unabhängigkeit und die Wiederherstellung der Einheit der Nation in einer komplizierten und schwierigen Situation. Sie ist durch die Einmischung der Supermächte geschaffen worden. Die imperialistische Propaganda will diese Einmischung damit rechtfertigen, daß die Befreiungsorganisationen Angolas erstens unselbständig seien und zweitens jeweils einer Supermacht zugeordnet werden müssen. Die eine sei prosowjetisch, die andere prowestlich (wobei doch auffällig ist, daß z. B. in den großen bürgerlichen Zeitungen der BRD arge Begeisterung für FNLA und UNITA auch nicht existiert). Selbstverständlich erfährt man über die Programme und Ziele dieser Organisationen rein gar nichts. Verschwiegen wird, daß vom erklärten Programm der Befreiungsorganisationen her tatsächlich die nationale Einheit möglich ist, weil alle für die Verwirklichung der nationalen Unabhängigkeit eintreten; insofern die Bedingungen für eine nationale Einheitsfront vorhanden sind und es aus der Geschichte bekannt ist, daß sie sich für neokoloniale Manöver nicht einspannen haben lassen. Die Differenzen zwischen den Befreiungsorganisationen sind kein Hindernis für eine gemeinsame Politik dem Imperialismus und der Hegemoniepolitik der Supermächte gegenüber. Die MPLA hat ein Programm für die Beseitigung der portugiesischen Kolonialherrschaft, die Errichtung der Volksrepublik und den witschaftlichen Aufbau des Landes. Die FNLA hat sich eindeutig festgelegt auf antikolonialistisch-nationalistische Ziele, hat ein präzises Agrarprogramm. Die UNITA tritt für nationale Unabhängigkeit ein bei gleichzeitigen großen Konzessionen an die ausländischen Monopole und Konzerne und die „Entspannungspolitik" Vorsters.

In ihrem Minimalprogramm tritt die **MPLA** ein für die Erkämpfung der vollständigen nationalen Unabhängigkeit und als Mittel dazu für die Bildung einer breiten angolanischen Befreiungsfront:

Die M P L A kämpft für die Verwirklichung folgenden Minimalprogramms:
Dringende Schaffung einer angolanischen Befreiungsfront, die in einer breiten Einheit alle politischen Parteien, alle Volksorganisationen, alle bewaffneten Kräfte, alle hervorragenden Persönlichkeiten des Landes, alle religiösen Organisationen, alle nationalen oder ethnischen Minderheiten Angolas, alle afrikanischen sozialen Schichten, alle im Ausland wohnenden Angolaner vereint ohne Unterschied der politischen Tendenzen, der wirtschaftlichen Bedingungen, des Geschlechts oder Alters, um die folgenden Ziele zu erreichen:
a) Fortsetzung des Kampfes mit allen Mitteln zur Liquidierung der kolonialen Herrschaft in Angola, aller Verkleidungen des Kolonialismus oder des Imperialismus zur unverzüglichen und völligen Unabhängigkeit des angolanischen Vaterlandes.
b) Ständige und wesentliche Verteidigung der Bauern und Arbeitermassen, der beiden wichtigsten Gruppen des Landes, die insgesamt fast die gesamte Bevölkerung Angolas ausmachen.
c) Bündnis mit allen fortschrittlichen Kräften der Welt und Eroberung der Sympathie und der Unterstützung aller Völker für die Sache der Befreiung des angolanischen Volkes.

In ihrem Minimalprogramm hält die MPLA zehn Punkte fest. Erstens unverzügliche und völlige Unabhängigkeit: „Liquidierung der portugiesischen Kolonialherrschaft und aller Verkleidungen des Kolonialismus und des Imperialismus in Angola *mit allen Mitteln*", „gemeinsamer Kampf mit allen patriotischen Kräften Angolas in einer breiten Volksbewegung mit dem Ziel der Machtübernahme durch das angolanische Volk und der Errichtung einer republikanischen und demokratischen Regierung auf der Basis der vollen Unabhängigkeit". Zweitens Einheit der Nation: „Garantie der Gleichheit aller Stämme Angolas, Verstärkung der Einheit und der brüderlichen gegenseitigen Hilfe", die Respektierung der Eigenarten und Rechte der nationalen und ethnischen Minderheiten bei gleichzeitigem Versuch, „die wirtschaftliche und soziale Solidarität sowie die normalen Beziehungen" zwischen ihnen zu fördern und zu entwickeln. Drittens Eintreten für die afrikanische Einheit. Viertens Errichtung eines demokratischen Regimes: „Republikanisches, demokratisches und konfessionsloses Regimes für Angola", das die demokratischen Rechte garantiert. Bildung einer Volksversammlung von Angola: „Die Versammlung des Volkes von Angola wird eine Koalitionsregierung ernennen, die wirksam die Einheit der nationalen oder ethnischen Minderheiten, der verschiedenen Landesregionen, der verschiedenen sozialen Schichten und der verschiedneen politischen Parteien vorantreiben und die wirklich den Willen der Nation zu Gunsten der Freiheit und des Fortschritts Angolas und gegen die politische und kulturelle Abhängigkeit des Landes von auländischen Interessen zum Ausdruck bringen soll."

In bezug auf den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Entwicklung der Produktion hat das Maximalprogramm der MPLA Punkte für die Erkämpfung einer nationalen Wirtschaft, die unabhängig vom Imperialismus ist, festgelegt.

**Wirtschaftlicher Wiederaufbau und Entwicklung der Produktion**
a) Entwicklung nach Etappen und Planung der Wirtschaft Angolas
b) Umwandlung Angolas in ein wirtschaftlich unabhängiges, industrielles, modernes, reiches und starkes Land.
c) Entwicklung der Landwirtschaft unter wesentlicher Berücksichtigung der Abschaffung der Monokultur, der progressiven Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität und der progressiven Mechanisierung der Feldarbeit.
d) Schaffung und progressive Entwicklung von staatlichen Handels- und Industrieunternehmen, von Ein- und Verkaufskooperativen und Produktionskooperativen. Progressive Schaffung von Schwerindustrie und Leichtindustrie für die Produktion von Konsumgütern für das Volk.
e) Ausbeutung der Energievorkommen des Landes durch den Staat.
f) Abschaffung der durch das Kolonialregime ausländischen Unternehmen eingeräumten Privilegien.
g) Wiederherstellung und Entwicklung der herkömmlichen afrikanischen Industrieen.
h) Entwicklung der Kommunikations- und Transprtmittel.
i) Protektion der privaten Industrie und des privaten Handels.
j) Förderung der privaten Industrie und des privaten Handels, die für die Staatswirtschaft und das Leben des Volkes von Nutzen sind.
k) Von Ausländern ausgebeutete Unternehmen müssen mit den neuen in Angola geltenden Gesetzen übereinstimmen.

(15) Die Zeit 21.11.75

## Seit 1960 Schritte zum Aufbau einer gemeinsamen Front

Die Auszüge aus den Programmen und Stellungnahmen zeigen, daß die Grundlagen für einen gemeinsamen Kampf vorhanden sind. Das zeigt auch die Geschichte der Beziehungen der Organisation zueinander. Dies zeigen die Bemühungen der OAU, ein gemeinsames Vorgehen der Befreiungsorganisationen zu erreichen, weil nur so eine maximale Einschränkung der Möglichkeiten der Imperialisten, diese Differenzen zum Zweck der Spaltung zu benutzen und auszunutzen, erreicht werden kann. Diese Geschichte beweist zugleich eindrucksvoll, wie stark der Wille der Massen nach nationaler Einheit im Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus ist. Diese Geschichte (18) muß erneut an den Tag gebracht werden, weil sie absichtlich unterdrückt und verschwiegen wird.

- Im Januar 1960 haben in Tunis Amilcar Cabral für die PAIGC, Lucio Lara für die MPLA und Holden Roberto für die UPA eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, in der festgestellt wird, „unsere Organisationen haben ein gemeinsames Vorgehen im Kampf gegen den portugiesischen Kolonialismus beschlossen, eine Entscheidung, von der wir glauben, daß sie unserer patriotischen Pflicht dient."
- Im April 1961 haben die Organisationen der portugiesischen Kolonien sich vereinigt, um die CONCR zu bilden (Konferenz der nationlistischen Organisationen der portugiesischen Kolonien), zu der die UPA eingeladen wurde.
- Am 5.12.1961 erfolgte die Bildung der „Demokratischen Vereinigung der Jugend Angolas", die die Jugend der MPLA, der UPA und der PDA zusammenfaßte.
- Am 27.März 1962 haben sich die UPA und die PDA vereinigt, um die FNLA zu bilden.
- Am 6. Juni 1962 lädt Nkrumah die MPLA und FNLA ein und schlägt ihnen eine gemeinsame Plattform für die Bildung einer militärischen Allianz und die Bildung eines vereinigten Oberkommandos vor, um die Einheit der angolanischen Befreiungsstreitkräfte voranzutreiben.
- Am 13. Oktober 1966 unterzeichnen in Kairo die Delegationen von MPLA und FNLA eine gemeinsame Plattform unter dem Vorsitz der Dreierkommission der OAU, die beauftragt war, sich mit dem Problem der Einheit in Angola zu befassen.

Im selben Jahr (1966) entseht die UNITA (Nationalunion für die vollständige Unabhängigkeit Angolas). Angeblich soll Savimbi, Präsident der UNITA, einst MPLA-Mitglied gewesen sein. Fest steht, daß er Mitglied der GRAE, der Exilregierung Angolas, gewesen ist, bevor er die FNLA verlassen hat und die UNITA gegründet hat.

- Im Dezember 1972 wurde zwischen MPLA und FNLA in Kinshasha, der Hauptstadt Zaires, ein Abkommen zur Vereinigung der zwei Organisationen geschlossen und von Agistinho Neto und Holden Roberto unterzeichnet. In der Präambel des Abkommens heißt es:

„In Erwägung a) der Einheit unseres Volkes und der gemeinsamen Ziele, die von unseren Organisationen verfolgt werden, b) der lebensnotwendigen Dringlichkeit, einen revolutionären bewaffneten Kampf mit mehr Wirksamkeit zu organisieren, um unsere Ziele zu erreichen, sind MPLA und FNLA übereingekommen, ein Klima des Friedens und der Brüderlichkeit zwischen den gegenseitigen Streitkräften zu errichten." (19) „Auf Initiative der 9. Konferenz der Organisation für Afrikanische Einheit wurde das Abkommen nach einer Sitzung des Vermittlungsausschusses der OAU auf Ministerebene erreicht, die am 11.12.72 in Kinshaha stattgefunden hat. Das Abkommen wurde außerdem von folgenden Mitgliedern des Vermittlungsausschusses unterzeichnet: dem Staatskommissar für auswärtige Angelegenheiten und internationale Zusammenarbeit von Zaire sowie den Außenministern von Kongo, Tansania und Sambia. Gemäß dem Abkommen wird ein ‚Oberster Rat für die Befreiung Angolas' mit Roberto als Präsidenten und Neto als Vizepräsidenten gebildet. Die Aufgabe des Rats besteht darin, die Aktionen des ‚Vereinten Militärkommandos' und des ‚Politischen Komitees Angolas' zu koordinieren, die nach der Vereinigung errichtet und von den Mitgliedern der MPLA und FNLA gemeinsam geleitet werden." (20)

Sollen diese Abkommen und Erklärungen die Differenzen zwischen den Befreiungsorganisationen herunterspielen? Nein, das sollen sie nicht. Sie sind jedoch eine ausgezeichnete Waffe gegen die imperialistische Propaganda, die den Charakter der Organisationen als selbständige nationale Befreiungsorganisationen leugnen will und sie jeweils einer imperialistischen Supermacht zuschlägt. Sie sind eine ausgezeichnete Waffe gegen die Lüge der bürgerlichen Journaille, die den Bürgerkrieg in Angola aus den inneren Differenzen der nationalen Befreiungsbewegung beweisen will. Daß die Bestrebungen, zum einheitlichen Vorgehen und Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus, für nationale Unabhängkeit zu kommen, immer wieder mißlangen, ist weniger diesen Differenzen geschuldet als den Machenschaften der Kolonialisten und Imperialisten, die diese Differenzen ausgenutzt und geschürt haben. So wie das Ziel einer unterjochten Nation die Befreiung von Imperialismus und Kolonialismus ist und Mittel dazu die Bildung einer breiten revolutionären nationalen Einheitsfront, so ist das Ziel der Imperialisten und Kolonialisten die Aufrechterhaltung von Unterjochung, Ausplünderung des Landes und Mittel dazu die Spaltung. Wenn Waffen, Geld, Bestechung, Intrigen zu diesem Zweck von ihnen angewandt werden, wer gehört dann auf die Anklagebank? Die Imperialisten und Kolonialisten oder die Befreiungsorganisationen, die mit solchen Mitteln bekämpft werden? Die Antwort ist klar. Manche Leute indes bevorzugen es, die Imperialisten zu schonen und stattdessen eine oder zwei Befreiungsorganisationen anzuklagen.

Die Geschichte zeigt, daß es den Befreiungsorganisationen Angolas tatsächlich um die Erkämpfung der nationalen Unabhängigkeit geht, daß die Spaltung innerhalb der nationalen Befreiungsbewegung das Werk der Imperialisten ist. Aus dieser Geschichte geht auch eindeutig hervor, was die Pflicht der Marxisten-Leninisten in der Unterstützung des Kampfes des angolanischen Volkes ist: Entlarvung der Politik der beiden Supermächte und Bekämpfung der imperialistischen Politik, die den inneren Streit schürt und den Bürgerkrieg nährt,

(18) Nach einer Erklärung der „Groupe de militants antiimperialistes africains" in „Unite rouge" vom 24.11.75
(19) ebenda
(20) Peking Rundschau 3/1973



Unterstützung der konsequenten Politik der OAU, die die Beseitigung jeder ausländischen Einmischung fordert und für eine Regierung der nationalen Einheit eintritt. Unterstützung jedes Schritts zur Einigung durch die Befreiungsorganisationen. Die Elemente der Einigung der nationalen Befreiungsbewegung Angolas sind durch ihre Geschichte bereits vorhanden, die Überwindung ihrer Spaltung angesichts ihrer Aufgaben erforderlich. Damit sie zur Entfaltung kommen können, muß entschieden die imperialistische Einmischung bekämpft werden.

## Die Aufgaben der Revolution in Angola

Die Herstellung der nationalen Einheit ist notwendig, um den Imperialismus und Kolonialismus schlagen zu können. Der Kampf um die Errichtung einer breiten revolutionären nationalen Einheitsfront ist das entscheidende Mittel, die wichtigste Taktik, um den Imperialismus besiegen zu können. Dies ist der entscheidende Schlüssel zum Erfolg. Falsche Freunde Angolas vertreten die Auffassung, **wie** dieser Erfolg der nationalen Unabhängigkeit errungen werde, sei gleichgültig. In bezug auf Angola vertreten sie die Auffassung, daß der Sieg einer der Befreiungsorganisationen über die anderen, mit massiver imperialistischer Unterstützung, in einem militärisch konventionell geführten Krieg den Erfolg sicherstelle. Sollte dies eintreten, so kann dies kein Erfolg im Kampf um nationale Befreiung sein, denn der Sieger muß dann mit Zwangsgewalt über eine gespaltene Nation herrschen. Anders als durch die Politik der Einheit der Nation gegen den Imperialismus kann kein Erfolg, der die Weiterentwicklung der Gesellschaft sichert, errungen werden. Dies liegt in den materiellen Verhältnissen der Gesellschaft und in der Triebkraft der Revolution begründet. Darüber hat es eine Auseinandersetzung zwischen der Zeitschrift „Arbeiterkampf" und der Kommunistischen Volkszeitung, dem Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland gegeben. Zusammengefaßt vertrat der „Arbeiterkampf" die Auffassung, daß in Angola bereits jetzt der Kampf zwischen „Bourgeoisie und Proletariat" stattfinde, „der Kampf um die zukünftige Gesellschaftsform Angolas entbrannt" sei (welche Gesellschaftsformation das sein soll, wird jedoch niemals erläutert). In der KVZ Nr. 39 haben wir geschrieben: „Für den Marxismus-Leninismus ist die wirkliche Triebkraft einer jeden Revolution die Entfaltung der gesellschaftlichen Produktivkräfte, welche die Fessel der jeweiligen Produktionsverhältnisse sprengt. Worin besteht diese Fessel in Angola? Sie besteht in der Unterdrückung des Landes durch den Imperialismus, in seiner Ausplünderung, die eine eigenständige Entwicklung unmöglich macht. Mit Sicherheit die Arbeiterklasse, die keineswegs damit einverstanden ist, daß sie mit ihrer Arbeit dem Monopolkapital in New York, Frankfurt, London oder auch in Moskau zu märchenhaften Profiten verhilft, während sie selber und mit ihr das ganze Land immer tiefer in Elend versinkt. Aber auch die sich in Angola heranbildende Bourgeoisie hat ein Interesse daran, die Fessel des Imperialismus zu sprengen, denn solange die in Angola geschaffenen Reichtümer von der imperialistischen Bourgeoisie angeeignet werden, gehen sie ihr verloren und hemmen die Akkumulation von Kapital in ihrer eigenen Hand." (21) Die Arbeiterklasse muß eine Politik entfalten, die für die nächste Aufgabe, die nationale Befreiung vom Imperialismus, alle Kräfte zusammenschließt. Dies ist prinzipiell natürlich auch die nationale Bourgeoisie. Genauso selbstverständlich ist, daß bereits zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie ein Widerspruch, gegensätzliche Interessen, vorhanden sind. Aber der entscheidende, der Hauptwiderspruch ist der zwischen Imperialismus und der unterdrückten Nation. Selbstverständlich findet innerhalb der unterdrückten Nation, innerhalb der nationalen Einheitsfront, Kampf statt. Er findet statt, welchen Weg diese Einheitsfront geht, welche Politik sie betreibt und welche Ziele sie vertritt. Nur unter Führung der Arbeiterklasse kann eine Diktatur aller antiimperialistischen Klassen errichtet werden, um die es in dieser Etappe geht. Im Kampf um die nationale Befreiung wird bereits während dieses Kampfes darüber mitentschieden, ob am Ende eine Bourgeoisie herrscht, die sich mit dem Imperialismus aufs neue verbünden, die Arbeiter und Bauern ausbeuten wird, oder ob auf Grundlage des Bündnisses von Arbeitern und Bauern unter Führung der Arbeiterklasse eine Diktatur aller antiimperialistischen Klassen und Schichten errichtet wird, die in wirtschaftlicher Hinsicht die Entwicklung des Privatkapitals reguliert und kontrolliert, die Lösung der Bauernfrage in die Hand nimmt und ein staatlicher Sektor unter Führung der Arbeiterklasse aufgebaut wird, um so auf dem Weg der Revolution zum Sozialismus voranzuschreiten. Im Kampf um die nationale Befreiung wird bereits darüber mitentscheiden, ob am Ende eine Bourgeoisie herrscht, die das imperialistische Kapital weiter im Land beläßt, die Wirtschaft den Gesetzen der kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung ausliefert oder ob die Diktatur aller antiimperialistischen Klassen nach Errichtung der politischen Unabhängigkeit auch die Maßnahmen ergreift, die der Erkämpfung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit und Selbständigkeit dienen: Enteignung des imperialistischen Kapitals, Nationalisierung der Bodenschätze, Errichtung eines staatlichen Außenhandelsmonopols.

Die Nation, das ist in den vom Imperialismus unterdrückten Ländern vor allem die Riesenmasse der Bauern. Sie werden entweder von den einheimischen Feudalherren, den Großgrundbesitzern ausgebeutet oder sie werden, wie in Angola, von den weißen Plantagenbesitzern zur Zwangs- bzw. Kontraktarbeit gepresst. Auf ihnen lasten zugleich noch die alten Stammesstrukturen. In Angola scheint es so zu sein, daß noch ein Gutteil der Stammesstrukturen intakt und nicht zersetzt ist, daß immer noch ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung sich durch Subsistenzwirtschaft ernährt (22), daß sich erst eine kleinere Schicht von Kleinbauern herausgebildet hat. Daran ersieht man, daß die beiden Aufgaben der nationalen Revolution – Befreiung vom Imperialismus und Lösung der Agrarfrage – eng und untrennbar miteinander verbunden sind. Wird nicht die Herrschaft der Imperialisten gestürzt, so wird es keine Möglichkeit geben, die Agrarfrage zu lösen. Geht man aber nicht korrekt daran, im nationalen Befreiungskampf die Agrarfrage anzupacken, so ist es unmöglich, die Volksmassen umfassend zu mobilisieren, eine mächtige Befreiungsarmee zu schaffen,

(21) KVZ Nr. 39 vom 2.10.75 „Die Haltung der Zeitschrift ‚Arbeiterkampf' zum Befreiungskampf des angolanischen Volkes ist schädlich!"
(22) Nach Angaben des issa-Intos Nr. 2/75 80 %

um die Herrschaft des Imperialismus zu stürzen. Zweifellos ist das Proletariat die führende Klasse in der Etappe der nationalen Befreiung; genauso unbestritten ist aber, daß die Hauptkraft der Revolution in der Etappe des nationalen Befreiungskampfes die Bauern sind. Die Führungsrolle des Proletariats wird dabei erleichtert, weil es selber aus den Reihen der Bauern, der Landbevölkerung hervorgegangen ist und durch zahllose Bande mit ihnen verbunden ist. Eine Revolution, die sich z.B. bloß auf die Hauptstädte des Landes stützen würde, wäre in einer ausweglosen Lage und zum Scheitern verurteilt. Weder wäre sie in der Lage, eine mächtige Befreiungsarmee zu rekrutieren, noch wäre sie in der Lage, den Aufbau einer selbständigen nationalen Wirtschaft in Angriff zu nehmen, denn dafür ist die Entwicklung und Förderung der Landwirtschaft entscheidend. Erfolgt dies nicht, so öffnet dies den Imperialisten ein Einfallstor und man wird unweigerlich abhängig von ausländischer „Hilfe".

Betrachtet man sich nun Angola, so wird erst recht deutlich, wie wichtig der Kampf um die Einheit der Nation gegen den Imperialismus ist. Unstrittig existieren in Angola noch Stammesstrukturen. Diese Stammesstrukturen behindern die Herausbildung einer einheitlichen Nation. Die portugiesischen Kolonialisten selber haben diese Widersprüche durch ihre Umsiedel- und Arbeitsmarktpolitik genutzt und zur Spaltung eingesetzt. Nach Angola haben sie sogar Teile der Bevölkerung der Kap Verden verschleppt und für sich arbeiten lassen.

So falsch es ist, den Konflikt zwischen den drei Befreiungsorganisationen auf einen Stammeskonflikt herunterzubringen, wie es die bürgerliche Presse gerne machen möchte, so notwendig ist es dennoch festzustellen, daß für das Voranschreiten der Revolution in Angola die Stammesstrukturen ein Hindernis darstellen und deren Überwindung erforderlich ist. Tatsache ist, daß sich die drei Befreiungsorganisationen immer noch stützen und rekrutieren aus Stämmen: der FNLA auf die Bakongo im Norden Angolas, die UNITA auf die Ovimbunde im Süden Angolas und die MPLA auf die Kimbundu. Die MPLA allerdings ist diejenige Organisation, die diese Aufgabe erkannt und angepackt hat und in ihrer politischen Praxis im Befreiungskampf gegen den portugiesischen Kolonialismus um die Überwindung dieses Hindernisses gekämpft hat.

Diese Tatsache zu erkennen, ist für die Etappe der nationalen Befreiung entscheidend: So wie die überkommenen Stammesstrukturen ein Hindernis und Hemmnis für die Entfesselung der Produktivkräfte sind und ein Hindernis sind für den Zusammenschluß gegen den Imperialismus, sie Ihm vielmehr die erfreulichsten Elemente der Spaltung bedeuten, so ist es umgekehrt so, daß gerade im Befreiungskampf gegen den Imperialismus, der sich ein bestimmtes Gebiet unterworfen hat und oft ein Staatengebilde über die Stammesgrenzen hinweg und hindurch geformt hat, die einheitliche Nation sich erst herausbildet. Durch den Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus wird so erst die Nation hergestellt und geschmiedet.

Wie wichtig dies ist, kann man auch am gegenwärtigen Bürgerkrieg in Angola ermessen. Tatsache ist, daß sich die Befreiungsorganisationen bekriegen. Daß es vorübergehend der einen gegen die andere gelingt, Boden gutzumachen. Tatsache ist aber auch, daß keine entscheidende Vorteile erringen kann. Und wenn sie Bodengewinne macht, dann liegt dies an dem militärisch-konventionell geführten Krieg. Der Einflußbereich bleibt im Großen und Ganzen unverändert. Dies liegt mit daran, daß zwischen Stammesstrukturen und Regionalstruktur eine gewiße Übereinstimmung besteht. Daß diese historischen Besonderheiten eine Rolle spielen, ersieht man auch daran, daß es keiner der drei Befreiungsorganisationen gelingt, einen Guerillakrieg im Hinterland der anderen zu entfalten.

So wie die Lage jetzt ist, betreiben beide Supermächte, daß jeweils die Seite, auf die sie setzen und die sie in den Bürgerkrieg hetzen, die andere Seite militärisch angreift und besiegt. Dies kann dazu führen, daß erneut der Stammeskonflikt geschürt wird und hervortritt. Jener Konflikt, der sich im Zuge des Befreiungskampfes gegen den ausländischen Aggressor zugunsten der Verschmelzung zu einer einheitlichen, kämpfenden angolanischen Nation aufzuheben begonnen hatte. Das Kalkül der Supermächte läuft jeweils darauf hinaus, daß eine Seite militärisch siegt: Sie dies aber nur kann und zugleich dazu gezwungen wird, wenn sie die andere Organisation militärisch liquidiert und die Massen, die diese unterstützen, mit Zwangsgewalt unterjocht. Dies erfordert den ständigen Zufluß der Geld- und Waffenlieferungen. Dadurch, so das Kalkül der Supermächte, ist die Abhängigkeit der jeweiligen Befreiungsorganisation von der jeweiligen Supermacht und die Verwandlung Angolas in eine Neokolonie gesichert. Es ist ein teuflisches und verbrecherisches Spiel, das die Supermächte hier treiben. Aus diesen Gründen ist es nötig, daß der Kampf um die nationale Einheit geführt wird. Der Verzicht auf diesen Kampf führt zur nationalen Zwietracht und Spaltung. Dies aber schadet der Unabhängigkeit und Selbständigkeit und nützt dem Imperialismus.

## Zeitschrift Arbeiterkampf: Fortsetzung der schädlichen Auffassungen

Es sind objektive Gesetze, die den Widerspruch von unterdrückten Nationen gegen Imperialismus hervortreiben und es sind objektive Gesetze, die die Einheit der Nation im Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus nötig und möglich machen. Sie müssen erkannt werden, wenn wir den Machenschaften der Supermächte richtig entgegentreten und den Befreiungskampf des Volkes von Angola richtig unterstützen wollen. Die Zeitschrift „Arbeiterkampf" des KB Nord ist hingegen der notwendigen Auseinandersetzung darüber ausgewichen, die von der KVZ geführt und gesucht wurde. Bei diesem Ausweichmanöver ist sie allerdings ausgerutscht und hat wider Willen ihre Auffassungen bloßgelegt. Im „Arbeiterkampf" Nr. 66 führt sie die Rechtfertigung so, daß es ihr nicht im geringsten darum gegangen sei, „irgendeine Klassenanalyse" zu geben, obwohl sie gleichzeitig selber ständig fordert, die KVZ solle „klassenmäßig" Stellung nehmen. Es ist schon einzigartig, wenn eine Zeitschrift, die sich kommunistisch nennt, von sich selber behauptet, die Untersuchung und Unterstützung von Klassenkampf und Befreiungskampf sei möglich unter Verzicht auf jede Klassenanalyse. Eine Untersuchung der Klassen und ihrer Interessen hält der KB Nord für Luxus. Auf diesen Luxus können die Marxisten-Leninisten nicht verzichten. Im Gegenteil, sie werden sich ihn immer leisten müssen, um die Etappe der Revolution herauszufinden und die in dieser Etappe mögliche Einheit.



Folgerichtig hat der KB Nord in der Nr. 68 seine trotzkistische Auffassung bekräftigt, daß die Bauern und ihre Teilnahme am Befreiungskampf unwesentlich sei. Von seiten der KVZ sei dies „schwatzschweifig". Die KVZ hatte geschrieben: „Der Kommunistische Bund Nord schlägt diese Erfahrung in den Wind und beharrt darauf, es gehe in Angola um den Kampf Arbeiterklasse gegen Bourgeoisie. Das ist die offen trotzkistische Position, die schon immer darin bestand, die Arbeiterklasse von den Bauern und den übrigen Teilen des Volkes abzuspalten und diese als Manövriermasse zu behandeln, sowie auf den Kampf um die Einheit einer unterdrückten Nation gegenüber dem Imperialismus zu verzichten. Das Proletariat ohne Bündnispartner und nur auf sich gestellt bzw. die fortgeschrittensten Teile des Proletariats mit radikaler Geste in Aufstände zu treiben, die nur mit blutigen Niederlagen enden können: Das ist das Wesen trotzkistischer Politik, weshalb die Kommunisten in China und Vietnam die Trotzkisten immer mit Recht als konterrevolutionäre Bande entschieden bekämpft haben." Der KB Nord antwortet darauf: die KVZ solle endlich klassenmäßig Stellung nehmen. „Stattdessen ereifert sich die ‚KVZ' schwatzschweifig, daß wir die angolanischen Bauern vergessen hätten, weil wir in AK 66 schrieben: ‚Hier ringen - wenn auch noch in ‚unterentwickelten Formen' - Bourgeoisie und Proletariat um die Macht.' - ‚Das ist das Wesen trotzkistischer Politik', die Bauern zu vergessen, tobt die ‚KVZ'. Die ‚KVZ' hat es damit in gewohnt gekonnter Manier wieder einmal fertiggebracht, sich an einer Frage festzubeißen, um die es überhaupt nicht geht, und sich damit um die zur Diskussion stehende Frage herumzudrücken."

Überschrieben ist dieser Artikel: „KBW zu Angola: Ein Skandal!" Die Zeitschrift „Arbeiterkampf" ist inzwischen soweit heruntergekommen, daß sie marxistisch-leninistische Auffassungen als „Skandal" bezeichnet. Auf solche wird sie noch öfters stoßen müssen. (23)

Eine solche Position führt zur Entwaffnung der Revolutionäre gegenüber den Supermächten und zur Entwaffnung gegen die eigene imperialistische Bourgeoisie. Der KB Nord ist dazu übergegangen, die Sowjetunion nicht zu entlarven, sondern ihre Einmischung zu begrüßen und zu unterstützen. In der BRD bekämpft er nicht die imperialistische Propaganda gegen das angolanische Volk, sondern unterstützt sie. In bezug auf das angolanische Volk unterstützt er nicht die nationale Eintracht gegen die beiden Supermächte, sondern die nationale Zwietracht, unterstützt er nicht den Kampf um die nationale Einheit, sondern propagiert die Spaltung der Nation. Dies führt notwendig dazu, daß auf die direkte imperialistische Einmischung gesetzt wird. Die Zeitschrift „Arbeiterkampf" hat bekanntlich gefordert, daß portugiesische Truppen nach Angola einmarschieren sollen (24), jetzt unterstützt sie die Einmischung der Sowjetunion. Natürlich ist die Redaktion dieser Zeitschrift schlau genug, nicht die Konsequenzen ihrer Haltung zu veröffentlichen. Das haben dafür die „Bonner Institutsgruppen" in einer Broschüre zu Angola herausgelassen:

> Im Moment war die FNLA Holden Roberto's die wirksamste Hinderung für die MPLA, sich in eine *nationale* Bewegung zu transformieren, war deshalb die Garantie dafür, daß die MPLA auf einen *militärischen Sieg* hinzuarbeiten hatte, daß die MPLA diesen Krieg als *Flächenkrieg* zu führen hatte und das an vielen Fronten und ihn nicht in den Städten (durch ihre Anhängerschaft) entscheiden konnte, weil nämlich zweitens allein in der Existenz der FNLA die Garantie dafür lag, daß die MPLA den Kampf nicht als Vertreter aller Stammesgruppen auf der politischen Bühne der Weltöffentlichkeit für sich entscheiden konnte.
> Savimbi im Zentralplateau und Süden mit seiner UNITA (ab 1966) taten da noch ein Übriges.
> Weiter war unter diesen Bedingungen, unter dem Zwang, militärisch siegen zu müssen, der Zusammenhalt des MPLA-Bündnisses immer gefährdet. Die siebziger Jahre haben gezeigt, daß die portugiesische Rechnung aufgegangen ist: trotz erheblicher Flächengewinne, trotz völliger Verankerung in Luanda, trotz moralischer und materieller Unterstützung eines Großteils der europäischen Linken bis hin zu skandinavischen Regierungen und der SPD und der militärischen Unterstützung der Sowjetunion hat die MPLA den militärischen Sieg nicht erringen können. Mit dem 25. April 1974 standen außer der MPLA auch FNLA und UNITA in Konkurrenz um die politische Macht in Angola. Einen politischen Entscheid zu ihren Gunsten konnte die MPLA aufgrund der Schwäche des linken Flügels der MFA und der internationalen Allianz zur „Sicherung demokratischer Verhältnisse" in Portugal wie im Süden Afrikas nicht durchsetzen.
> Militärisch war sie schwer getroffen durch den Abfall des Chipenda-Flügels. Der Entscheid über das weitere Schicksal Angolas wäre ohne die militärische Intervention der Sowjetunion, ohne die Unterstützung Kubas und trotz der fortwährenden Bemühungen einer ganzen Reihe von Führern afrikanischer

(23) Des weiteren stellt der KB Nord in seinem Zentralorgan fest: „Hier die Bauern ins Spiel zu bringen, ist gerade so gescheit, als ob jemand sich um eine Diskussion zur Frage der Diktatur des Proletariats herumdrücken will, indem er bemängelt, daß dabei die Bauern nicht erwähnt sind." Das kann schon nicht mehr überraschen. Auch für die Etappe der proletarischen Revolution vertritt der KB Nord die Auffassung, daß für das Proletariat die Frage nach den verbündeten Klassen nebensächlich ist und es sich solche Überlegungen schenken kann. Auch hier also Isolierung des Proletariats von Bündnispartnern und Aufforderung an die Arbeiterklasse, die Aufgabe des Kampfes um die Macht im Staat ohne die Gewinnung der Bauern zu lösen. Wir sehen sofort: dem KB Nord kann das Programm der Revolution in Westdeutschland keine ernsthaften Sorgen mehr betreiben. Er hat mit ihr nichts im Sinn. Die Klassiker des Marxismus-Leninismus gehen hier anders vor: „Wer zur Machtergreifung schreitet und sich auf sie vorbereitet, der muß sich für die Frage interessieren, wer seine wirklichen Verbündeten sind. In diesem Sinne ist die Bauernfrage ein Teil der allgemeinen Frage der Diktatur des Proletariats und als solche eine der lebenswichtigen Fragen des Leninismus. Wer aber die Revolution fürchtet, wer nicht daran denkt, die Proletarier zur Macht zu führen, der kann sich auch nicht für die Frage nach den Verbündeten des Proletariats in der Revolution interessieren - für ihn ist die Frage nach den Verbündeten eine gleichgültige, nicht aktuelle Frage. Die Ironie, mit der sich die Helden der II. Internationale zur Bauernfrage verhalten, gehört bei ihnen zum guten Ton, gilt als Zeichen des ‚echten Marxismus'. In Wirklichkeit gibt es hier auch nicht ein Gran Marxismus, denn die Gleichgültigkeit gegenüber einer so wichtigen Frage wie der Bauernfrage am Vorabend der proletarischen Revolution ist die Kehrseite der Ablehnung der Diktatur des Proletariats, ist ein unzweifelhaftes Merkmal des direkten Verrats am Marxismus." (Stalin, Fragen des Leninismus, Werke Bd. 6, 109 f.)

(24) Zu dieser Kritik in der KVZ Nr. 39 hat sich die Redaktion des Arbeiterkampf, obschon genügend Zeit zur Überlegung war, überhaupt nicht geäußert. Das aber ist ihre Pflicht. Im Zeitalter des Imperialismus ist es für die Beurteilung revolutionärer Politik entscheidend, ob sie bedingungslos den Befreiungskampf der unterjochten Nationen gegen Kolonialismus und Imperialismus unterstützt oder ob sie - unter welchem Mantel auch immer - der imperialistischen Bourgeoisie oder Kolonialmächten zugesteht, diesen Befreiungskampf zu bekämpfen, zu unterminieren, zu sabotieren. Welche Position hat nun die Zeitschrift „Arbeiterkampf"? Hält sie ihre schädlichen und falschen Auffassungen aufrecht, wagt sie aber nicht mehr öffentlich zu verteidigen oder hält sie ihre schädlichen und falschen Auffassungen nicht mehr aufrecht, will die Kritik aber wegstecken und vertuschen? Beides ist gleich schlecht. Sollte sie gar auf die Vergeßlichkeit ihrer Leser spekulieren? Wir erwarten jedenfalls, daß sich die Zeitschrift zu dieser Kritik äußert. Bis dahin wird man die Kritik aufrechterhalten müssen, daß diese Zeitschrift eine koloniale Politik beschönigt, verklärt und direkt unterstützt hat.

Staaten um eine politische Lösung schon getroffen: Ausrottung der MPLA und der sie tragenden Bevölkerungsgruppen von der heiligen Allianz von China / U.S.A. / Südafrika / Zaire / Brasilien und ihren Protagonisten Chipenda, Holden Roberto und Savimbi; Errichtung von Marionettenregimes im Raum Angola / Namibia / Katanga, die die ungehinderte imperiale Ausbeutung garantierten. Damit wäre die Vorherrschaft Südafrikas und Rhodesiens im südlichen Afrika für einen erheblichen Zeitraum gesichert, die Unabhängigkeit Mozambiques faktisch zurückgenommen, der Entwicklungsweg Tanzanias zum Sozialismus behindert, den Befreiungsbewegungen Südafrikas, Namibias, Rhodesiens Stützpunkte abgeschnitten. Allein in der lautstarken militärischen Unterstützung der MPLA durch die Sowjetunion und der Staaten, die gewöhnlich in ihr Lager gerechnet werden und die Solidarität einer Öffentlichkeit in Europa, die die Ausrottung ganzer Völkerschaften bzw. deren Duldung von Seiten unserer „friedlichen" Demokratien nicht zulassen will, liegt die Chance über die Internationalisierung des Konfliktes zu seiner „Neutralisierung" zu kommen, seine ‚politische' Beendigung für die Interessierten zur Notwendigkeit zu machen. Den militärischen Sieg der MPLA haben sie nicht gestattet, das hat sich im letzten Jahrzehnt gezeigt und erneut im Verlauf der Kämpfe in diesem Jahr. Und einen Volkskrieg a la Vietnam, über Jahrzehnte, kann die MPLA nicht führen. Dazu gehören Vorbedingungen gesellschaftlicher und geographischer Art, die in Angola nicht gegeben sind. Deshalb muß eine politische Lösung erzwungen werden, die immerhin die weitere Existenz von MPLA und der sie tragenden Bevölkerung Angolas garantiert.

Der Befreiungskampf eines Volkes gegen Imperialismus und Kolonialismus wird hier reduziert auf Verankerung in der Hauptstadt, das Land und die Landbevölkerung spielen keine Rolle, lediglich „Flächengewinne" sind wichtig und die Unterstützung der „Linken" und der Sowjetunion. *Weil* andere Befreiungsorganisationen vorhanden sind, *muß* die MPLA auf einen „militärischen Sieg" hinarbeiten. Der Konflikt soll „internationalisiert" werden. (Er ist es bereits durch die Einmischung der beiden Supermächte.) Der Verfasser meint aber, daß die Lösung des Konfliktes dem Volk von Angola aus den Händen genommen werden muß, andere Mächte außerhalb Angolas sollen über sein Schicksal entscheiden. Welche „internationalen" Mächte? Offensichtlich die Sowjetunion und die Staaten, die in ihr Lager gehören. Er hält das Volk von Angola für ein blödes, blökendes Schaf, das mit gebundenen Füßen dem Wolf zum Verzehr vorgelegt werden soll. Wohin soll diese „Internationalisierung" und das Erzwingen einer „politischen Lösung" führen? Die Souveränität und territoriale Integrität Angolas soll getrost aufgegeben werden, die Spaltung der Nation soll zementiert werden. Übrigbleiben soll: die Existenz von MPLA und der „sie tragenden Bevölkerung von Angola". An diesem Aufsatz sieht man, wohin die schwärmerische Haltung von manchen Intellektuellen, wohin die genießerische Haltung von Fans von Befreiungsorganisationen umschlagen kann. Für solche Auffassungen kann in der Solidarität mit dem angolanischen Volk kein Platz sein.

## Schluß mit der Einmischung der beiden Supermächte

Der Kampf des angolanischen Volkes für nationale Selbstbestimmung und Unabhängigkeit ist gegenwärtig in einer schwierigen Situation. Die Früchte seines Sieges gegen den portugiesischen Kolonialismus soll es nicht ernten, sondern es soll um sie betrogen werden. Nach Erlangung der Unabhängigkeit am 11. November 1975 war es nicht möglich, einen einheitlichen Staat, der unabhängig und selbständig ist und die Interessen der Nation vertritt, zu bilden. Im Gegenteil, es existiert Bürgerkrieg und Spaltung. Dies ist das Werk der beiden Supermächte, der USA und der Sowjetunion. Sie sind die gefährlichsten Feinde der Völker und schrecken vor nichts zurück. Gemeinsam fürchten sie die Unabhängigkeit Angolas und wollen sie verhindern. Zugleich rivalisieren sie erbittert darum, wem Angolas zufallen soll. Sie haben Angola zum Tummelplatz ihrer Rivalität gemacht, es durch ihre massiven Waffenlieferungen in ein Schlachtfeld ihres Kampfes um Weltherrschaft verwandelt. Ihre Hoffnung ist, Angola in eine Neokolonie zu verwandeln. Das Volk von Angola wird dies niemals dulden. Unsere Hoffnung und Unterstützung gilt jedem Schritt, den das angolanische Volk, die angolanischen Befreiungsorganisationen und die Organisation für Afrikanische Einheit unternehmen, um die beiden Supermächte aus dem Land zu vertreiben, die Einheit der Nation herzustellen, um ein wirklich unabhängiges Angola aufzubauen.

h.j.h.





**Berichte über die Klassenkämpfe in Portugal**
**Revolution und Konterrevolution mobilisieren die Kräfte**
*64 Seiten* *DM 2,00*
*Best.Nr.: 10501*

Die Broschüre enthält einen einleitenden Aufsatz über die Entwicklung der Klassenkämpfe in Portugal seit dem Sturz des Caetano-Regimes, eine Zeittafel über die wichtigsten Ereignisse seit dem 25.4.1974 sowie eine Reihe wichtiger Korrespondenzen aus der Kommunistischen Volkszeitung.




*38 Seiten* *DM 1,30*

Zu beziehen über: **Buchvertrieb Hager GmbH,** 6800 Mannheim, Sandhofer Str. **29**




# Die Taktik des KBW zum Eingreifen in die Betriebsratswahlen muß weiter verfolgt werden

Die Auszählung der Betriebsratswahlen ist abgeschlossen. Aus den Statistiken und Stellungnahmen der DGB-Gewerkschaften geht hervor, daß sie ihre Positionen halten und ausbauen konnten. (1)

Es gab nicht viel Änderung bei den Anteilen der DGB-Gewerkschaften in den Betriebsräten; somit haben die Christlichen, die Unorganisierten, die Berufsverbände nicht erreicht, was sie sich vorgenommen hatten, nämlich die DGB-Gewerkschaften bei den Wahlen empfindlich zu schwächen. (2) In den meisten Großbetrieben haben diese Verbände eigene Listen aufgestellt. Ihr Kalkül war es, eine Persönlichkeitswahl zu verhindern, um durch einige Stimmen auf ihrer Liste einen, zwei oder auch mehrere Kandidaten in den Betriebsrat zu bekommen; bei der Persönlichkeitswahl hätten sie zumeist so wenig Stimmen erhalten, daß sie keinen Platz erhalten hätten. Es war in den meisten Großbetrieben nicht möglich, daß die Belegschaft die Kandidaten wählen konnte, die sie kennt und von denen sie weiß, daß sie ihre Interessen im Betriebsrat vertreten. Sie hatte nur die Möglichkeit, Listen zu wählen, die vorher von der Gewerkschaft aufgestellt wurden. Die Frage, wer wird durch die Gewerkschaft aufgestellt, was sind die Voraussetzungen für eine Kandidatur, welche Kandidaten bieten die Voraussetzung dafür, daß der Betriebsrat seine Aufgabe, die Einheit der Belegschaft gegenüber dem Kapitalisten herzustellen, erfüllt, hatte somit vor der eigentlichen Wahl entscheidende Bedeutung.

Mit Programmen trat die Gewerkschaftsführung in den seltensten Fällen auf. Wenn, wie bei der BASF in Ludwigshafen, so sah es folgendermaßen aus:

„Das bisher Erreichte absichern und verbessern. Sicherheit der Arbeitsplätze. Menschengerechte Arbeitsbedingungen. Weitere Einkommensverbesserungen. Beteiligung der Belegschaft am Gewinn des Unternehmens usw.

Dort wo Aussagen getroffen werden, sind sie auf die Zusammenarbeit mit den Kapitalisten angelegt. Eine gewerkschaftliche Liste, die zum Programm erhebt, daß der Lohn der Arbeiter unmittelbar vom Gewinn des Kapitalisten abhängig ist, gibt ihren eigentlichen Zweck auf. Sie unterwirft die Arbeiter damit vollständig der Konkurrenz der Kapitalisten untereinander. Ob der Kapitalist nun viel oder wenig von dem Profit, den er aus den Knochen der Arbeiter gepreßt hat, realisiert, wird damit ausschlaggebend für den Preis, den die Arbeiter für ihre Ware, die Arbeitskraft, erhalten. Gerade zum gegenteiligen Zweck hat die Arbeiterbewegung Gewerkschaften aufgebaut, nämlich um unter allen Bedingungen den Kampf um den Lohn zu führen. Geprägt ist ein solches Programm der Zusammenarbeit nicht davon, den Schutz der Arbeitskraft vor schrankenloser Ausbeutung zu sichern, den Kampf führen zu können für Verbesserung der Arbeitsbedingungen. „Das Erreichte absichern" war die Hauptlosung der IG-Chemie-Liste bei der BASF. Das ist ein Hohn, wenn man sich anschaut, was in der letzten Zeit bei der BASF erreicht wurde: Entlassungen, Kurzarbeit, Nichtübernahme von Lehrlingen nach der Prüfung, Lohnverluste usw. Das wurde erreicht, und das will die IG-Chemie-Liste absichern. Es ist nicht nur nicht viel, sondern direkt gegen die Interessen der Belegschaft gerichtet. Die Sozialdemokraten in der Gewerkschaft haben hier unmittelbar die Parole der Regierung übernommen und haben alles aufgegeben, was den Zusammenschluß und den Kampf der Belegschaft gegen die Kapitalisten befördern könnte. Dies geht nur, wenn Forderungen aufgestellt werden, die den Versuchen der Kapitalisten, Mehrarbeit aus den Knochen der Arbeiter herauszupressen, entgegengesetzt sind. Bei der BASF in Ludwigshafen, wo also die Alternativen bestanden zwischen der IG-Chemie-Liste, dem CGB, der nur aus seiner Konkurrenz zum DGB lebte, und zwei Angestelltenlisten sowie einer „unabhängigen", ist die Wahlbeteiligung um 7 Prozent auf 66,92 Prozent gesunken. Die IG-Chemie-Liste erhielt davon 74,23 Prozent, etwa das gleiche wie bei der letzten Wahl.

Alle bürgerlichen politischen Parteien und Gruppen haben die Betriebsratswahlen zu nutzen versucht, um Spaltung in die Belegschaft zu treiben und zu vertiefen, wo es nur möglich ist. Die Christlichen, die dies offen vertreten und behaupten, Konkurrenz von verschiedenen Gewerkschaften sei für die Arbeiter nur förderlich, das sehe man auch bei den Kapitalisten, wo gesagt wird, Konkurrenz belebt das Geschäft. Die Sozialdemokraten, die nichts unternahmen, um die Einheit der Belegschaft gegen die Kapitalisten zu fördern, sondern versuchten den Gedanken der Zusammenarbeit zu nähren. Ebenso die Gruppe Rote Fahne, die unter Betriebsratswahlen Parlamentswahlen verstand und möglichst überall eigene Kandidaten aufstellte. Kühn berichtet sie in ihrem Zentralorgan, daß sie in 70 Betrieben Kandidaten aufgestellt hätte, bei 35 sei sie bis zur Wahl vorgestoßen, und in 30 seien ihre Kandidaten gewählt worden. An diesem Ergebnis kann man auf den ersten Blick erkennen, daß

(1) In der Metallindustrie liegen folgende Ergebnisse vor: 66 210 Betriebsräte wurden gewählt, davon sind 55 572 Mitglieder der IGM; 1972 wurden 65 408 Betriebsratsmitglieder gewählt, davon aus der IGM 53 214. In der Metallindustrie wurden insgesamt 10 041 Betriebsräte gebildet, 1972 waren es 9 578. Der Anteil der IGM-Mitglieder in den Betriebsräten ist von 81 % auf knapp 84 % gestiegen. (Angabe für 1972: Metallpressedienst Nr. 181, vom 3.11.1972; für 1975: METALL Nr. 29/75) Die IG Chemie erhielt 87 % der Sitze. (Gewerkschaftspost Nr. 9/75)

(2) „Der DGB braucht Konkurrenz, deshalb diesmal CGB" - Überschrift eines Flugblattes des CGB, bei der BASF Ludwigshafen.

Das muß nicht immer der Fall sein. Sehr wohl kann es sein, daß Forderungen in der Belegschaft verankert wurden, daß Abteilungen sie beschlossen haben, daß sie aber noch nicht in Personen gegen die Sozialdemokraten durchgesetzt wurden. Trotzdem waren dann die Wahlen ein Erfolg.

Anders, wenn diese Taktik nicht angewandt wurde, dann hat man außer einer „Oppositionellen Liste" nichts, und ein breites Feld der Betätigung für alle möglichen, der Arbeiterbewegung feindlich gesinnten Kräfte.

Der KB (Nord) hat dies vorexerziert in dem Hamburger Betrieb Hoechst, früher Reichhold. Dort hat er eine Liste aufstellen lassen, die nichts hatte als ihre Opposition gegenüber der Gewerkschaftsführung. Das ist natürlich zu wenig, denn man muß schon was vorzuzeigen haben gegenüber dem Kapitalisten, für den Kampf gegen ihn Vorschläge haben. Denn er ist der Ausbeuter, nicht die Gewerkschaftsführung. Sie ist unfähig, die Arbeiter im Kampf gegen die Ausbeutung zu führen, das muß man beweisen, indem selbst ein Vorgehen gegen die Kapitalisten vorgeschlagen wird. Die Liste, die sich „Konsequente Kollegen" nannte, brachte eine Zeitung mit dem Namen „Meinung" heraus. In der Nr. 1 vom 18.2.1975 beginnt sie ihren Wahlkampf.Wie eine bürgerliche Oppositionspartei stellt sie die Frage, was ist aus den Wahlaussagen geworden? (9) Kein einziger Angriff auf die Kapitalisten, die Bedingungen der Lohnarbeit werden **ausschließlich** dazu benutzt, um die Untätigkeit der SPD-ler anzugreifen, hinzu kommen noch einige Bemerkungen, was die „Konsequenten Kollegen" geleistet haben. Das war auch nicht viel. So war also nichts vorhanden. Nachdem dies düstere Bild gemalt wurde, sollte der Fehler anscheinend korrigiert werden, später wurden noch Forderungen aufgestellt, aber kein Wort davon, wie sie durchgesetzt werden sollen. Vielmehr wird in „Meinung" Nr. 2 vermerkt: „Für weitere Anregungen wären wir dankbar." (10) Dann folgt noch ein Artikel „zu den Methoden der Betriebsratsmehrheit". Diese Gruppe der „Konsequenten Kollegen" hatte nicht vor, die Belegschaft zu befähigen, den Kampf um ihre Rechte gegen die Kapitalisten zu führen. Die „Konsequenten Kollegen" waren nach allem Anschein der Meinung, daß nur sie es bringen werden, und zwar gegen die Sozialdemokratie. Das war eine willkommene Einladung an die SPD, ihr Geschäft der Spaltung zu betreiben. So konnte sie auch ohne zu sparen Angriffe gegen die „Konsequenten Kollegen" fahren. Diese hatten keine andere Möglichkeit, als sich darauf einzulassen, weil sie selbst nicht die Auseinandersetzung darüber aufnehmen konnten: wie führen wir den Kampf gegen die Kapitalisten? Die Politik des KB (Nord) hatte der IG Chemie Führung schon einmal die Möglichkeit gegeben, den Vertrauensleutekörper im Jahre 1972/73 aufzulösen. Schon damals haben sie nichts gelernt und den „Verein ehemaliger Gewerkschafter" gegründet. Nun torkelten die „Konsequenten Kollegen" in die nächste Niederlage. Trotz Persönlichkeitswahl und hoher Wahlbeteiligung, also ausgezeichnete Bedingungen, erhielt der Kandidat der „Konsequenten Kollegen" mit den meisten Stimmen nur 71 (zum Vergleich: Der Kandidat mit den absolut am meisten Stimmen erhielt 399 Stimmen). Keiner der „Konsequenten Kollegen" kam in den Betriebsrat. Eine Debatte um Forderungen, die aufgestellt werden müssen, gab es nicht, Forderungen wurden nirgends aufgestellt, die Belegschaft ist nicht aktionsfähiger geworden durch diese Wahlen, sondern ist in mehr Fesseln geschlagen als vorher. Hätten **nur** die „Konsequenten Kollegen" die Wahl verloren, wäre das nicht weiter schlimm, aber sie haben dazu beigetragen, daß die Belegschaft weiter als vorher von der Einheit im Kampf gegen den Kapitalisten entfernt ist. (11) Das Geheimnis, worin sich dieses Vorgehen bei Betriebsratswahlen von dem des Christlichen Gewerkschaftsbundes (CGB) unterscheidet, wird der KB (Nord) enthüllen können, es geschah aber im Namen des Kommunismus, das macht es noch schädlicher.

Am KB (Nord) und seiner Politik bei Hoechst (Reichold) sieht man, wie weit man in der Politik in der Arbeiterklasse kommt, wenn man sich nicht immer und überall von der Notwendigkeit der Herstellung der Einheit der Arbeiter gegenüber den Kapitalisten und der Arbeiterklasse gegenüber der Kapitalistenklasse leiten läßt, sondern sich prinzipienlos treiben läßt.

## Welche Fehler traten in der Durchführung der festgelegten Taktik in der Organisation auf?

Neben dem schon festgestellten Fehler, daß die Forderungen nicht resultierten aus der Untersuchung des Betriebes und der Geschichte der Belegschaft, sind zwei weitere entscheidende Fehler festzustellen. Die Vernachlässigung der selbständigen Propaganda der Kommunisten und die Vernachlässigung der ideologischen Auseinandersetzung mit dem Reformismus. Notwendiger Bestandteil der Politik der Aktionseinheit ist die selbständige Propagandatätigkeit der Kommunisten. „Die Kommunisten zeigen in diesen Kämpfen für begrenzte Ziele das Endziel der Arbeiterklasse auf, das sich aus dem unversöhnlichen Klassengegensatz ergibt und das in jedem Kampf neue Anhänger findet, weil sich die Arbeiter, die an diesen Kämpfen teilnehmen, auf Grund eigener Erfahrungen von der Richtigkeit der Anschauungen der Kommunisten überzeugen." (12) Die Betriebsratswahlen und die in ihrem Zusammenhang erhobenen Forderungen sind Forderungen für begrenzte Ziele. Forderungen, die erhoben werden, um den Widerstand der Arbeiter gegen die Willkür der Kapitalisten zu formieren. Diese Forderungen sind Forderungen, die sich gegen die Auswirkungen der Lohnarbeit richten, es sind noch keine Forderungen, die sich gegen die Lohnarbeit selber richten. Vollständig richtig ist es, daß die aufgestellten Forderungen resultieren mußten aus den Bedingungen, die die Lohnarbeit in einem bestimmten Betrieb hervorruft. Vollständig richtig ist es auch, wenn die Abteilung oder Arbeitsgruppe aus diesen Bedingungen heraus die Forderungen begründet, um die Aktionseinheit der Belegschaft gegen die Auswirkungen der Lohnarbeit herzustellen. **Nicht ausreichend** ist es aber für die kommunistische Zelle, ebenfalls dort stehen zu bleiben. Die kommunistische Zelle mußte den unversöhnlichen Klassengegensatz herausarbeiten und daß dieser Gegensatz unvermeidlich zu Kämpfen führt, auf die sich die Arbeiter vorbereiten müssen. Der Kampf gegen die Auswirkungen des Lohnsystems und die Debatte, unter welchen Forderungen dieser Kampf geführt werden muß, eröffnet gerade den Kommunisten die ausgezeichnete Möglichkeit, den unversöhnlichen Klassengegensatz und Lösung dieses Widerspruchs durch die proletarische Revolution herauszuarbeiten. Unser Ziel ist es, die Einheit der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse und den bürgerlichen Staat zum Zwecke der Zerschlagung des Staatsapparates herzustellen. Schließt eine Belegschaft sich gegen ihren Kapitalisten zusammen, so sind die Grundlagen für diese Propagandatätigkeit gut. Diese Propaganda festigt gleichzeitig die Front zur Durchsetzung der begrenzten Ziele der Belegschaft.

Der zweite Fehler, die Vernachlässigung der ideologischen Auseinandersetzung mit bürgerlichen Strömungen in der Arbeiterbewegung, hatte zur Folge, daß den Sozialdemokraten unnötig Raum für ihre Spaltungsmanöver gelassen wurde. Wurde diese Auseinandersetzung nicht geführt, konnte auch nicht mehr eindeutig die Frage geklärt werden: Wer ist der Spalter? Das Trennscharfe zwischen **Forderungen zum Kampf** gegen den Kapitalisten und **Politik der Zusammenarbeit** mit dem Kapitalisten mußte so verschwimmen. Wir können die Sozialdemokraten in eine Aktionseinheit zwingen z. B. gegen das Prämiensystem. Ohne weiteres können Sozialdemokraten diese Forderungen unterstützen. An der Frage, wie diese Forderungen durchgesetzt werden, scheiden sich aber die Geister. Die sozialdemokratischen Funktionäre sagen, mittels der Mitbestimmung und der Zusammenarbeit mit dem Kapitalisten, weil sie von der Versöhnung der Klassen ausgehen und nicht von ihrem schroffen Gegensatz. Tatsächlich lassen sich die Forderungen aber nur im Kampf durchsetzen. Die Ideologie der Klassenversöhnung zwingt dazu, in einem scharfen Kampf zu spalten, weil sie die Kämpfenden versöhnen will, das kann nur dem Gegner nutzen.

Wurde dies nicht beachtet und der ideologische Kampf gegen den Reformismus nicht geführt, konnte die Frage, wer spaltet die Einheit zu den Betriebsratswahlen, nicht mehr richtig beantwortet werden. So schreibt die Zelle bei Klöckner–Humboldt–Deutz (KHD) Köln: „Zur Listenwahl war es gekommen, weil die KHD-Metallarbeiterliste und die ‚Rote Liste' von vorneherein eigene Listen aufgestellt hatten." (KVZ Nr. 15/75) Das ist das Pferd vom Schwanz aufgezäumt. Nicht war

(9) „Worte und Taten - ein Vergleich
Vor ungefähr einem Jahr wurde der letzte Betriebsratswahlkampf geführt, der den jetzigen Betriebsrat zum Ergebnis hatte. Der damalige Wahlkampf wurde von beiden Seiten mit viel Energie geführt.
Wenn wir jetzt wieder vor der Wahl eines Betriebsrates stehen, müssen wir uns die Frage stellen: Was ist aus den Wahlaussagen geworden?
Zunächst eine grundsätzliche Feststellung: Die ‚konsequenten Kollegen' waren während des ganzen letzen Jahres stark bei der Umsetzung ihrer Wahlaussagen behindert, durch die übergroße Mehrheit der Betriebsräte der Gemeinschaftsliste! Deshalb wollen wir bei unserer Untersuchung damit beginnen, wieweit die Wahlaussagen der Gemeinschaftsliste verwirklicht wurden und damit (soweit es sich um Behauptungen über die Situation im Betrieb oder über die ‚Konsequenten Kollegen' handelt), wieweit ihre damaligen Behauptungen der Wahrheit entsprachen.
Eine der zentralen Behauptungen der Gemeinschaftsliste war, daß wir (die damalige Liste ‚Konsequente Kollegen') mit unserer Prognose über Abteilungsauflösungen, Gefährdung der Arbeitsplätze und Rationalisierungen, Gerüchte in den Umlauf brachten, um Unruhe auszulösen und mit der Angst der Kollegen Wählerstimmen einfangen wollten.
Dazu ein Zitat aus dem Flugblatt der Gemeinschaftsliste vom 20.2.74: ‚Gerüchte über Auflösungen und Rationalisierungen . . . Der drohende Verlust von Arbeitsplätzen . . . Solche Dünste lassen die sogenannten ‚konsequenten' Kollegen aus ihrer Gerüchte-Küche aufsteigen. Das tun sie natürlich mit Bedacht. Angst und Schrecken sollen ihnen Wähler bringen.' (Ende des Zitats)
Kaum ein halbes Jahr später wurden sie eines Besseren belehrt! Wer aber erwartete, daß die Betriebsräte der Gemeinschaftsliste aus den Tatsachen die Konsequenzen ziehen würde, sah sich arg getäuscht. Obwohl die Betriebsrats-Mehrheit schon im April '74 bei der Auflösung zweier Forschungslaboratorien hätte wach werden müssen, leugnete sie sogar noch Mitte August jede Gefahr für die Arbeitsplätze.
Mitte August wurde die Betriebsvereinbarung zur Vermeidung der Kurzarbeit abgeschlossen. Nicht der Abschluß der Betriebsvereinbarung, sondern zu behaupten, man könne Kurzarbeit verhindern, ist eine bewußte Täuschung der Kollegen und ein klarer Mißbrauch des Wählervertrauens.
Dagegen hat die Liste Konsequente Kollegen schon seit Anfang '73 auf die Gefahren hingewiesen und auch wenigstens einen zeitweise wirksamen Ausweg (Produktstrukturänderungen) aufgezeigt, über die die Betriebsratsmehrheit noch nicht einmal diskutieren wollte.
In einem Flugblatt am 14.2.74 stellte die Gemeinschaftsliste folgende weitere Behauptung auf:
„. . . jeder Ausgelernte findet einen Arbeitsplatz."
Wie es aussieht, wenn „alle Ausgelernten einen Arbeitsplatz finden", haben die zehn Auszubildenden gesehen, die im November ihre Kündigung bekamen und genauso haben es in Hamburg weitere Hunderte von Ausgelernten gesehen.
Die Liste Konsequente Kollegen hat im letzten Wahlkampf klar die Garantie der Übernahme aller Ausgelernten gefordert!!
Die Gemeinschaftsliste versprach für die Offenlegung der Entwicklung von Forschung und ATA zu sorgen – was geschah? Nichts!
Die Gemeinschaftsliste versprach die Einführung langfristiger Personalplanung – was geschah? Nichts!
Die Gemeinschaftsliste versprach Ausschreibung aller offenen Stellen – was geschah? Wenig!
Was können die Konsequenten Kollegen dagegenhalten?
Wir haben bei allen unseren Programmpunkten Vorstöße zur Durchsetzung unternommen, sofern es nicht solche waren, die auf Grund unserer Minderheitenstellung nicht möglich waren.
Wir beantragten eine regelmäßige Information durch den Betriebsrat – die Betriebsratsmehrheit lehnte ab.
Trotzdem informierten wir auf eigene Rechnung die Belegschaft durch die Herausgabe einer Reihe von Flugblättern zu aktuellen Themen. Diese Informationen waren der Werksleitung und der Betriebsrats-Mehrheit wenig angenehm. Das bekamen die Betriebsräte der Konsequenten Kollegen in teilweise wenig schönen Anwürfen zu spüren (besonders Kollege Bähr, der gewöhnlich der Unterzeichner war).
Obwohl die meisten Anträge von uns im Betriebsrat abgelehnt wurden, kann man doch einen gewissen Erfolg unserer Kollegen im Betriebsrat feststellen. Es gelang uns mehrmals, die Ablehnung von Verwarnungen und Kündigungen im Betriebsrat durchzusetzen. Nicht zuletzt hat die häufige Information der Belegschaft durch uns sicherlich bewirkt, daß viele Fragen und Probleme der Belegschaft nicht durch die Betriebsrats-Mehrheit vermauschelt werden konnte. Man sollte sich mal die Frage stellen, was passiert wäre, wenn wir nicht im Betriebsrat gesessen hätten und so viel wie möglich offengelegt hätten.
Während die Gemeinschaftsliste ihre Versprechungen nach der Wahl sofort wieder vergaß, versuchten wir unsere Programmpunkte nach Möglichkeit zu erfüllen. Die Ereignisse innerhalb des letzten Jahres haben die Behauptungen der Gemeinschaftsliste total widerlegt und unsere Prognosen (leider!) bestätigt." (Aus: „Meinung" Nr. 1)

(10) „– Die Übernahme aller Auszubildenden nach der Lehre. 1975 wurden von 10 Laboranten nur 4, von 4 Facharbeitern nur 2 übernommen!
– Abschaffung der Beurteilungsbögen. In diesen Beurteilungsbögen wird mit keinem Wort danach gefragt, was der Auszubildende lernen sollte und tatsächlich gelernt hat, sondern nur sein Verhalten beurteilt (z. B. Pünktlichkeit, Zusammenarbeit mit Vorgesetzten).
– Gleiche übertarifliche Zulage für alle ausgelernten Kollegen. Zur Zeit erhalten alle Ausgelernten eine abgestufte ‚Leistungszulage', die sich nach den schulischen Leistungen und den betrieblichen Beurteilungsbögen errechnet.
– Teilnahme aller Auszubildenden an den Jugendversammlungen. Da bei Jugendversammlungen fast nur Probleme der Auszubildenden zur Sprache kommen (bei uns gibt es keine Jungarbeiter), sind wir der Meinung, daß alle Auszubildenden gemeinsam ihre Probleme auf der Jugendversammlung besprechen müssen.
– Teilnahme von Jugendvertretung und Betriebsrat an den Gruppenversammlungen. Die von der Werksleitung eingeführten Gruppenversammlungen (für Facharbeiter, Laboranten und EDV-Kaufleute getrennt) werden bisher alleine von der Werksleitung und dem Ausbildungswesen ohne Teilnahme von Betriebsrat und Jugendvertretung durchgeführt.
Für weitere Anregungen wären wir, die ‚Konsequenten Kollegen', dankbar." (Aus: „Meinung" Nr. 2)

(11) Vergleiche auch KVZ-Ortsbeilage Hamburg Nr. 14/75

(12) „Die Politik der Aktionseinheit richtig anwenden", a.a.O.

es dazu gekommen, weil die oppositionellen Listen von vorneherein bestanden, sondern weil die Sozialdemokratie in den Gewerkschaften durch ihre Politik die Gewerkschaftseinheit auf dem Boden des Klassenkampfes zu verhindern sucht. Die Politik der Klassenversöhnung ist es, die die Spaltung betreibt, nicht die sich herausbildende Opposition gegen die Politik der Gewerkschaftsführung. Die Aufstellung eigener Listen ist eine falsche Antwort auf die Spalterpolitik der Sozialdemokraten, es dient der Herstellung der Einheit nicht, ist aber nicht Ursache der Spaltung. Verwechselt man Ursache und Wirkung, dann ist man nicht mehr in der Lage, der sich herausbildenden Opposition eine Perspektive im Kampf gegen die Kapitalisten und der Bekämpfung falscher Ansichten in der Gewerkschaft zu weisen. Der gleiche Fehler erscheint in der erwähnten Zuschrift zur KVZ etwas weiter unten wieder: „Es gibt jetzt einen Betriebsrat, der aus 3 Fraktionen zusammengesetzt ist und kein einheitliches Kampforgan der Belegschaft sein kann. Das wird nur den Kapitalisten nützen." Daß in der Wahl der oppositionellen Metallarbeiterliste mit 7 von 22 Sitzen im Betriebsrat ein realer Fortschritt steckt und welche Schwächen dieser Fortschritt hat, das wird nicht untersucht.

Daß es verschiedene Fraktionen im Betriebsrat gibt, das wäre mit Sicherheit auch der Fall gewesen, wenn eine Persönlichkeitswahl stattgefunden hätte, auch wenn diese Liste ein Programm als Grundlage hätte und erst recht, wenn Kommunisten auf dieser Liste kandidiert hätten.

Noch viel weniger wäre der Betriebsrat ein Kampforgan, wenn die offizielle IGM-Liste mit dem alten Betriebsratsvorsitzenden an der Spitze alle Sitze bekommen hätte. Zu solchen Fehleinschätzungen kann es kommen, wenn nicht ausgegangen wird vom Inhalt sozialdemokratischer Politik: der Unterordnung der Interessen der Arbeiterklasse unter die der Kapitalistenklasse. (13)

Die aufgetretenen Fehler beim Eingreifen der Organisation lassen sich an drei entscheidenden Punkten festmachen:

1. Die Aufstellung der Forderungen resultierte nicht aus einer Untersuchung des Betriebes und der Kämpfe der Belegschaft, sie wurden schematisch aufgestellt und es blieb dem Zufall überlassen, ob sie zur Vereinheitlichung beitrugen oder nicht.
2. Die Propagandatätigkeit wurde vernachlässigt.
3. Der ideologische Kampf zwischen proletarischer und bürgerlicher Weltanschauung wurde vernachlässigt, was zu einer Unterschätzung und Fehleinschätzung der Sozialdemokratie führte.

Wenn bei KHD die Metallarbeiterliste 1/3 der Sitze erhält, wenn beim Vulkan 4 aus der IGM Ausgeschlossene auf die Einheitsliste gesetzt werden und 3 davon gewählt werden, wenn bei der Firma Weyhl 3 Vertreter der Forderungen gewählt werden, wenn die Gruppe oppositioneller Gewerkschaft bei Opel-Bochum 36 Prozent der Stimmen erhält, wenn bei Ford Köln 20 der 41 Sitze oppositionelle Listen erhalten, wenn bei Opel-Rüsselsheim 2 IGM-Listen auftreten und die Liste mit der alten Betriebsratsmehrheit nur noch 14, die oppositionelle 20 erhält (soweit nur als Beispiele), dann zeigt dies, daß in den Belegschaften zum Zeitpunkt der Wahlen schon starke Bewegungen vorhanden waren, die auf Veränderung der Lage drängten, und die Sozialdemokratie nicht mehr in der Lage ist, diese Bewegung vollständig aufzufangen. Zum Zeitpunkt der Wahl hat sich diese Bewegung noch weitgehend in der Stimmabgabe niedergeschlagen. Diese Bewegung ist weiter fortgeschritten und hat mit Streiks und Aktionen aktiv den Kampf gegen die Auswirkungen der Lohnarbeit aufgenommen. Die eingeschlagene Taktik des KBW hat sich, dort wo sie konsequent verfolgt wurde, bewährt. Die Grundlagen für ein Aktionsprogramm der Belegschaft wurden geschaffen. U.a. hatte dies auch zum Ergebnis, daß die Zahl der Mitglieder des KBW in den Betriebsräten sich verdoppelt hat.

## Die aufgestellten Forderungen bleiben Grundlage für die Herstellung der Einheit. Der Betriebsrat muß genutzt werden

Dieser Lage, einem sich rasch formierenden Widerstand gegen die Willkür der Kapitalisten, müssen die Kommunisten durch ihre Taktik der Politik der Aktionseinheit im Betrieb gerecht werden.

Die Grundlagen dieser Taktik sind angegeben durch den Beschluß zum Eingreifen in die Vorbereitung der Betriebsratswahlen.

Festzustellen ist, daß nach den Wahlen die aufgestellten Forderungen in der Politik der Zellen vielfach keine wesentliche Rolle mehr spielten. Sie wurden propagiert und aufgestellt zum Zwecke der Wahl. Nachdem diese abgeschlossen war, wurden aber andere Gegenstände herangezogen. Das ist falsch, weil die Forderungen kein Wahlprogramm waren, sondern Forderungen der Belegschaft, durch ihr Vertretungsorgan gegenüber dem Kapitalisten erhoben, aber nur durch den Kampf der Belegschaft durchzusetzen.

Davon ausgegangen kann werden, daß die Verhältnisse, auf Grund derer die Belegschaften die Forderungen erhoben, keineswegs erträglicher geworden sind, daß die Bereitschaft der Arbeiter, sich mit diesen Verhältnissen abzufinden, keineswegs größer geworden ist, sondern die Bereitschaft sie zu verändern gestiegen ist. Es gibt also keinen Grund von der eingeschlagenen Politik der Verankerung eines Aktionsprogramms der Belegschaft abzulassen.

Nimmt man die Vorbereitungszeit für die Betriebsratswahlen, so kann man sagen, es war die Zeit, wo die Debatte in der Belegschaft geführt werden mußte: welche Aufgaben hat der Betriebsrat als Vertretung gegenüber den Kapitalisten, welche Forderungen müssen wir erheben, um alle zusammenzuschließen.

Jetzt ist die Zeit überreif, diese Forderungen vorzutragen, dem Kapitalisten gegenüber zu erheben, und auf ihre Durchsetzung hinzuarbeiten.

Dem Betriebsrat stellt sich dabei die Aufgabe, dem Kapitalisten gegenüber die Forderungen zu erheben und die Erfüllung zu verlangen. Dies muß er tun, damit in der Belegschaft nicht nur die Bereitschaft zum Kampf gesteigert wird, sondern auch die Richtung gewiesen wird, wofür und wie der Kampf zu führen ist. Er ist Hebel zur Vereinheitlichung der Belegschaft und Hebel der Belegschaft gegenüber dem Kapitalisten gleichermaßen. Beide Aufgaben muß er erfüllen. Nur eine Seite dieser Aufgabe zu erfüllen ist nicht hinreichend. Um diese Aufgabe zu erfüllen, muß der Betriebsrat alle Erscheinungen im Betrieb, die in Zusammenhang mit diesen Forderungen stehen, aufgreifen und anprangern. Dabei darf er nicht stehenbleiben, sondern muß gegen den Kapitalisten die Erfüllung der Forderungen verlangen. Forderungen nach Einspruchsrechten in Bezug auf die Veränderung des Lohnsystems, des Sicherheitswesens, des Gesundheitswesens usw. muß er **wahrnehmen.** Das werden auch oft Teilforderungen sein, die auf der Linie der erhobenen Forderungen liegen. Also z.B. bei der Forderung nach Kontrolle des Sicherheitswesens ausschließlich durch den Betriebsrat. Dazu muß er die sofortige Beseitigung bei möglichen Unfallgefahrenstellen verlangen. Das heißt, daß er sich das Einspruchsrecht in Bezug auf bestimmte Teilforderungen nimmt.

Wirkung hat dies dahingehend, daß er sich die Autorität als Vertretung der Belegschaft erkämpft, und daß er den Willen in der ganzen Belegschaft auf Beseitigung dieser Zustände stärkt.

Nun erfüllen aber viele Betriebsräte diese ihnen zustehende Aufgabe nicht. Die sozialdemokratischen Betriebsräte sind zumeist darauf aus, den Betriebsverfassungsauftrag zu erfüllen, nämlich zu vermitteln zwischen Kapitalist und Belegschaft.

Für die kommunistischen Fraktionen in den Betriebsräten stellt sich deshalb die Aufgabe, innerhalb des Betriebsrates den Kampf zu führen, indem Vorschläge unterbreitet werden, wie diese Körperschaft tätig werden muß. Innerhalb des Betriebsrates also die Politik der Aktionseinheit fortsetzen. Nur so kann auch die Belegschaft in die Auseinandersetzung einbezogen werden. Sonst bleibt die Auseinandersetzung im Betriebsrat bloße Spiegelfechterei.

Das gleiche gilt für die Politik aus der Belegschaft gegenüber dem Betriebsrat. Beauftragt muß er werden, einzutreten für die aufgestellten Forderungen.

Die Politik der kommunistischen Zelle im Betrieb ist so leicht zu bestimmen: Fortgesetzte Agitation für das Aktionsprogramm der Belegschaft, Enthüllungstätigkeit über die Zustände, die diese Forderungen zwingend notwendig machen, Beurteilung der politischen Kräfte im Betrieb, wie sie sich zu den Forderungen verhalten, Kritik des Reformismus im Kampf um die Durchsetzung der Forderungen. Die Tätigkeit hat zu ihrem Inhalt Aktionen und Maßnahmen der Belegschaft zu befördern, die vom Kapitalisten die Erfüllung dieser Forderungen verlangen. Die Verankerung des Aktionsprogramms hat somit den Zweck, die Konkurrenz unter den Arbeitern, die resultiert aus der Tatsache, daß sie Besitzer der Ware Arbeitskraft, die sie verkaufen müssen, sind, zu bekämpfen: damit die Belegschaft als **ein** Kollektiv handelt. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß die Arbeiterklasse einheitlich gegenüber der Kapitalistenklasse ihre Rechte anmeldet und erkämpft.

d.b.

(13) Der KB (Nord) kritisiert in seiner Zeitschrift ebenfalls diese Textstelle aus der KVZ, allerdings nicht unter dem Gesichtspunkt der Herstellung der Einheit, sondern im Lichte seiner Politik, wie er sie bei Hoechst und Reichhold betrieben hat.



W. I. Lenin
**Was tun?**
**Brennende Fragen unserer Bewegung**

*286 Seiten* *DM 2,60*

Diese Schrift, die Lenin 1901/1902 schrieb, ist eine Polemik gegen den Ökonomismus in der russischen Arbeiterbewegung, wie gegen den international aufkommenden Revisionismus überhaupt, für den der Name Bernstein steht. Die Broschüre „Was tun?" diente der Darlegung der Auffassungen Lenins über die weiteren notwendigen Schritte beim Aufbau der russischen revolutionären Partei des Proletariats. Es ist diese Schrift, von der es heißt, sie enthalte Lenins „Organisationstheorie". Wenn es auch sicher falsch ist, Lenins Auffassungen über die revolutionäre Organisation, die Partei, immer wieder allein aus „Was tun?" ableiten zu wollen, so ist diese Broschüre doch ein Lehrbuch der revolutionären Organisation des Proletariats und damit der proletarischen Revolution überhaupt.

**Zu beziehen über: Buchvertrieb Hager GmbH**
**6800 Mannheim**
**Sandhoferstraße 29**




**Revolutionäre Programme**

Programme der deutschen und russischen revolutionären Arbeiterparteien und der Kommunistischen Internationale
*226 Seiten* *DM 10,00*

# Auseinandersetzung über die DGB-Demonstration in Dortmund im November

Am 8. November führte der DGB eine zentrale Manifestation in Dortmund durch. Dies ist seit mehreren Jahren das erste Mal.

Der DGB hatte aufgerufen zur Kundgebung in die Westfalenhalle. Die Stoßrichtung dieser Manifestation sollte in folgendem bestehen: Für Investitionen. Für Mitbestimmung. Durch Mitbestimmung zu ausreichenden Investitionen und durch ausreichende Investitionen gegen die Arbeitslosigkeit.

Entgegengetreten werden sollte der gegenwärtigen Haltung der Kapitalisten, die versuchen durch Zurückhaltung von Investitionen die SPD/FDP-Koalition zu gefährden, wobei sie die FDP ausnutzen, um die SPD von dem richtigen Kurs abzubringen. Damit wollen die Kapitalisten die Mitbestimmung zu Fall bringen, denn sie wissen, bei Mitbestimmung würden die Investitionen gemacht, diese würden die Arbeitsplätze schaffen, die Ausbildungsplätze würden auch geschaffen sein. Alle arbeitsfähigen Arbeiter könnten Arbeit finden und alle Jugendlichen einen Ausbildungsplatz. Davor graust es den Unternehmern, und deswegen sind sie gegen die Mitbestimmung, müssen die Investitionen zurückhalten und die Jugend nicht in Lehrstellen hineinlassen.

Dieses war der Gedanke des Referates von Heinz Oskars Vetter in der Westfalenhalle. Wissenschaftlich handelt es sich um perfekten Unsinn.

Neben der Absicht, die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für solchen Unsinn zu gewinnen, hatten die Sozialdemokraten aber noch andere, eher erfolgversprechende mit dieser Manifestation im Auge.

## Gezinkte Karten

Die Kundgebung sollte einen Einfluß auf den SPD-Parteitag ausüben. Dort sollten jene gestärkt werden, die für einen härteren Kurs gegenüber der FDP auftraten. Das nämlich, die Festigkeit des Bündnisses zwischen SPD und FDP, ist eine der wenigen Fragen, die sich an der Mitbestimmung entscheiden.

Die Sozialdemokraten, die in den Gewerkschaften den Ton angeben, wollten die Differenzen zwischen der SPD und der FDP ein wenig schüren.

Sie sind es seit Jahren gewöhnt, die Taten der Regierung den Freien Demokraten anzulasten. Es läßt sich nämlich schwer verbergen, daß diese Taten ersichtlich gegen die Arbeiter gerichtet sind. Man braucht einen Prügelknaben.

Die großen Reformziele dieser Regierung hingegen werden den Sozialdemokraten zugeteilt. Sie bleiben, wie das meiste von dem, was Sozialdemokraten für die Arbeiterbewegung positiv erreichen wollen, „visionär".

Für dieses „visionäre" Gute hat man den Parteivorsitzenden Willy Brandt.

Dieses fromme Märchen klingt gegenwärtig immer hohler. Das kommt, weil die Reformtätigkeit der Sozialdemokraten sich selber als gegen die Arbeiter gerichtet erweist.

Die erste Absicht, die die Sozialdemokraten mit dieser Manifestation erreichen wollten, bestand also darin, die allgemeine Enttäuschung über und Unzufriedenheit mit der Tätigkeit der SPD/FDP-Regierung auf die FDP abzuschieben.

Für dieses allein hätten sie jedoch keine Kundgebung gebraucht. Eine Kundgebung haben sie gebraucht, weil es tatsächlich um die Mitbestimmung ging. Die Sozialdemokraten in der Gewerkschaft wußten, wenn die Mitbestimmung beschlossen wird, so ist sie durch und wird eine Zeit so bleiben. Die jetzt inzwischen beschlossene Regelung der Mitbestimmung ist vollständig lächerlich. Sie gibt ungefähr so viele Rechte, wie man sich für eine Mitverwaltung im Kindergarten vorstellen würde. Es läuft darauf hinaus, daß in jedem Falle der Kapitalist das Sagen hat. Das wäre zwar bei anderen Regelungen *prinzipiell* genauso der Fall gewesen. Es hätte nämlich immer das Interesse des jeweiligen Kapitals den Ausschlag gegeben. Aber, jetzt ist es ganz offensichtlich so, und der ganze Schein ist weg. Den Sozialdemokraten im DGB wäre es lieber gewesen, *gar keine Reform zu kriegen als so eine, und für gar keine Reform dann der FDP die Schuld zu geben.*

Zweifellos hatte diese Kundgebung nicht bloß einen Zweck innerhalb der verschiedenen Taktiken der Sozialdemokratie. Sie hatte auch eine Stoßrichtung gegen die Reaktion. *Aber was für eine!*

Die Reaktionäre sind nicht dumm. Gegen die Mitbestimmung wenden sie oft ein, diese entspräche nicht einem Interesse der Arbeiter. Es entspräche einem Interesse der führenden Gewerkschaftsbürokraten an Aufsichtsratsposten und wirtschaftlicher Macht. Den Arbeitern würde das gar nichts nützen. Daher sei auch erklärlich, warum die Arbeiter so wenig und die Gewerkschaftsbürokratie so viel Wert auf die Mitbestimmung legen würde.

Mit dieser Manifestation in Dortmund sollte nun öffentlich und ein für alle Mal bewiesen werden, daß die Arbeiter sehr wohl auf die Mitbestimmung Wert legen.

Die hintersinnigen Pläne, welche die Sozialdemokraten mit dieser Kundgebung verfolgten, sind allesamt gescheitert.

Hinsichtlich der Mitbestimmung ist dabei herausgekommen, daß die Arbeiter bestenfalls Wert auf die Feststellung legen, sie könnten die Mitbestimmung durchsetzen, wenn sie wollten. Dies war bei der Kundgebungsrede in der Westfalenhalle eine der wenigen Stellen, wo Vetter einen ungeteilten Beifall bekam, als er nämlich feststellte, daß man auch hunderttausend mobilisieren könnte, wenn man nur wollte.



Hinsichtlich des SPD-Parteitages hat die Vetter-Clique auch nichts ausgerichtet. Eher hat sie zur verschärften Anwendung der Parteidisziplin geführt, und geradeso wie die Sozialdemokraten, die die Gewerkschaft führen, immer auf Polizei- und Beamtenmethoden zurückgreifen, wenn Schwierigkeiten auftauchen, geradeso hat der letzte Parteitag der Sozialdemokratie diesen Hauch von Polizeidisziplin ausgeströmt.

Hinsichtlich der Mitbestimmung selber ist das neue Gesetz da, welches die Verfechter der Mitbestimmung auf Jahre hinaus lächerlich macht und die Theorie von der Mitbestimmung als Heilmittel gleichzeitig unbrauchbar macht.

Denn wenn man durch Mitbestimmung zu Investitionen kommt, so werden sich auch wenige sozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionäre in jedem Aufsichtsrat gewiß durchsetzen, wenn sie zeigen können, wo zum Wohle des Gesamtunternehmens Investitionen möglich sind.

Hinsichtlich der Reaktionäre, denen die SPD-Fraktion vorführen wollte, daß sie erstens die Arbeiterbewegung nach wie vor im Griff hat und zweitens gerade wegen Mitbestimmung, war auch kein Erfolg zu erreichen. Sie hatten ihre Beobachter hingeschickt und bemerkt, daß es keineswegs die vom DGB ausgegebene offizielle Forderung nach Mitbestimmung und Investitionen war, die das Feld beherrschte, sondern daß Forderungen, unter denen sich die Arbeiter im Kampf gegen die Kapitalisten zusammenschließen können, den Inhalt der Demonstration bestimmten.

Während die Reformisten mit dieser Kundgebung ein Bündel klarer Absichten verfolgten (wenn sie auch damit gescheitert sind), so verfolgten die Mitstreiter der DKP, die bei aller parlamentarischen Bedeutungslosigkeit einen gewissen Anteil an höheren Gewerkschaftsfunktionen hält, ein unbestimmtes Ziel. Nicht nur durch Mitbestimmung zu Investitionen, sondern durch eine volle oder echte Mitbestimmung zu den echten Investitionen, die den Frieden bringen. Mag es verstehen, wer will. Jedenfalls führt diese volle oder echte Mitbestimmung neben Investitionen, die die Arbeits- und Ausbildungsplätze nur ungenügend sichern, auch noch zu einer Erweiterung des Osthandels, der die Arbeitsplätze dann entscheidend sichert, so wie sie bei ihrer Ausdehnung auf alle Bereiche der Gesellschaft auch zu einer Verwandlung des Staatsapparates in etwas fortschrittlich Friedfertiges führt und auch an den Hochschulen die Probleme der Studenten löst. Folgerichtig gingen die DKP Studenten an den Hochschulen hausieren mit der Behauptung, die Arbeiter wären eben für diesen Unsinn, und weil die Studenten mit den Arbeitern zusammengehen müßten (was viele einsehen), müßten die Studenten auf diese Kundgebung gehen.

Die Studenten unter Führung des MSB Spartakus sollten also herangezogen werden, um in der Arbeiterbewegung als Sturmtruppe des Revisionismus zu wirken, und die Studenten sollten dazu gebracht werden, den Revisionismus in der Arbeiterbewegung auszubreiten, unter der Behauptung, er habe dort die Herrschaft.

Man sieht unschwer, seitens der Reformisten und Revisionisten wurde mit gezinkten Karten und gefälschten Würfeln gespielt.

Was Wunder, daß nichts von alledem erreicht werden konnte. Hinsichtlich der Hoffnungen, die sich der MSB Spartakus auf die Dummheit der Studenten gemacht hat, muß man bemerken, er ist dort besser dran, wo sich diese Hoffnungen *nicht erfüllt* haben, was überwiegend der Fall war. Die Studenten, die dennoch unter falschen Voraussetzungen nach Dortmund bewegt worden waren, bemerkten dies nämlich.

## Schwungvolle Entwicklung der Bewegung der Jugend

Es liegt auf der Hand, hätte es für diese Manifestation keine anderen Voraussetzungen gegeben, so wären niemals vierzig- oder fünfzigtausend nach Dortmund gefahren. Nie und nimmer wäre es den Sozialdemokraten gelungen, eine solche Demonstration als ein Ausdruck einer Massenbewegung für Investitionen und Mitbestimmung ins Leben zu rufen, auch wenn die Revisionisten sie unterstützt hätten mit der Forderung nach Ausweitung und Umwandlung der Mitbestimmung in die allgemeine und echte, die allein den Frieden sichert.

Die Sozialdemokraten sowie die Politiker von der Deutschen Kommunistischen Partei mußten also auf eine vorhandene Bewegung zurückgreifen, und sie mußten dieser Bewegung einen gewissen Spielraum einräumen und gewisse Zugeständnisse machen, wollten sie eine Manifestation, die mehr umschlossen hätte als Gewerkschaftsbeamte, auf die Beine bringen.

Eine solche Bewegung fanden sie vor in der gegenwärtigen Jugendbewegung, in der die Arbeiterjugend den führenden Kern bildet, und die sich entzündet an der Fäulnis des imperialistischen Ausbeutungssystems, das der Jugend nicht einmal mehr die Ausbildung zum Ausbeutungsobjekt zu sichern vermag. Diese Bewegung hat sich im Verlauf des letzten Jahres wirklich schwungvoll ausgebreitet. Sie konnte sich schwungvoll ausbreiten, weil sich in ihr eine gewisse politische Einheitlichkeit herausgebildet hat.

Diese Einheit, welche die selbständigen Aktionen und Manifestationen der Arbeiterjugend ermöglicht hat, besteht in dem Gedanken „Die Ausbildung darf nicht die private Sache der Kapitalisten sein". Sie darf nicht der Willkür der einzelnen Verbände und dem Krisen-Auf-und-Ab der Kapitalistenwirtschaft unterworfen sein. Dieser fortschrittliche Inhalt hat den Aktionen der Arbeiterjugend zu Grunde gelegen. Häufig wird von diesen Aktionen geredet, allermeist werden darunter bloß die gewerkschaftlichen Demonstrationen, die im Lauf des Jahres örtlich und regional stattfanden, gerechnet.

In Wirklichkeit bilden diese gewerkschaftlichen Demonstrationen bloß den Ausdruck einer Bewegung, die viel tiefer ansetzt.

Das ganze Jahr über konnte die KVZ berichten, wie insbesondere in einigen Großbetrieben die Lehrlinge den Kampf aufnehmen gegen die Kapitalisten, die ihre Ausbildung willkürlich organisieren, also schlecht oder gar nicht.

Im Laufe des Jahres hat dann die Bewegung übergegriffen auf die Berufsschulen. Politische Voraussetzung für dieses Übergreifen war eine Erweiterung des Inhaltes dieser Bewegung.

Diese Erweiterung war nötig, weil, wenn man sich ei-

nigt, daß man den Zustand, daß die Ausbildung Privatsache der Kapitalisten oder bestenfalls Angelegenheit ihrer Verbände und Kammern sei, ein Ende setzen muß, so fragt sich doch, was kommt hernach.

Diese Frage muß gelöst werden, und um diese Frage gibt es einen erbitterten politischen Kampf. Können Reformisten und Revisionisten sich noch einigen mit der Bewegung auf die Losung „Ausbildung darf nicht Privatsache der Kapitalisten sein", und sind unter dieser Losung auch erste Protestaktionen möglich, so können die Reformisten und die Revisionisten der rebellischen Jugend auf die Frage „und was dann" bloß antworten, daß sie sich dem bürgerlichen Staat anvertrauen sollten, bei Mitbestimmung versteht sich.

Gerade in den letzten Wochen und Monaten hat sich zwingend herausgestellt, daß der Kampf der Jugend um eine Ausbildung nicht stehen bleiben kann beim Protest gegen die Ausbildung nach Willkür der Kapitalisten, sondern sich fortentwickeln muß zum Kampf gegen die Schulunterdrückung durch den bürgerlichen Staat, wenn er nicht versanden will.

Gegenwärtig entzünden sich mannigfaltige Kämpfe um die Schulen. In diesen Kämpfen, die nicht selten von den Berufsschulen ausgehen, nehmen Tausende von Jugendlichen in den einzelnen Städten teil. Jetzt im Dezember in Darmstadt, wo es bis zu siebentausend waren, die gegen die Schulhoheit des bürgerlichen Staates und gegen die Unterdrückung der Rechte der Schüler in den Schulstreik traten und auf die Straße gingen.

Diese Bewegung, deren Ausgangspunkt der Kampf gegen die Kapitalistenwillkür als „Regelung" der Ausbildung gewesen ist, muß jetzt fortschreiten zum Kampf gegen die Polizeimethoden, den Unterdrückungscharakter, den die Erziehung und Ausbildung annimmt, wenn sie sich unter der Hoheit des bürgerlichen Staates abspielt.

Wurde zuerst der Staat angerufen, um der Arbeiterjugend zu Hilfe zu kommen gegen die Kapitalistenwillkür, unter der ihre Ausbildung leidet, so muß jetzt klargestellt werden, daß die Arbeiterjugend eigene Interessen hat und gegenüber dem Staatsapparat selber Rechte geltend macht hinsichtlich der Bedingung, die der Staat an die Ausbildung knüpft.

Diese Kämpfe müssen hinführen auf die Forderung nach Einheitsschule. Erstens vermag nur auf dieser Stoßrichtung die Arbeiterjugend von vorneherein ihre politische Selbständigkeit gegenüber dem bürgerlichen Staat zu behaupten, zweitens sind bloß auf dieser Linie Aktionen gegen die Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat möglich und drittens vermag sich nur unter dieser Forderung die Arbeiterjugend zur führenden Kraft der Jugend aller Volksklassen aufzuschwingen und kann nur so das Interesse der Arbeiterklasse an einer für alle gleichen, polytechnischen Ausbildung geltend gemacht werden.

An diesem Punkt entstehen schwere Differenzen mit den Reformisten und Revisionisten und es ist kein Zufall, daß es gerade die hessische Regierung war, welche eine Regelung der Schülermitverwaltung – also der Vertretungsrechte der Schüler gegenüber dem Staatsapparat, der ihre Ausbildung regelt – beschlossen hat, welche die Schüler viertausendköpfig auf die Straße treibt.

## Die Reformisten und Revisionisten des DGB suchen ein Vehikel

Diese Bewegung, die eine politische Bewegung ist, in der die Arbeiterjugend um die Führung kämpfen muß und in der sie die Führung bloß erringen kann, wenn sie unter der Forderung nach Einheitsschule zu Aktionen übergeht, beabsichtigte der DGB für sein weiter vorne beschriebenes Projekt zu vernutzen, und die Revisionisten beabsichtigten gar, die Bewegung der Studenten, die mit dieser Bewegung der Jugend verbunden ist, mit hineinzuziehen.

Es ist klar, daß diese Bewegung dem Schlachtruf „Für Investitionen und Mitbestimmung und durch Mitbestimmung zu Investitionen" nicht gefolgt wäre.

Daher ist erklärlich, daß insbesondere die Revisionisten allerhand unternommen haben, um den Charakter der DGB-Manifestation zu vertuschen und den Eindruck zu erwecken, es handle sich bei dieser Manifestation um eine bloße Fortsetzung und sozusagen den Höhepunkt der örtlichen und regionalen Gewerkschaftsdemonstrationen, die im Laufe des Jahres stattgefunden hatten.

Jegliche Unterschiede wurden verwischt. Dazu wurde sich der gewissenlosen Verfälschung der Tatsachen geradeso bedient, wie der gewissenlosen Verfälschung der Geschichte.

Es war nämlich so, daß die DGB-Jugend eigentlich beschlossen hatte, im späten Herbst eine Demonstration gegen die Ausbildungsmisere durchzuführen. Diese zentrale Demonstration der DGB-Jugend hätte eine gewaltige politische Schlagkraft entwickeln können. War schon an den Manifestationen des Jahres abzusehen, daß diese Bewegung, wenn man ihr die Zügel schießen ließ, sich sehr schnell und sehr gründlich mit den Forderungen der Reformisten und Revisionisten beschäftigt und sich Zug um Zug von diesen abgesetzt hat, so war vollständig sicher, daß der politische Klärungsprozeß, den die Kampfaktionen der Jugend hinsichtlich des bürgerlichen Staates eingeleitet hatten, in einer zentralen Demonstration gegen die Ausbildungsmisere sich machtvoll niedergeschlagen hätte.

Mit anderen Worten: War es schon auf den örtlichen und regionalen Demonstrationen nicht gelungen, die Forderungen der Arbeiterjugend, die über den Kampf gegen die Abhängigkeit vom Kapitalisten und von der Kapitalistenwirtschaft hinausgingen und Rechte der Arbeiterjugend gegenüber dem bürgerlichen Staat verlangten, mundtot zu machen (sondern beherrschten diese Forderungen in den meisten Regionen unbestreitbar das Feld), so mußte zu einem Zeitpunkt, an dem diese Bewegung im Kampf politisch gereift war, bei einer zentralen Demonstration nicht mehr viel übrig bleiben von den großartigen Vorstellungen, daß man sich von der Kapitalistenwillkür freimachen müsse, um sich dem bürgerlichen Staatsapparat ganz zu unterwerfen.

Dies war den Revolutionären genauso klar, wie es auch den Reformisten nicht verborgen geblieben ist. Sogar den Revisionisten war es dumpf bewußt.

Also hob der DGB den Beschluß auf eine zentrale Demonstration der Jugend gegen die Ausbildungsmisere im Sommer auf. Die Revisionisten erhoben dagegen keineswegs einen scharfen Protest, sondern versuchten hinter den Kulissen handelseins zu werden.



Darüber verstrichen etliche Monate. Seitens der Gewerkschaftsjugend wurde gegen die Streichung der Demonstration Protest angemeldet.

Mit klarem Instinkt indessen setzte die Jugendbewegung, die wir als revolutionär bezeichnen, keineswegs darauf, man könne die Reformisten zum Umwerfen dieses Beschlusses zwingen, oder gar, dies sei eine entscheidende Aufgabe dieser Bewegung und unerläßlich für ihr politisches Fortkommen.

Entscheidend für das Fortkommen dieser Bewegung war, die gewonnene politische Klarheit in Aktionen umzusetzen und die Erhöhung der politischen Schlagkraft, welche die Gewerkschaftsdemonstrationen des Jahres gebracht hatte, zur Stärkung der selbständigen Aktionen und des selbständigen Kampfes zu nutzen.

Man muß klar sehen. Niemals hätten die Sozialdemokraten, die den DGB beherrschen, dieser Bewegung einen Rahmen für die Entfaltung ihrer Ziele gegenüber Kapitalisten und dem bürgerlichen Staat gegeben.

Indessen kam dem DGB eine Erleuchtung. Während die Jugend zunehmend zu Aktionen überging und gleichzeitig am Vorhaben dieser Demonstration festhielt, kamen die Sozialdemokraten auf den Gedanken, diese Bewegung zu benutzen für etwas ganz anderes. Nämlich für die Vorstellungen und Hoffnungen, die sie sich hinsichtlich des SPD-Parteitages machten.

Die Revisionisten, die sich ohnehin hauptsächlich durch die „echte" Mitbestimmung (im Unterschied zur gewöhnlichen sozialdemokratischen) von den Sozialdemokraten getrennt sehen, zogen mit. So sah sich die politische Bewegung von dem frechen Vorhaben überrascht, die Arbeiterklasse auf einer Kundgebung für Investitionen von den Sozialdemokraten vorgeführt zu sehen.

Die Spanne, die sich objektiv zwischen den Zwecken, die die Sozialdemokraten mit diesem Manöver verfolgten, und jenen, die diese Manifestation tragen sollten, befand, war auch den führenden Sozialdemokraten keinen Augenblick unklar. Sie gedachten sich in dieser Sache durchzusetzen durch kluge organisatorische Maßnahmen.

Daher wurde von dieser Manifestation zuerst einmal nicht mehr bekannt gemacht als die polizeimäßigen Bedingungen, denen jeder ausgesetzt sein sollte, der daran teilnehmen wollte.

Die Region, in der diese Manifestation stattfinden sollte, war mit Nordrhein-Westfalen so gewählt, daß eine maximale Stärke der Revisionisten, die ganz gern den Polizeiknüppel für die Sozialdemokraten machen (diese sind sich selber meist zu fein dafür), gewährleistet schien.

An Stelle einer Demonstration, die immer Raum läßt für die Entfaltung selbständiger politischer Meinung, sollte eine Kundgebung gesetzt werden.

Um diese Kundgebung wirklich zu einer Angelegenheit zu machen, bei der man vollends zum Publikum wird und sprachlos zuschauen soll, wie H. O. Vetter die Karnickel aus dem Zylinder zieht, sollte dies auch noch im Saale steigen.

Die Teilnehmerzahl war auf 25 000 begrenzt. Von den einzelnen Orten sollten Kontingente geschickt werden dürfen.

Diese waren so klein gehalten, daß einfache Gesichtskontrolle durch den DGB-Beauftragten hinreichend sein würde, um bekannte „Störer" abzufangen. Und vor allem, um unter dem Gesichtspunkt „jeder Betrieb, jede Berufsschule usw. soll vertreten sein", zu verhüten, daß die Gewerkschaftsjugend so fuhr, wie sie sich auch im Kampf zusammenschließt und ihre politischen Erfahrungen macht.

Verhindert werden sollte, daß die Jugend betriebsgruppenweise hinfährt. Reformisten und Revisionisten haben die bittere Erfahrung gemacht, daß so etwas immer dazu führt, daß Forderungen, von deren Richtigkeit man sich im Kampf überzeugt hat, nicht fallengelassen werden, bloß weil ein Gewerkschaftsbeamtenhintern das für notwendig erklärt.

Bei den regionalen Demonstrationen mußte seitens der Gewerkschaftsbürokratie diese Erfahrung gemacht werden. Mehrfach blieb ihr an Einfluß bloß noch das Mikrofon übrig.

Solche Maßnahmen wurden bei den regionalen und örtlichen Demonstrationen auch versucht und haben nicht geholfen. Sie sind auch bei der Einschätzung der zentralen Aktion zu Dortmund zweitrangig.

Sie sind bloß deswegen von einem besonderen Interesse, weil sie das einzige waren, was zunächst über diese zentrale Aktion bekannt wurde.

Alsdann wurde bekanntgemacht, es handle sich um eine Kundgebung für Investitionen und Mitbestimmung.

Die Abscheulichkeit dieser Manöver hat dazu geführt, daß es zum Schluß bloß vierzig- bis fünfzigtausend waren, die nach Dortmund gingen.

Um unter derartigen Bedingungen nach Dortmund zu fahren, waren nämlich gewisse Voraussetzungen nötig. Man konnte dorthin fahren entweder: weil man die Ziele des Veranstalters teilt. Das waren die wenigsten. Oder weil man über den Zweck der Sache getäuscht wurde. So geschah es etlichen, die von den Revisionisten mobilisiert wurden, insbesondere bei Studenten. Oder weil man sah, daß man niemals dulden dürfe, daß der DGB gleichzeitig die Arbeiterklasse am Tanzseil in den SPD-Parteitag wirft *und* der Bewegung der Jugend gegen die Ausbildungsmisere und die Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat die Spitze bricht.

## Die Lage auf der Demonstration und Veranstaltung in Dortmund

Spontan mußte sich jeder, dem die Zwecke dieser Veranstaltung bekannt waren, mit Abscheu davon abwenden. Dies insbesondere, nachdem breite Massen ihre Erfahrung schon gemacht hatten mit der Polizeibeaufsichtigung, die der DGB bei Aktionen seinen Mitgliedern angedeihen läßt und die von den widerwärtigsten Erscheinungen der Zensur, Maßregelung und Unterdrückung geradeso begleitet ist wie von der Denunziation der Bewegung durch Gewerkschaftsbeamte.

Spontan treten hier ganz ähnliche Erscheinungen wie nach zugrund gerichteten Streiks auf, wo nicht selten spontan Gewerkschaftsaustritte erfolgen.

Überlegung indessen führt zu dem Ergebnis, daß die Arbeiterbewegung die Gewerkschaft und somit auch gewerkschaftliche Aktionen niemals den Reformisten und Revisionisten überlassen darf, sondern darum kämpfen muß, in den Gewerkschaften den richtigen Forderungen Geltung zu verschaffen und sie durchzusetzen.

Dies war die Aufgabe, die die Revolutionäre hinsichtlich dieser Demonstration und Kundgebung hatten und das Ergebnis der Manifestation muß daran gemessen werden, in wieweit es gelungen ist, dieser Aufgabe zu genügen.

Diese Aufgabe erfüllt der Artikel in der KVZ Nr. 45 nur unzureichend. Er enthält sogar eine fehlerhafte Einschätzung des ganzen Vorgangs. Diese enthält er, weil nicht ausgegangen wird von der gewaltigen Spannung zwischen den Interessen und dem Willen der Bewegung, die sich auf dieser Demonstration ausdrückte, und den Absichten, welche die Reformisten und Revisionisten mit dieser Manifestation verfolgten.

So ist die innere Zerrissenheit der Manifestation nicht richtig dargestellt. Der Widerspruch, der diese Zerrissenheit ausmachte, erschien bloß noch in dem Widerspruch zwischen dem Gerede der Gewerkschaftsführung und dem Willen der Mitglieder und Demonstrationsteilnehmer.

Ziemlich viele Leser unserer Zeitung haben uns prompt geschrieben, daß ihre Erfahrungen auf dieser Demonstration aber schon anders waren. Und daß in dem Artikel so viel wie kein Wort verloren würde über den Einfluß, den Reformisten und Revisionisten innerhalb der Demonstration hatten. Es wird auch gesagt, die Einschätzung, daß die „Forderungen des Klassenkampfes das Feld beherrschten", sei ganz falsch. Weiter wird gesagt, man verstünde nicht, warum der KBW nicht selber und nicht direkt zur Teilnaheme an der Manifestation aufgerufen hätte. Oft wird auch gesagt, man hätte eine eigene Abschlußkundgebung durchführen müssen oder man hätte auf jeden Fall ein besonderes Flugblatt für diese Demonstration machen müssen.

Bevor man sich mit diesen Kritiken nun im einzelnen auseinandersetzt, eine Klärung der Erscheinungen, die auf dieser Demonstration vorzufinden waren.

*Erstens.* Der Einfluß der reformistischen und revisionistischen Losungen auf die Demonstration war geringer, als man angenommen hätte. Närrisch wär es, sich hier zu orientieren an den mitgeführten Transparenten hauptsächlich. Denn diese hatten nicht selten unter den Polizeibedingungen, die der DGB verordnet hatte, zu leiden.

Leichter schon kann man die bewußte Anhängerschaft der Revisionisten und Reformisten ausmachen an dem Gesang „Mein Gott Walter, diese Spalter", der beständig in der Demonstration angestimmt wurde, wenn revisionistisch bestimmte Blöcke an den Agitationszentren vorbeimarschierten, die der KBW neben der Demonstrationsroute aufgebaut hatte. Die tiefe Dummheit und der Sektencharakter dieser Losung hat dazu geführt, daß sie ziemlich trennscharf nur von den ausgepichten Revisionisten und Reformisten gerufen wurde. Wenn diese auch einen erheblichen Teil der Transparente trugen, weil sie auch die einzigen waren, die mit dem offiziellen Ziel einverstanden waren, so banden sie politisch an ihre falschen Ansichten höchstens zehn bis fünfzehn Prozent der Beteiligten.

*Zweitens.* Obschon also Transparente mit den offiziellen Demonstrationsinhalten reichlich da waren, und obschon Transparente mit Forderungen des Klassenkampfes reichlich weggesäubert worden waren, wäre es ganz verdreht, zu sagen, die Losungen des Reformismus und Revisionismus beherrschten das Feld. Von den offiziell von einigen Verwaltungsstellen ausgegebenen Transparenten mit Forderungen nach Mitbestimmung, Investitionen usw. wurden ziemlich viele stehen gelassen.

*Drittens.* Der Charakter der Demonstration wurde bestimmt von Forderungen, die Rechte der Arbeiter und der Arbeiterjugend gegenüber den Kapitalisten und Rechte der Volksmassen gegenüber dem bürgerlichen Staat geltend machten.

*Viertens.* Jene Forderungen bezeichnen wir als beherrschende, weil sie die Stoßrichtung der Sache bestimmten und weil sie die Grundlage bildeten für die Einheit, die trotz aller Rüpelhaftigkeiten insbesondere der Revisionisten immer noch kennzeichnend war für diese Demonstration.

*Fünftens.* Bezeichnend für die Forderungen, die die Demonstration beherrschten, also ihren Charakter ausmachten, ist, daß der DGB die Maßregel erließ, alle Transparente müßten am Eingang der Westfalenhalle abgegeben werden. Es war also gar nicht möglich, die richtigen Forderungen aus der Aktion herauszubefördern, ohne eine offene Spaltung in für Reformisten und Revisionisten unerträglichen Dimensionen herbeizuführen. Das Problem konnte durch die Reformisten und Revisionisten bloß bürokratisch gelöst werden und technisch, kurz polizeimäßig. Politisch, durch Appelle an die Massen, die Forderungen, die der DGB-Sitze unangenehm waren, zu beseitigen, konnte es nicht bereinigt werden.

Hinsichtlich der Forderungen hat es auf dieser Manifestation einen politischen Kampf gegeben, in dem sich die Forderungen des Klassenkampfes ganz gewiß gegenüber jenen der Klassenversöhnung und Klassenunterwerfung behauptet haben. Nehmen wir hinzu, daß Heinz Oskar Vetter anordnete, daß gar keine Transparente in die Kundgebungshalle gebracht werden dürften, denn offenbar war ihm die Gefahr zu groß, daß die Spanne zwischen seiner Ansprache und den Forderungen auf den Transparenten allzu groß ausfallen möchte, und die Tatsache, daß selbst unter den schwierigen Bedingungen die Forderungen des Klassenkampfes das Feld beherrschten, wäre zu guter Letzt noch ins Fernsehen gekommen.

Insofern hat recht, wer zurückweist, daß etwa die Reformisten und Revisionisten das Feld beherrscht hätten, und recht hat, wer behauptet, daß die Forderungen des Klassenkampfes das Feld beherrschten. Falsch ist es, so zu tun, als ob dies ohne Kampf abgegangen sei, falsch ist es, so zu tun, als ob dies bloß ein Kampf zwischen „oben" und „unten" gewesen sei.

Richtig ist, daß die schmale Basis, die der Reformismus und Revisionismus in der wirklichen Bewegung hat, sich in dieser Demonstration stützen konnte auf die Polizeitaktik, die der DGB zur Durchführung für nötig hielt (und zwar von seinem Standpunkt aus mit Recht, denn anders wär es nicht unter Kontrolle zu halten gewesen).

Wir sagen ferner, daß unter solchen Bedingungen, wie sie vom Veranstalter her gesetzt waren, sowohl die Mobilisierung eher erfolgreich verlaufen ist als auch der Kampf gegen Reformismus und Revisionismus.

## Gesichtspunkte für die Mobilisierung

Worauf mußte es uns in der Mobilisierung für diese Demonstration ankommen, und wie mußte man sie dementsprechend durchführen?



Zuerst mußte man verstehen, daß es einen *Unterschied* zwischen den örtlichen und regionalen Demonstrationen des DGB gab und dieser Sache. Zu den örtlichen und regionalen Aktionen hatte der DGB gerufen etwa unter der Losung „Gegen die Ausbildungsmisere", die Mobilisierung war auf eine Art und Weise erfolgt seitens des DGB, die den Bewegungen unter der Arbeiter- und der Schuljugend Raum ließ zur Behauptung ihrer Forderungen in diesen Demonstrationen. Dies bekannt zu machen, darauf hinzuweisen und die selbständige Bewegung zu befähigen, solche Aufrufe zu nutzen für ihre eigenen Zwecke, war unsere Aufgabe dort.

Manche Genossen sagen nun, wir hätten zur zentralen Demonstration des DGB gar nicht aufgerufen. Ich halte das für eine Narretei. Wie kann man sagen, daß nicht aufgerufen worden sei, wo doch die Notwendigkeit, auch dieses Manöver zu nutzen für das Vorankommen der Arbeiterbewegung, von uns öffentlich aufgezeigt wurde?

Eine revolutionäre Organisation übernimmt eine Verantwortung, wenn sie zur Beteiligung an Aktionen aufruft. Sie kann nicht aufrufen zu Aktionen, deren Sinn und Zweck sie nicht erklärt. Das können bloß Reformisten und Revisionisten, die vom Betrug an der Arbeiterklasse leben.

Die Bedingungen für die Teilnahme an dieser zentralen Manifestation waren unvergleichlich viel schwieriger, komplizierter und verworrener, als dies für die örtlichen und regionalen Jugenddemonstrationen des DGB, die sich immerhin gegen die „Ausbildungsmisere" richteten, der Fall war.

Unter keinen Umständen kann man eine Bewegung, die gegen die Kapitalistenwillkür angetreten ist und gegen die Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat zu kämpfen beginnt, einfach auf eine Manifestation schleifen, die hernach „Investitionen durch Mitbestimmung" fordert.

Man mußte, im Gegenteil, dafür sorgen, daß die Arbeiter und die Arbeiterjugend, die um diese Manifestation kämpfen wollten, befähigt wurden, gegenüber dem Sperrfeuer, das von den Reformisten und Revisionisten geschossen wurde, sich zu behaupten. Das war bloß möglich, indem man darauf setzte, die Massen um jene Forderungen zusammenzuschließen, die sich in den Kämpfen der letzten Zeit bewährt haben und den Kampf um die politische Einheit auf solchen Forderungen aufzunehmen, die sich aus der Entwicklung dieser Kämpfe mit zwingender Logik ergeben.

Gleichzeitig kam es darauf an, diese zentrale Aktion zur Entfaltung der örtlichen Auseinandersetzungen zu nutzen, von denen die Bewegung nach wie vor ihren Ausgangspunkt nimmt.

Während der ganzen Vorbereitungszeit bestand der Plan der Kontingente. An einzelnen Orten wurde es erreicht, daß aus Berufschulklassen und Lehrwerkstätten heraus dieser Plan der Koningente angegriffen wurde, indem man seine Absicht erklärte, gemeinschaftlich zu fahren.

So weit ist es freilich bloß dorten gekommen, wo man sich als Berufsschulklasse, als Lehrwerkstatt oder als Betriebsgruppe bereits um gewisse Forderungen zusammengeschlossen hatte.

Ansonsten war gar kein Boden geschaffen für die Durchsetzung und das Verlangen nach Aufhebung der Kontingente.

Wir meinen, daß wir recht hatten, als wir den Kampf für das Fallenlassen der Kontingentierung daran gebunden haben, daß man diesen Kampf von der Grundlage und im Zusammenhang des Zusammenschlusses für richtige Forderungen, die man auf der Demonstration erheben will, führt. Kann man denn allen Ernstes glauben, es wäre auch nur möglich, gegenüber dem DGB für das Recht zu kämpfen, nach Dortmund zu fahren, einzig um sich zur höheren Ehre Heinz Oskars und der SPD-Fraktion dumm und stumm den Vetter-Schmarren anzuhören und sich dann im Fernsehen gewürdigt zu sehen als einer, der mit dem Schlachtruf „Durch die Mitbestimmung zu Investitionen, die Arbeiterklasse muß die Ausbeutung endlich unterstützen" durch die Lande trabt?

Wir glauben auch, daß es sich bitter gerächt hat, wo versucht worden ist, durch schlichtes Verschweigen der Manöver der Reformisten Arbeiter oder Arbeiterjugendliche zur Teilnahme zu bewegen. Man wird hernach enttäuscht sein, und zwar weniger vom DGB, von dem ist man viel gewohnt, sondern von den Kommunisten, die allerhand versprochen haben, aber das so Versprochene nicht gehalten.

Jedenfalls, wir nehmen nicht für uns in Anspruch, daß wir es gewesen wären, welche die Kontingentierung, die ja nun tatsächlich eine *politische* Fesselung der Aktion bedeutet hatte, als Organisation zu Fall gebracht hätten. Gewiß haben wir dazu beigetragen und ganz sicher ist, daß sich der Druck der Massenbewegung, die diese Sache umgeschmissen hat, genau so entwickelt hat, wie wir es unterstützt haben.

Nämlich selbständiger Zusammenschluß auf Grund eigener Erfahrungen und Behauptung des Rechtes, für die Forderungen, die sich daraus ergeben, in Dortmund unter der Fahne des DGB antreten zu können.

Wir möchten also festhalten, der KBW hat zu dieser Manifestation aufgerufen, freilich nicht ohne darauf hinzuweisen, daß man eine politische Auseinandersetzung in den eigenen Reihen würde führen müssen, wenn diese gewerkschaftliche Aktion zu einem Fortschritt für die Arbeiterbewegung werden sollte.

Verschiedentlich wird auch die „kurzfristige, mangelhafte" Vorbereitung dieser Aktion kritisiert.

Dahinter verbirgt sich eine politische Differenz. Niemand kann im Ernst glauben, man solle zu einer Aktion aufrufen, deren Inhalt man nicht kennt und deren Bedingungen bewußt verschleiert werden.

Dazu muß man schon ein ausgepichter Sektierer sein, wie zum Beispiel die Gruppe Rote Fahne, die es immerhin fertig brachte, zwei ganz verschiedene Aufrufe zur Demonstration herauszulassen, ein Verfahren, das durch ihre Abwesenheit und Einflußlosigkeit auf dieser Manifestation gekrönt wurde, während vorher versprochen worden war, sie quasi umzufunktionieren.

Richtig ist die Kritik, wenn sie darauf hinausläuft, wir hätten in der Durchsetzung dieser zentralen Aktion der Arbeiterjugend, die der DGB abgesetzt hatte, genauso wenig die Hauptaufgabe der Bewegung unter der Jugend erblickt, als wir hernach die Hauptaufgabe der Arbeiterbewegung im bewußtlosen Besuch einer Veranstaltung mit H. O. Vetter erblickt haben.

Hinsichtlich der Bewegung unter der Jugend haben wir seit den Erfahrungen der gewerkschaftlichen Demonstrationen im Verlaufe des Jahres unsere Aufgabe

darin erblickt, diese Bewegung in Aktionen gegen die Kapitalisten und gegen den bürgerlichen Staat zu führen, und in diesen Aktionen die politische Klärung einzuleiten und die politischen Auseinandersetzungen auszutragen, die geführt werden müssen, damit sich in dieser Bewegung der revolutionäre Charakter, den sie heute schon hat, durchsetzen kann und der Kampf nicht versackt.

Wir sind der Meinung, daß die Entwicklung der wirklichen Bewegung diese Auffassung bestätigt. Obzwar wir nicht behaupten wollen (nicht weil wir bescheiden wären, sondern weil es tatsächlich falsch wäre), der Aufschwung der Kämpfe der Arbeiterjugend sei auf diese unsere Tätigkeit zurückzuführen, so möchten wir doch festhalten: Ohne daß die Frage geklärt ist, wie man weitergehen muß, wenn man den Kampf gegen die Ausbildung als Privatsache der Kapitalisten schon aufgenommen hat, wird die Bewegung nicht vorankommen. Ohne die Erkenntnis, daß der Kampf sich richten muß gegen die Schulhoheit und Schulunterdrückung durch den bürgerlichen Staat auf der Linie der Forderung nach Einheitsschule, werden die Aktionen nicht möglich sein, die erforderlich sind, damit sich der Kampf der Jugend und der Kampf um eine Ausbildung der Jugend entfalten kann gegen die politische Reaktion und ihr revolutionär Paroli bietet.

Einzelne Einwendungen werden noch gemacht zur Form unseres Eingreifens. Viele Genossen meinen, es wäre richtig gewesen, eine eigene Kundgebung an den Schluß zu setzen.

Wir meinen, es wird nicht gesehen, daß die Kommunisten die Form ihres Eingreifens aus den konkreten Aufgaben heraus bestimmen müssen.

Diese bestanden gegenüber dieser Demonstration keineswegs darin, darzutun, daß der KBW ganz anderer Meinung ist als wie Heinz Oskar Vetter und die SPD-Fraktion in den Gewerkschaften, und dieses überdies in eigentlich allen Fragen des Klassenkampfes. Das ist doch bekannt.

Es ist nicht die Hauptaufgabe der Kommunisten, bei jeder Gelegenheit in Erscheinung zu treten. Leicht kann es so ausgehen, daß sie bloß als was Besonderes erscheinen.

Im Falle der DGB-Manifestation zu Dortmund mußte es unsere Aufgabe sein, in der Selbständigkeit der Massenbewegung, in der Selbständigkeit ihrer Forderungen zu erscheinen. Darum ging der Kampf, und dieser mußte ausgefochten werden an den Orten, in der Gewerkschaft, um die Gewerkschaft.

Allen Anschauungen, die sich wünschen, wir hätten in eigenen Bussen fahren sollen, muß man eine Absage erteilen. Warum sollten wir den Kampf um die Gewerkschaften aufgeben und uns hinausdrängen lassen? Werden doch gleichzeitig mit uns die richtigen Forderungen weitgehend mit hinausgedrängt!

Wir müßten schöne Narren sein, wenn wir uns darauf einließen. Selbstverständlich hatte die Organisation Propagandaaufgaben in der Bewegung. Diese Propagandaaufgaben mußten im wesentlichen an den Orten geführt werden.

Fraglos war an den Orten die umfassende Auseinandersetzung mit den falschen Forderungen der Reformisten und Revisionisten nötig, wenn die richtigen Forderungen durchgesetzt werden sollten. Damit sich aber diese Anschauungen siegreich durchsetzen konnten, mußte sie auch an den Orten gesucht werden.

Auf der Demonstration selber konnten im wesentlichen die Ergebnisse des Kampfes um die Gewerkschaftseinheit auf dem Boden des Klassenkampfes zum Ausdruck kommen. Es war dort eine großartige Verschiebung der Kräfteverhältnisse nicht mehr möglich. Freilich mußte die besondere Interessiertheit am Kommunismus, die bei solchen Aktionen immer zu bemerken ist, berücksichtigt und gefördert werden.

Dies geschah auch durch die Verbreitung unserer Propagandaliteratur sowie der Schriften des wissenschaftlichen Sozialismus.

Wenn wir uns heute fragen, ob Schwächen unserer Organisation auf dieser Kundgebung sichtbar geworden sind, so ist das etwas anderes. Unserer Meinung nach ist auf dieser *Manifestation* sichtbar geworden, daß es die Organisation noch lange nicht versteht, ihre Taktik in den Gewerkschaften keineswegs von den Zuckungen, die Reformisten und Revisionisten als Taktik ausgeben, her zu bestimmen. Oft wird nicht die Aufgabe gesehen, welche die Bewegung der Massen uns stellt, wenn sie fortschreiten soll, sondern bloß, daß man sich zu diesen Zuckungen verhalten muß, wenn man durchs Leben kommen will, und daß man gelegentlich was dabei abstauben kann.

## Schwindender Einfluß der Reformisten und Revisionisten stärkt die Gewerkschaft

Zusammengefaßt zum Ergebnis dieser DGB-Manifestation und dem Eingreifen der Kommunisten in dieses Projekt.

Verhindert werden konnte, daß die Demonstration eine direkte Niederlage und ein direkter Schaden für die Entwicklung der Arbeiterbewegung geworden wäre, wie dies die Planung des DGB vorsah. Reformisten und Revisionisten wurde nicht das Feld überlassen, die selbständige politische Bewegung konnte durch diese Strömungen nicht unter Kontrolle gebracht, die Triebkräfte des Klassenkampfes konnten nicht zur Propaganda der Klassenversöhnung mißbraucht werden.

Die Aufklärung über den schmierigen und hinterhältigen Charakter des DGB-Manövers hat nicht verhindert, daß fortschrittliche Kollegen teilnahmen, das beweist eine verhältnismäßig große politische Reife der fortgeschrittensten Elemente der Arbeiterklasse.

Insgesamt war der Anteil derer, die gutgläubig, aber genasführt auf dieser Manifestation sich wiederfanden, relativ gering. Das ist wichtig, weil solche Erfahrungen eine tiefsitzende Resignation hinterlassen und bei den Arbeitern das Vertrauen in die eigene Kraft schwächen, wie bei jenen Studenten, die vom MSB hereingelegt wurden, das Vertrauen in die Arbeiterbewegung schwinden kann.

Diese Manifestation hat den heutigen Fortschritt der Arbeiterbewegung bloß verkrüppelt zum Ausdruck gebracht. Jeder weiß und keiner bestreitet: Hätte der DGB aufgerufen bloß unter dem Motto „Gegen die Ausbildungsmisere" zu einer Demonstration und Kundgebung unter freiem Himmel, es wären weit über hunderttausend unfehlbar gekommen.

Dieser Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung beruht keineswegs auf wachsendem Einfluß der Reformisten und Revisionisten, die nach wie vor die Gewerkschaftsbewegung führen. Bemerkenswert ist, daß gerade der schwindende Einfluß der Reformisten und Revisionisten die Gewerkschaftsbewegung stärkt.



Gleichzeitig muß man sich darauf einrichten, mit dem Aufschwung der Massenbewegung nimmt die Gegenwehr von Revisionismus und Reformismus keineswegs ab, sondern werden die Manöver, die sie zur Durchsetzung ihrer Sonderinteressen gegenüber der proletarischen Bewegung anwenden, immer hinterhältiger.

Damit muß man fertig werden, damit kann man bloß fertig werden in den Kämpfen, die die Massenbewegung gegen den Feind führt.

Daß sich die Revolutionäre in den Gewerkschaften gegen die Machenschaften der Reformisten und Revisionisten behaupten, daß sie im Kampf um die Gewerkschaften Fortschritte machen, das wird davon abhängen, ob sie es verstehen, die Bewegung der gewerkschaftlich organisierten Massen unter den richtigen Forderungen zusammenzuschließen und im Kampf zu führen.

Es kommt uns nicht darauf an, innerhalb der Gewerkschaften bei verschiedenen Gelegenheiten „gut" dazustehen und „stark" auszusehen. Es kommt darauf an, nach sorgfältiger Analyse der Lage das jeweils Richtige zu tun.

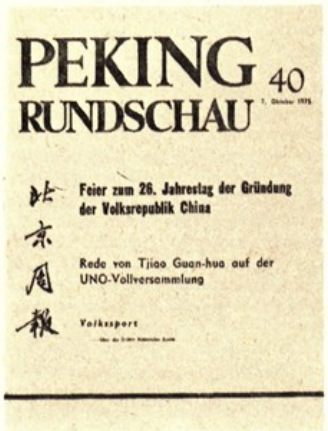
Dies darf man nicht vergessen, nicht nur wird man sonst unweigerlich ein Ausschlußopfer der Sozialdemokratie, sondern man nützt auch der proletarischen Bewegung nichts.

mf


**Zeitschriften aus China**

**Peking Rundschau** ist eine politische Wochenschrift über China und Weltangelegenheiten.
Sie enthält:
* Berichte über Chinas sozialistische Revolution und sozialistischen Aufbau
* Chinas Ansichten in internationalen Fragen
* Theoretische Artikel
* Wichtige Erklärungen und Dokumente

**China im Bild** ist eine Monatsschrift in Großformat mit reichem Bildmaterial und knappen Texten. Diese Zeitschrift berichtet von Chinas neuen Erfolgen auf verschiedenen Gebieten, zeigt das neue Leben von Chinas Nationalitäten und informiert über den freundschaftlichen Verkehr zwischen dem chinesischen Volk und den Völkern aller Länder der Welt.







*Einzelpreis* *DM 0,40*
*Abonnementspreis* *1 Jahr DM 12,00*
*2 Jahre DM 18,00*
*3 Jahre DM 24,00*

*Einzelpreis* *DM 1,00*
*Abonnementspreis* *1 Jahr DM 10,00*
*2 Jahre DM 15,00*
*3 Jahre DM 20,00*

Zu beziehen über: **Buchvertrieb Hager GmbH** 6800 Mannheim Sandhofer Straße 29

# Aus dem Traum von der Ruhe an den Hochschulen ist nichts geworden

**Die Streiks und Aktionen im Rahmen der Aktionstage der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) waren ein Schritt vorwärts**

Die Durchführung der Aktionstage, zu denen die Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) aufgerufen hatten, bestätigen die Einschätzung des neuerlichen Aufschwungs der Bewegung unter den Studenten. Die Stärke dieses neuerlichen Aufschwungs des Kampfes der Studenten ist unübersehbar: An beinahe jeder zweiten Hochschule in Westdeutschland und in Westberlin wurde gestreikt; in verschiedenen Landeshauptstädten und an vielen Hochschulorten ist es zu Demonstrationen der Studenten gekommen, wie sie in den letzten Jahren nicht mehr stattgefunden haben; dort, wo die politische Reaktion an den Hochschulen gegen diesen Neuaufschwung der Bewegung direkt Front gemacht und Maßnahmen zu ihrer Zerschlagung ergriffen hat, wie z. B. durch die Amtsenthebung des Marburger AStA, sind die Reaktionäre gescheitert. Die Studentenmassen haben im Kampf dagegen Siege errungen. Zwang und Unterdrückung an den Hochschulen rufen den Zusammenschluß der Studentenmassen hervor.

Seit über zehn Jahren schon flickschustern die bürgerlichen Politiker an der Reform der Hochschule. Solange es den Anschein hatte, als ob es der kapitalistischen Wirtschaft gut ginge und es mit ihr bergauf gehe, schienen den Kapitalisten mehr Studenten und größere Hochschulen nützlich, um ihr Geschäft der Ausbeutung und Unterdrückung zu betreiben. Seit sich diese Hoffnung als trügerisch herausgestellt hat und die Krise zeigt, daß es mit der kapitalistischen Wirtschaft bergab geht, sind es den Kapitalisten zu viele, die an den Hochschulen ausgebildet werden, und sind ihnen diese Einrichtungen zu teuer. Alle Plänemacherei, die die bürgerlichen Politiker eilfertig begonnen hatten, wurde über den Haufen geschmissen, und offenkundig geworden ist die Unfähigkeit der herrschenden Klasse, die Ausbildung der Studenten zu gewährleisten, und offenkundig ist der Bankrott der Hochschulen als Einrichtungen, die der herrschenden Klasse den Nachwuchs an Agenten zur Verteidigung des privaten Eigentums und der bürgerlichen Rechtsverhältnisse heranbilden sollen. Während die bürgerlichen Politiker den Bankrott ihrer Plänemacherei nicht aufhalten und ihre Unfähigkeit, die Durchführung des Studiums zu gewährleisten, nicht verbergen können, haben sie es an Maßregeln zur Unterdrückung der Studentenmassen, die den besitzlosen Klassen entstammen, zu großer Perfektion gebracht. Zwang und Unterdrückung der Studentenmassen werden zum Hauptmerkmal der Ausbildung.

Unter den Studentenmassen ruft dies das Bestreben zum Zusammenschluß und zur Gegenwehr hervor, und dieser Zusammenschluß findet statt. Die Studentenmassen wehren sich dagegen, als Konkursmasse des Bankrotts im Hochschulwesen und der Unfähigkeit der bürgerlichen Politiker verhandelt zu werden, aus der die herrschende Klasse heraussieben und herauspressen läßt, was sie für die Führung ihrer Geschäfte braucht.

Die Studentenmassen unterwerfen sich nicht dem Regiment von kleinlicher Schikane, bürokratischer Reglementierung und polizeimäßiger Bevormundung, mit dem die herrschende Klasse die Ausbildung an den Hochschulen aufrecht erhalten will. Sie sagen den Professoren in den Lehrveranstaltungen, daß sie nicht einsehen, warum ihre Referate benotet werden und davon die erfolgreiche Teilnahme an der Lehrveranstaltung abhängig sein soll. Oder sie erheben Protest gegen die Einführung zusätzlicher Klausuren und beraten darüber, wie sie verhindert werden können. Nicht selten kommt es vor, daß mehr als die Hälfte bei einer Klausur durchfällt. Daraufhin berufen die Studenten Versammlungen ein und verlangen, daß diese Ergebnisse nicht anerkannt werden. Dem Professor halten die Studenten vor, daß sie nicht bereit sind, mit der Wiederholung des Kurses zu bezahlen für seine Unfähigkeit, zu unterrichten, und für seine schikanierende Aufgabenstellung. Studenten greifen sich ihre Professoren und verlangen von ihnen eine Erklärung für Schikanen und unerträgliche Ausbildungsbedingungen. Gemeinsam ziehen z. B. Studenten zum Rektor und fordern von ihm eine Begründung, warum er sich weigert, für den Ausbau der vorn und hinten zu klein gewordenen Mensa einzutreten.

Dabei greifen die Studenten zu rabiaten Mitteln, um ihre Forderungen durchzusetzen. Teilnehmerlisten in Lehrveranstaltungen werden einfach einkassiert. Verschiedentlich sind sie auch schon verbrannt worden. Auf die Einführung von Gebühren für Lehrmaterial hin beschließen die Studenten, die Bezahlung zu verweigern und bilden Ausschüsse von Gruppen, um zu gewährleisten, daß trotzdem jeder die erforderliche Teilnahmebescheinigung erhält. Klausuren werden häufig boykottiert und Studenten bilden Gruppen, um sich gemeinsam auf die Prüfungen vorzubereiten und drohen dem Professor mit Boykott, wenn er sich weigert, die Themen- und Aufgabengebiete anzugeben.

Die Diskussionen der Studenten in den Lehrveranstaltungen nehmen zu. Das Professorengesindel fühlt sich davon empfindlich getroffen. Sie wissen: Mit ihrer Herrlichkeit ist es da zu Ende, wo die Studentenmassen den Zwang und die Unterdrückung nicht stumm ertragen, sondern sich darüber empören und über Maßnahmen der Gegenwehr zu beraten beginnen. Das bezeichnen die Professoren als „Bedrohung" und mit Geschrei über „Terror der Studenten" rufen sie nach Ordnungsmaßnahmen oder der Polizei.

Gekennzeichnet ist die Herausbildung des Widerstands und der Aufschwung der Bewegung der Studentenmassen durch außerordentliche Zersplitterung der



Auseinandersetzung. Sie klebt eng an einzelnen Kursen und Praktika und an einzelnen Maßnahmen der Unterdrückung und des Zwangs.

Getragen wird diese Bewegung zum bedeutenden Teil von den jüngeren Semestern und den Examenssemestern. Sie entwickelt sich an allen Hochschulen, den Fachhochschulen, den Pädagogischen Hochschulen und den Universitäten. An den Universitäten ist zu beobachten die Nivellierung der Fachunterschiede. Die Studenten der Chemie, Physik, Mathematik und Medizin, die als besonders schwer für die Bewegung der Studenten zu gewinnen galten, machen gute Fortschritte im Kampf für ihre Rechte. Diese Nivellierung der Fachunterschiede erklärt sich aus dem Charakter der Bewegung.

Der Charakter dieser Bewegung ist spontan. Sie ergibt sich aus der unmittelbaren und eigenen Erfahrung der Studentenmassen, daß diese Organisation der Ausbildung auf ihe Kosten geht und mit Zwang und Unterdrükkung aufrechterhalten wird. Die Inhalte der Ausbildung bilden nicht den ersten Gegenstand, an dem sich diese Bewegung entzündet. Dies erklärt den Ausgleich der Fachunterschiede. Wo jedoch Zwang und Unterdrükkung als Hauptmoment der Ausbildung bekämpft werden, da bleiben die Inhalte der Ausbildung, die damit oktroyiert werden sollen, nicht ausgespart, sondern werden rasch in die Auseinandersetzung hineingerissen.

In den Streiks und Aktionen während der Aktionstage und in den Demonstrationen ist diese spontane Bewegung der Studentenmassen gegen den bürgerlichen Staatsapparat angetreten und hat Forderungen nach Rechten erhoben gegenüber dem Diktat der Studienbedingungen, für die uneingeschränkte politische Betätigung und Äußerung an der Hochschule und zur Gewährleistung der materiellen Existenz.

Solche Forderungen waren:
- Erhöhung der Ausbildungsförderung auf 600 DM und des Elternfreibetrags auf 1 200 DM;
- Rücknahme der Stellen- und Mittelkürzungen an den Hochschulen; Einspruchsrecht der Studentenvertreter gegen Änderungen der Studien- und Prüfungsbedingungen;
- sofortige Einstellung der Bespitzelungsverfahren, Rücknahme der Ministerpräsidentenbeschlüsse, keine politische Verfolgung an der Hochschule;
- gesetzliche Anerkennung der Verfaßten Studentenschaften ohne Einschränkung ihres politischen Mandats;
- Einstellung aller Lehrer, Arbeitslosengeld für alle Studenten, die die Hochschule verlassen und keine Arbeit finden.

## Die Antwort der herrschenden Klasse auf den Neuaufschwung der Bewegung in der Studentenschaft

Die herrschende Klasse ist von dieser Bewegung überrascht worden. Landauf, landab sind ihre politischen Vertreter in den letzten Jahren gezogen, um jedem, der es hören wollte, eine „politische Tendenzwende" an den Hochschulen zu verkünden. Die „lärmende Minderheit" an den Hochschulen sei schon fast zum Schweigen gebracht und man könne sich jetzt den „sachlichen Problemen" der Hochschulreform verstärkt widmen. Diesem Selbstbetrug der herrschenden Klasse entspricht die Hilflosigkeit ihrer Beamten an der Hochschule. Während die bürgerlichen Presseorgane den Aufschwung der Bewegung unter den Studenten einfach verschwiegen, ist für die Kultusbeamten und die Rektoren an den Hochschulen eine Lage entstanden, in der sich die spontane Bewegung der Studenten einfach hinwegsetzt über all die reaktionären Gesetze, Verordnungen und Erlasse, die einzigen Errungenschaften, die die Kultusminister vorweisen können.

Davon hatten sich die Kultusminister die Wirkung von Fangstricken und die Verwandlung der Hochschulen in unerschütterliche Festungen versprochen. Die gescheiterten Versuche der Rektoren, den Neuaufschwung der Bewegung schon in seinem Beginn zu treffen und zu zerschlagen, sind die Grabsteine dieser vergeblichen Hoffnung der herrschenden Klasse auf die politische Befriedung der Hochschulen. An Maßnahmen wie Verboten von Versammlungen zur Vorbereitung von Aktionen und Aktionstagen, an Schikanen und Repressalien gegenüber den Vertretungskörperschaften der Studenten und selbst an Verbotsdrohungen gegenüber Streiks und richterlich besiegelten Verbotssprüchen hat es nicht gefehlt. An fast jeder Hochschule sind solche Maßnahmen zur Unterdrückung seitens der Rektoren und Universitätsbeamten ergriffen worden. Verschiedentlich haben solche Maßnahmen die Entwicklung des Kampfes der Studenten behindert, aber nirgends verhindern können. In den meisten Fällen haben sich die Rektoren nicht mehr trauen können, als solche Drohungen und Verbote zu Papier zu bringen.

In dieser für die Kräfte der politischen Reaktion an den Hochschulen ungünstigen, für die selbständige politische Bewegung der Studenten günstigen Lage haben sich die bürgerlichen Parteien zu einem verzweifelten Schritt entschlossen: Sie haben sich mit der Verabschiedung des Hochschulrahmengesetzes im Vermittlungsausschuß und im Bundestag Hals über Kopf auf ein Programm zur Zerschlagung der selbständigen politischen Bewegung der Studenten und der Säuberung der Hochschulen von gegen den Bestand der bürgerlichen Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen geeinigt. Für diese Einigung auf Verstärkung der Reaktion haben die bürgerlichen Parteien benutzt das Modell, das die „Frankfurter Allgemeine" vor einigen Wochen im Zusammenhang der Aufrechterhaltung der Strafverfolgung der Abtreibung vorgeschlagen hatte. Einigung in der „Mitte des Parlaments", um den Lauf der bürgerlichen Gesetzesmaschinerie zu beschleunigen bei „Duldung der Opposition„ der „Flügelmänner" der Fraktionen, um die Bewegung im Volk ans Parlament gebunden zu halten, zu lähmen und die Betrugsabsicht des Parlamentsspektakels zu wahren. Dieses einfache Rezept haben die bürgerlichen Parteien zur Verabschiedung des Hochschulrahmengesetzes erstmals umgesetzt: CDU und SPD brachten das Gesetz durch, die CSU und einige „linke" Abgeordnete aus den Koalitionsfraktionen stimmten dagegen.

Die Absicht des Gesetzes besteht darin, die Reaktion an den Hochschulen einheitlich in Marsch zu setzen und auf die Bewegung der Studenten mit verstärkter Unterdrückung zurückzuschlagen. Aus dem Studium wird in diesem Gesetz direkt ein „besonderes Gewaltverhältnis", das den bürgerlichen Staatsapparat zu jeder belie-

bigen Willkür und Polizeiverfolgung gegenüber einzelnen Studenten, ihren Vertretern und Organisationen und ihren politischen Aktionen ermächtigt. Festgelegt ist dies in den Paragrafen 31 und 40 des Gesetzes:

§ 31

1) Die Einschreibung zum Studium kann widerrufen werden, wenn ein Student durch Anwendung von Gewalt, durch Aufforderung zur Gewalt oder durch Bedrohung mit Gewalt
a) den bestimmungsgemäßen Betrieb einer Hochschuleinrichtung, die Tätigkeit eines Hochschulorgans oder die Durchführung einer Hochschulveranstaltung behindert oder
b) ein Hochschulmitglied von der Ausübung seiner Rechte und Pflichten abhält oder abzuhalten versucht.

Gleiches gilt, wenn ein Student an den in Satz 1 genannten Handlungen teilnimmt oder **wiederholt Anordnungen zuwiderhandelt, die gegen ihn von der Hochschule wegen Verletzung seiner Pflichten nach §40 Abs. 4 getroffen worden sind.**

(§ 40 enthält die Aufforderung, daß sich alle Mitglieder der Hochschule so zu verhalten haben, „daß die Hochschulen und ihre Organe ihre Aufgaben erfüllen können und niemand gehindert wird, seine Rechte und Pflichten an den Hochschulen wahrzunehmen".)

Weiter werden mit diesem Gesetz die Professoren und Lehrenden an den Hochschulen in ihren Aufgaben als Beamte und Vertreter des bürgerlichen Staatsapparates gestärkt gegenüber den Studentenmassen. Der reaktionäre Plan, mittels der „Selbstverwaltungsgremien" und der „Mitbestimmung" der Studenten in solchen Gremien das Diktat der Studienbedingungen durch den bürgerlichen Staat und der Unterdrückung an den Hochschulen durchzusetzen und als gemeinsames Interesse von Studenten und bürgerlichem Staat zu verkaufen, hat sein Antlitz jetzt gänzlich offenbart. War bisher schon der reaktionäre Zweck dieser Einrichtungen unter den Studentenmassen nicht verborgen geblieben, weshalb häufig diese Gremien platzten und sich jeder ehrliche Studentenvertreter in diesen Gremien förmlich zum Krawall und zu Obstruktion verpflichtet sah und weshalb auch die Wahlbeteiligung der Studenten zu diesen Gremien ständig gesunken ist, so kommt es nun mit dem neuen Gesetz faustdick. Die Professoren erhalten in Zukunft nicht nur die Mehrheit in diesen Einrichtungen, sondern auch den Auftrag und die Befugnis, in allen wichtigen Fragen der Lehre, Berufung und Forschung selbständig zu entscheiden. Die Absicht besteht in folgendem: Direkt auf den Leib geschneidert sind diese Einrichtungen den rechten Studenten, den Burschenschaften und Korporationen an den Hochschulen. Sie sollen damit herangezogen, zu „Sprechern der Studenten" ausstaffiert und zu bürgerlichen Politikern ausgebildet werden. Gleichzeitig wird die Masse der Studenten faktisch entmündigt. Ihre Vertretungskörperschaften werden zerschlagen und sie werden des Rechts zur selbständigen Vertretung ihrer Interessen beraubt. In Bayern ist ein solches Modell der Bildung von „Sprecherräten" aus rechten Studenten bei gleichzeitiger Zerschlagung der Verfaßten Studentenschaft und ihrer Vertretungsorgane bereits im Versuch.

Gleichzeitig beabsichtigt die Staatsmacht mit dieser Regelung, die Zersetzungserscheinungen im Lehrkörper an den Hochschulen zu bereinigen. Direkt richtet sich dieses Gesetz gegen die Teile des Lehrkörpers, die „mit den Studenten gemeinsame Sache machen". Solche Professoren und Lehrende können den Staatsappat nicht gegenüber den Studentenmassen vertreten. Sie gewährleisten nicht die erforderliche Unterdrückung der besitzlosen Studentenmassen, um sie in Agenten des Privateigentums an den Produktionsmitteln und der bürgerlichen Rechtsverhältnisse zu verwandeln und gefährden dadurch den Zweck, den die bürgerliche Klasse an den Hochschule verfolgt.

Dieser Unterstellung der Studenten unter ein besonderes Gewaltverhältnis durch den bürgerlichen Staat und die offene und unverhüllte Einrichtung eines Regiments von Professoren als staatliche Aufsichtsbeamte gegenüber den Studenten hat die bürgerliche Presse großes Lob gespendet. Als Programm der Unterdrükkung des Widerstands der Studentenmassen und als politisches Signal zur Zerschlagung des neuerlichen Aufschwungs der Studentenbewegung ist es auch vom „Bund Freiheit der Wissenschaft" aufgenommen worden. Bei der Feier seines fünfjährigen Bestehens haben die Sprecher dieses reaktionären Professorenbundes Abstand genommen von den angekündigten Plänen zur Selbstauflösung und erklären jetzt, die „Gefahren von damals" seien „noch nicht gebannt" und „neue Gefahren" hätten sich ihnen „zugesellt".

## Die Aktionstage stärkten die Herausbildung des politischen Kampfprogramms und die Organisierung der Bewegung

Seit 1972 in Heidelberg Polizeitruppen die Universität besetzten, um eine Veranstaltung mit dem Hannoveraner Professor Brückner zu verhindern, hat sich spontan die Charakterisierung dieser Hochschulen als Polizeiuniversitäten verbreitet. Zum Teil wurde darunter bloß der Umstand des Auftretens der Polizei an der Hochschule verstanden. Inzwischen ist klar, daß polizeimäßig der Charakter des Regiments ist, das der bürgerliche Staat gegenüber den Studenten aufzieht. Die Polizei wird zum Vollzug dieses Regiments bloß beordert, wenn alles andere nichts genutzt hat, um die Studentenmassen zur Unterwerfung zu zwingen. Die gewöhnliche Unterdrückung der Studentenmassen an der Hochschule ist schon polizeimäßig organisiert. In großem Umfange werden die Studentenmassen und die unteren Teile des Lehrkörpers bespitzelt und überwacht. Eigens „Ordnungsbehörden" sind an den Hochschulen eingerichtet, um das Denunziantenmaterial zu verarbeiten und die rebellischen Elemente in der Studentenschaft ausfindig zu machen. Versammlungen und Beratungen können die Studenten nur durchführen, wenn sie der Rektor erlaubt. Die politische Betätigung der Studenten wird verboten. Ihr Zusammenschluß und der Gebrauch kollektiver Rechte wie z. B. der Boykott der Lehrveranstaltungen wird verfolgt. Die Vertretungsorgane werden aufgelöst, wenn sie zu Sprechern des Kampfes der Studentenmassen werden.

Indessen irrt sich die herschende Klasse, wenn sie glaubt, mit solchen Polizeimethoden die Studentenmassen in Rechtlosigkeit versetzen und ihre politische Selbständigkeit vernichten zu können. Dies beweist der Aufschwung der Bewegung der Studentenmassen und das Auftreten dieser Bewegung gegenüber dem bürgerlichen Staatsapparat in den Aktionstagen an den Hochschulen. Die genannten Forderungen, zum Teil bereits vertreten durch die Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS), wurden von Beratungen und Versammlungen an zahlreichen Hochschulen beschlossen und in den Streiks und Demonstrationen erhoben. Dies ist ein entscheidender Schritt in der Herausbildung des politischen Kampfprogramms der Bewegung der Studentenmassen gegenüber dem bürgerlichen Staat. Die erhobenen Forderungen richten sich auf die Verteidigung und Gewährleistung von Rechten, die die politische Selbständigkeit der Studentenmassen stärken und ihre Fähigkeit erhöhen, am Klassenkampf teilzunehmen.



Solche Rechte wie z. B. das Recht auf Bildung von Vertretungskörperschaften, das Recht auf Einspruch gegen Änderungen der Studienbedingungen, das Recht auf kostendeckende Ausbildungsförderung oder das Recht der freien politischen Betätigung und Organisation ermöglichen es den Studentenmassen, ihre Einheit gegenüber dem bürgerlichen Staat, von dem sie abhängig sind, herzustellen und ihre Interessen selbständig politisch zu vertreten. Im Kampf für diese Rechte muß sich die Bewegung der Studenten zusammenschließen, um der bürgerlichen Reaktion an der Hochschule entgegenzutreten und ihre politische Selbständigkeit zu behaupten.

Die Auseinandersetzung in der Studentenschaft über die Vorbereitung und Durchführung der Aktionstage zeigt, daß sich diese politische Aktionseinheit der Studentenmassen nur entwickeln und herstellen kann im Kampf gegen die bürgerlichen Auffassungen und die Spaltung der Bewegung durch die bürgerlichen Politiker. Deutlich sind die politischen Fronten dieses Kampfes an der Freiburger Universität hervorgetreten.

Mehrere Univesitätsvollversammlungen, von jeweils rund 800 bis 1 000 Studenten besucht, waren nötig, um die Durchführung der Urabstimmung für Streik und die Forderungen des Streiks zu beschließen. Nachdem der sozialdemokratisch geführte AStA auf keiner dieser Versammlungen damit Erfolg hatte, gegen die Absicht des Streiks eine Mehrheit zu gewinnen und auch die Forderungen, für die die Institutsgruppen und die Kommunistische Hochschulgruppe (KHG) eintraten, nicht ersetzen konnte durch sozialdemokratische Forderungen wie z. B. „Chancengleichheit im Bildungswesen", ließ sich der AStA am Vorabend der Urabstimmung auf ein Komplott mit den rechten Studentengruppen ein, das zum Ergebnis hatte die jeweils einzelne Abstimmung mit Ja/Nein über die Forderungen, die die Universitätsvollversammlung als Streikprogramm beschlossen hatte.

Die reaktionären Studenten riefen nun auf, gegen die Forderungen zu stimmen, die sich gegen die politische Disziplinierung durch die Ministerpräsidentenbeschlüsse, das Verbot des politischen Mandats, der politischen Betätigung usw. richteten. Die Sozialdemokraten forderten dazu auf, die Forderung nach „Einspruchsrecht der Organe der Verfaßten Studentenschaft bei allen Änderungen der Prüfungs- und Studienbedingungen" abzulehnen unter Berufung auf die von ihnen vertretene Forderung nach Mitbestimmung. Das Ergebnis zeigt, daß weder die rechten Studenten noch die Sozialdemokraten mit ihrem Angriff auf die sich herausbildende politische Aktionseinheit gegenüber dem bürgerlichen Staat Erfolg hatten:

Beteiligung: 6 343 Studenten gleich 37,1 %
Für Streik: Ja: 5 560 Studenten gleich 83 %, Nein: 783 Studenten gleich 12,34 %
Aufschlüsselung der Zustimmung zu den Forderungen:
– Für ein materiell abgesichertes Studium:
Ja: 4 940 gleich 77,9 %, Nein: 526 gleich 8,3 %
– Gegen die Verschlechterung der Ausbildungsbedingungen:
Ja: 5 231 gleich 82,5 %, Nein: 148 gleich 3,1 %
–Für das Einspruchsrecht der Organe der Verfaßten Studentenschaft:
Ja: 4 800 gleich 75,7 %, Nein: 587 gleich 9,25 %
– Gegen die politische Disziplinierung:
Ja: 4 676 gleich 73,3 %, Nein: 699 gleich 11 %
– Einstellung aller ausgebildeten Lehrer! Übernahme aller Studenten in die Referendarausbildung! Arbeitslosengeld für alle Studenten, die die Hochschule verlassen und keine Arbeit finden!:
Ja: 4 924 gleich 77,6 %, Nein: 515 gleich 8,1 %

Die reaktionären Studenten haben es sich nirgends leisten können, angesichts der Stärke der Bewegung aufzutreten gegen die Erhöhung der Ausbildungsförderung und den Protest gegen die Verschlechterung der Studienbedingungen. Ihrer Absicht, Boden zurückzugewinnen für die politische Reaktion, hat das nichts genutzt.

Die Sozialdemokraten und DKP-Revisionisten haben auf der Gründungsversammlung der Vereinigten Deutschen Studentenschaften eine Niederlage hinnehmen müssen. Ihre Reformpläne, die auf die Förderung der Zusammenarbeit mit dem bürgerlichen Staat hinauslaufen, wurden abgelehnt. Diese Niederlage ihrer bürgerlichen Politik konnten sie in der Auseinandersetzung um die Durchführung der Aktionstage nicht rückgängig machen. Die Revisionisten haben versucht, die Hauptforderung dieser Politik, die Forderung nach Mitbestimmung, ins Spiel zu bringen über den Umweg der Demonstration des DGB in Dortmund und unter Ausnutzung der spontanen Unterstützung und Solidarität, die die gewerkschaftliche Bewegung der Arbeiter unter den Studenten hat. Genutzt hat ihnen dieses Manöver jedoch nichts. An verschiedenen Hochschulen, an denen sie sich bisher mit dieser Politik behaupten konnten, mußten sie Niederlagen hinnehmen und ist es gelungen, die politische Aktionseinheit herzustellen im Kampf für die Rechte der Studenten gegenüber dem bürgerlichen Staat. Die Sozialdemokraten, die mehr politischen Vertand haben als die DKP-Revisionisten und wissen, daß diese Bewegung der Studenten ihrem politischen Einfluß schadet, haben sich nur verstohlen mit dem nächsten Wahltermin und der Hoffnung auf die Einsicht ihrer Parteifreunde in der Regierung zu winken getraut. In der Hauptsache haben sie versucht, die politische Auseinandersetzung herunter zu bringen auf die Frage der „Erfolgsaussichten" des Kampfes. Indem sie der Bewegung die Erfolgsaussichten bestritten, haben sie den Versuch unternommen, ihre Entwicklung zu hemmen und sie zu spalten, um den Bruch der Studentenmassen mit dem bürgerlichen Staat und ihre Abwendung von der Sozialdemokratie zu verhindern.

Zum Ergebnis hatte diese Politik der Sozialdemokraten die Verhinderung von Streikaktionen an einigen Hochschulen und die Spaltung der Aktionseinheit. Dies entspricht dem Einfluß der SPD unter den Studenten und erfordert den Kampf gegen die mit dieser Politik verbundenen Hoffnungen auf den bürgerlichen Staat, um der politischen Spaltung der Studentenmassen zu

# Richtlinien zur Untersuchung der Tätigkeit unserer Hochschulorganisationen durch die Ortsleitungen

**Beschlossen vom Zentralkomitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland am 5.7.75**

Die Verhältnisse an den Hochschulen geraten nach einem längeren Zeitraum der relativen Ruhe neuerlich in Bewegung. Im Gefolge der Krise beschleunigt sich die Erosion der bürgerlichen Ideologie, die mit den Erscheinungen der Krisis nicht fertig wird, weil sie deren Ursache leugnen muß. Über diese allgemeine Erschütterung hinaus erfahren die Studentenmassen am eigenen Leibe und materiell die Ergebnisse, welche die Profitwirtschaft und die Anarchie der Produktivkräfte für jene in dieser Gesellschaft bedeutet, die vom privaten Eigentum ausgeschlossen sind und bloß ihre Arbeitskraft besitzen.

Die Studentenmassen stehen in einem objektiven Gegensatz zur herrschenden Klasse. An den Hochschulen wird die Wissenschaft getrieben und vermittelt um Agenten des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln und Agenten der bürgerlichen Rechtsverhältnisse, die dem Privateigentum entspringen, heranzubilden. Die Studentenmassen befinden sich im objektiven Gegensatz zum Zweck dieser Einrichtung, insofern sie das private Eigentum nicht haben.

Die Studentenmassen gehören also den besitzlosen Klassen an. Bekanntlich ist in der bürgerlichen Gesellschaft zum Verkauf der Arbeitskraft gezwungen, wer sonst nichts hat. Aus dem objektiven Umstand der Besitzlosigkeit resultiert zwangsläufig die Lohnabhängigkeit als Lebensschicksal.

Solange aber die Studenten noch Studenten sind, resultiert daraus bloß ihre Abhängigkeit. Der bürgerliche Staat ist der Organisator des Stuidums. Insofern die Studentenmassen den besitzlosen Klassen angehören, ist ihre Abhängigkeit vom bürgerlichen Staat umfassend. Ihren Lebensunterhalt können sie bloß bestreiten, insoweit sie vom Staat unterhalten werden. Gleichzeitig werden die Bedingungen und Inhalte des Studiums vom bürgerlichen Staat oktroiert.

Aus der Zweckbestimmung der Hochschulen durch den bürgerlichen Staat, der sie ja unterhält, und der Abhängigkeit der Studentenmassen vom bürgerlichen Staat, der sie ernährt, ergibt sich folgendes. Aus der Zweckbestimmung des Studiums nach den Erfordernissen des Eigentums und der bürgerliche Ideologie, die das Privateigentum hervorbringt, ergibt sich eine spontane und starke Empfänglichkeit der Studentenmassen für die Kritik daran, denn sie haben das Eigentum nicht. Aus der Abhängigkeit der Studentenmassen ergibt sich der Wunsch der Studenten nach Zusammenschluß mit solcher Wucht, daß sich beispielsweise noch nicht einmal der RCDS der Gründung eines einheitlichen Studentenverbandes entziehen konnte, sondern daran teilnehmen mußte.

Dem privaten Eigentum entspricht die Konkurrenz als Verkehrsform der Privateigentümer. Da und insofern die Studenten zu Agenten des privaten Eigentums und zu Vertretern des bürgerlichen Rechts ausgebildet werden sollen, muß die Organisation des Studiums durch den Staat der Konkurrenz entsprechen und entspricht ihr auch.

Die Konkurrenz unter den Studenten verschärft ihre Abhängigkeit vom bürgerlichen Staat umfassend. Um diese Abhängigkeit zu steuern, wird der Zusammenschluß der Studenten gegenüber dem Organisator des Studiums, dem bürgerlichen Staat unabdingbar. Gleichzeitig führt der Zusammenschluß der Studentenmassen, der der Abhängigkeit entgegenwirken soll, zur unvermeidlichen Kollision mit dem bürgerlichen Staat als Organisator des Studiums.

Unvermeidlich müssen Zwang und Unterdrückung Hauptmerkmale des Studiums werden. Unvermeidlich, weil ohne Zwang nicht Leute in Agenten des privaten Eigentums verwandelt werden können, die es nicht haben, umfassend, insofern schon der erste und einfachste Zusammenschluß der Studentenmassen gegenüber der Abhängigkeit im Gegensatz zur Organisation des Studiums als Konkurrenz von Personen gerät, auf der der bürgerliche Staat bestehen muß.

Gleichzeitig sind die Unterdrückungsmaßnahmen an der Universität und gegenüber den Studenten sogar vom Recht her ungleich und klassenspezifisch. Beispielsweise wird keineswegs die politische Diskussion an der Hochschule und im Zusammenhang der Lehrveranstaltungen allgemein verboten, wie dies für Grund-, Haupt-, Realschulen und auch für das Gymnasium gesetzlich ist. Die Unterdrückung der Kritik am Studium und der politischen Diskussion wird vielmehr gesteuert durch das Recht der professoralen Staatsbeaufsichtigung. Im Resultat ergibt sich daraus freie politische Betätigung und Freiheit der Kritik im Rahmen der Ideologie des Eigentums. Und geradeso wie die Studenten, die den besitzenden Klassen entstammen, von der materiellen Abhängigkeit durch den Staat entbunden sind, sondern die Universität als unabhängige Privatleute besuchen, geradeso bestehen für die politischen Vertreter der bürgerlichen Klasse an der Hochschule alle politischen Rechte und entspricht ihnen auch ganz die Organisation des Studiums nach dem Prinzip der Konkurrenz, weil ihnen die Konkurrenz entspricht.

Die Unterdrückung an der Hochschule ist also keineswegs allgemein, sondern spezifisch. Materiell besteht sie nicht für die Besitzenden und ist eine schwere Last für die Besitzlosen. Ideologisch besteht sie nicht für die politischen Vertreter der bürgerlichen Klasse, sondern bloß für die Kritiker der Ideologie des Eigentums. Von Seiten des Staates hat die Unterdrükkung an der Hochschule den Zweck, diejenigen Schichten, die sich positiv auf das Eigentum beziehen, zur ideologisch führenden Kraft unter den Studenten zu machen.

Der Kampf gegen die Unterdrückung an der Hochschule ist geradesowenig unspezifisch. Sein Zweck ist die Behauptung der materiellen Existenz und politischen Selbständigkeit der besitzlosen Studentenmassen gegenüber dem bürgerlichen Staat.

Insofern die Studenten die Gesetzmäßigkeiten des privaten Eigentums erleiden, entwickeln sie ein selbständiges Interesse an der Kritik daran und ein selbständiges Interesse, sich gegen Folgen zu schützen. Darin ist der Bezug auf die Arbeiterklasse, welche das private Eigentum nicht bloß kritisiert, sondern aufheben kann, weil sie die Produktion trägt, angelegt. Muß aber hergestellt werden, weil aus dem Umstand der Besitzlosigkeit allein nicht hergeleitet werden kann die Absicht der Aufhebung des privaten Eigentums. Diese Absicht kann bloß hergeleitet werden aus dem Umstand der Trägerschaft an der Produktion.

Offensichtlich muß also an der Hochschule eine Politik gemacht werden, die ansetzt an den objektiven Gegensätzen zwischen den Studentenmassen und dem bürgerlichen Staat, von dem diese abhängen. Offensichtlich kann an der Hochschule der Zusammenschluß der Studenten und die Einheit der Studentenmassen in der Aktion hergestellt werden auf Grundlage von Forderungen, die angesichts der materiellen Versorgung das Recht auf eine Versorgung behauptet, die das Studium ermöglichen und angesichts der Studienbedingungen und des Diktats dieser Studienbedingungen durch den bürgerlichen Staat das Recht der Studenten, auf Einflußnahme auf diese Studienbedingungen. Dieser Zusammenschluß und solche Kämpfe finden auch statt.

Die Kommunisten werden in diesen Kämpfen bloß die Führung gewinnen und große Teile der Studenten für das revolu-

Fortsetzung nächste Seite



tionäre Ziel der Arbeiterklasse, wenn sie verstehen, daß es nicht darauf ankommt, den Kämpfen der Studenten besondere Bedingungen zu stellen, sondern darauf, den Klassencharakter dieser Kämpfe zu enthüllen und den Studenten die Schranken dieser Auseinandersetzungen zu erläutern, die bloß von der Arbeiterklasse und bloß durch die Revolution gebrochen werden.

Kurzum, die Kämpfe der Studenten ergeben sich aus begrenzten Widersprüchen zum bürgerlichen Staat, haben aber so, wie sie sich spontan ergeben, schon eine Stoßrichtung gegen den bürgerlichen Staat. Zur Teilnahme an diesen Kämpfen machen wir keine besonderen Bedingungen, sondern wir entwickeln in diesen Kämpfen unsere Anschauungen.

Organisatorisch müssen Formen gepflegt und geschaffen werden, die diesen Grundlagen der Aktionseinheit der Studentenmassen entsprechen. Spontan haben sich in der Studentenbewegung die Institutsgruppen und die Institutsvollversammlungen entwickelt. Weil nicht richtig verstanden wurde, auf welche objektiv vorhandenen Widersprüche sich diese Organisationsformen gründen, wurden sie häufig mißachtet und oft sogar aufgelöst. Hand in Hand damit gingen Abweichungen, die dem Zusammenschluß der Studenten Bedingungen stellten, die in Wirklichkeit die Propagandatätigkeit innerhalb dieser Bewegung ersetzen, was nicht erfolgreich sein kann.

So ist eine Lage entstanden, in der einige Hochschulorganisationen auf das Niveau eines spontanen Zusammenschlusses von Studenten, die sich gegen die Abhängigkeit vom bürgerlichen Staat wehren wollen, was fortschrittlich ist, aber sonst noch nicht viel wollen, was nicht kommunistisch ist, verkommen sind, wobei gleichzeitig in gar keiner Weise die Reserven, die dieser spontane und begrenzte Zusammenschluß der Studenten hat, ausgeschöpft werden konnten.

Indem jede einzelne Forderung der Studenten aus dem Interesse der Arbeiterklasse an Revolution nicht nur hergeleitet wurde, was richtig ist, sondern die Erkenntnis dieses Zusammenschlusses zur Voraussetzung gemacht wurde, was falsch ist, kam es zu einer großen Unbeweglichkeit in allen Fragen, die den Kampf der Studenten bezogen auf ihre Versorgung und die Studienbedingungen anging. Im Gefolge mußte der Einfluß der Kommunisten an den Hochschulen abnehmen, weil sie es nicht verstanden, die spontane Bewegung zu führen, und der Einfluß von allerhand Opportunismus, der den begrenzten Einsichten der spontanen Bewegung die Bewußtheit bescheinigt zunehmen.

Zum Zwecke der Korrektur ist es erforderlich, Forderungen aufzustellen und zu entwickeln, die beinhalten: Rechte der ASten, bei jeder Änderung der Studienbedingungen Einspruch zu erheben. Recht der Vertreter der Studenten, den Prüfungen beizuwohnen. Recht auf Einspruch bei Änderung der Prüfungsordnungen. Recht, die Prüfung bei Verstößen gegen die Prüfungsordnung für ungültig zu erklären. Kurzum, alle kollektiven Rechte der Studentenschaft müssen gestärkt werden. Bislang wird hier oft ein falsches Zugeständnis gemacht. Beispielsweise wird verlangt das Recht der Studenten auf Auswahl ihrer Prüfer. Diese Forderung ist nicht falsch, aber zurückgeblieben. Sie selber behauptet ein individuelles Recht eines jeden Studenten. Sie ist aufgehoben in der Forderung nach Einspruchsrecht der gewählten Studentenvertretungen über die Prüfungsbedingungen, wobei das zweite ganz andere Aktionsmöglichkeiten eröffnet und den Zusammenschluß der Studenten stärkt, während die erste Forderung bloß eine Entfaltung der Konkurrenz bedeutet.

Solche Forderungen, die sich am besten aus der wirklichen Bewegung entwickeln lassen, werden dem Kampf gegen das Hochschulrahmengesetz überhaupt erst eine Stoßrichtung geben. Man muß verlangen, daß die ASten vom Gesetz als die Vertreter der Studenten an der Hochschule anerkannt werden und daß ihnen Kampfrechte gesichert werden.

Die Institutsgruppen müssen als Organe des Zusammenschlusses der Studenten auf Grundlage solcher Forderungen aufgebaut werden. Man kann davon ausgehen, daß bei sorgfältiger Analyse und richtiger Entwicklung dieser Forderungen im einzelnen der Druck auf Zusammenschluß in diesen Institutsgruppen so groß sein wird, daß sich bloß die ausgesprochen rechten Strömungen diesem Druck werden entziehen können.

Genossen, mit dieser Richtlinie zur Untersuchung der Lage an den Hochschulen ist zweifellos bloß ein erster Schritt getan zur Bereinigung der Lage. Voraussetzung dafür, daß wir der zunehmend heftigen Bewegung unter den Studenten und an der Hochschule gerecht werden, ist, daß sich die Ortsleitungen sehr ernsthaft mit dieser Frage beschäftigen und eine Auffassung dazu entwickeln.

Entscheidend für die Bereinigung der Lage an der Hochschule ist eine systematische Arbeit an der Hebung des ideologischen Niveaus unserer Hochschulorganisationen. Das ideologische Niveau unserer Hochschulorganisationen wird indessen am leichtesten gehoben, wenn ihnen die Aufgabe der Führung der spontanen Bewegung und der Aufklärung der spontanen Bewegung gestellt wird. Sie müssen verstehen, daß die spontanen Kämpfe der Studenten zwar begrenzt sind, einen begrenzten, beschränkten Inhalt haben, aber durch und durch gerecht sind, und Klassencharakter haben, so daß wir in diesen Kämpfen unsere Anschauungen glänzend entfalten können.

Fortsetzung: Aus dem Traum von der Ruhe ...

begegnen.

Eng verbunden mit der Herausbildung des politischen Kampfprogramms in der Vorbereitung und Durchführung der Aktionstage ist die beginnende Organisierung der Bewegung auf der Grundlage der Forderungen dieses Programms. Streikkomitees und Gruppen am Institut haben sich gebildet, um die Durchführung der Aktionen an ihrem Institut zu beraten und vorzubereiten. Sie haben unter den Studenten an ihrem Institut die Ziele und Forderungen der Streiks und Aktionen propagiert und die Studenten für die Aktionen mobilisiert. Dadurch ist die aktive Einbeziehung großer Teile der Studenten am Institut gelungen und der Boykott der Lehrveranstaltungen bis zur Lahmlegung des gesamten Lehrbetriebs durchgeführt worden.

Die Bedeutung dieses Schritts zur Organisierung der Bewegung liegt auf der Hand, wo es darum geht, z. B. den Streik an der Hochschule zu führen und durchzusetzen. Deshalb hat schon der einfache Aufruf von politischen Organisationen, die den Streik unterstützten, oder auch bloß des AStAs, ausgereicht zur Bildung solcher Gruppen. Indessen unterscheidet diese Gruppen nichts Wesentliches von Initiativen und Komitees, die sich auch schon vor diesen Aktionen in einzelnen Auseinandersetzungen am Institut spontan gebildet haben oder schon bestanden, um den Kampf für die Rechte der Studenten zu führen.

Diese Gruppen und Organisationsformen, die sich herausbilden im Kampf für die Rechte der Studenten gegenüber dem bügerlichen Staat, sind die Keime von Studentenkoalitionen. Mit dem Aufschwung der Bewegung hat die Bildung und der Aufbau solcher Gruppen zur Organisierung einzelner Kämpfe und Auseinandersetzungen sprunghaft zugenommen. Einzelne dieser Gruppen haben sich nach einer Auseinandersetzung aufgelöst oder sind zerfallen. Aber ständig bilden sich neue Gruppen, in denen die Einheit und der Zusammenschluß feste Form gewinnt. Während der Aktionstage haben sich oft 30 bis 40 oder mehr Studenten eines Instituts in ihnen organisiert. Die Entwicklung dieses koalitionsmäßigen Zusammenschlusses gibt der politischen Selbständigkeit der Bewegung gegenüber dem bürgerlichen Staat eine feste Form und stärkt den Zusammenschluß der Studenten im Kampf. Ohne den Aufbau von Studentenkoalitionen stößt die Einheit der Ak-

tion am Institut gegenüber den Professoren und der Institutsleitung, an der ganzen Hochschule gegenüber der Hochschulbürokratie und gegenüber dem bürgerlichen Staat auf Schranken und der politische Zusammenschluß der Studentenmassen muß vorübergehend bleiben und ist ständig von Rückschlägen bedroht. Das Fehlen des organisierten Zusammenschlusses der Bewegung auf Grundlage ihres politischen Kampfprogramms wird notwendig zum Hemmnis für das Fortschreiten des Kampfes, führt zu seiner Schwächung und zu Niederlagen der Bewegung. An den Aktionstagen ist auf großer Breite ein Schritt zur Organisierung der Bewegung der Studenten an den Instituten und Fachbereichen erfolgt. Dieser Schritt muß fortgesetzt werden im Aufbau von Koalitionen der Studenten auf Grundlage des Kampfes für ihre Rechte gegenüber dem bürgerlichen Staat. Für den Aufbau dieser Studentenkoalitionen müssen alle politischen Kräfte in der Studentenschaft gewonnen werden, die den Kampf für die Rechte der Studenten gegenüber dem bürgerlichen Staat unterstützen.

Das unmittelbare Ergebnis des Neuaufschwungs der Bewegung der Studenten und der Durchführung der Aktionstage besteht so im Fortschritt der Herausbildung der Aktionseinheit der Studentenmassen im Kampf für Rechte gegenüber dem Diktat der Studienbedingungen durch den bürgerlichen Staat, für das Recht auf Gewährleistung der materiellen Existenz und für die Rechte freier politischer Betätigung und Organisation an der Hochschule und in der beginnenden Organisierung dieser Bewegung an den Instituten und Fachbereichen der Hochschulen auf der Grundlage der selbständigen politischen Vertretung und des Kampfes für ihre Rechte gegen den bürgerlichen Staat.

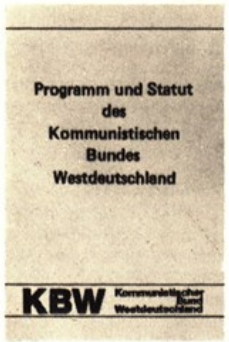
Dies ist ein entscheidender Fortschritt für den Kampf der Studenten. Indessen geht die politische Bedeutung der Auseinandersetzung, die diese Bewegung der Studentenmassen mit dem bürgerlichen Staatsapparat aufgenommen hat, weit über dieses unmittelbare Ergebnis hinaus. Offensichtlich ist die Unfähigkeit des bürgerlichen Staates, die Ausbildung anders als auf Kosten der Studenten zu organisieren und durch Zwang, Unterdrückung und politische Reaktion aufrechtzuerhalten; das Vertrauen in diesen Staatsapparat erfährt zwangsläufig unter den Studentenmassen große Erschütterungen; der Zusammenstoß der Studentenmassen mit diesem Staatsapparat wirkt zersetzend auf die Herrschaft der bürgerlichen Ideologie und mit der Verschärfung der politischen Auseinandersetzung in der Studentenschaft und den Erfahrungen des Kampfes werden alle Fragen der Politik in dieser Bewegung aufgeworfen. Diese Situation der Erschütterung der herrschenden Auffassungen, Vorstellungen und Gedanken bedeutet: große Aufmerksamkeit unter den Studentenmassen für die revolutionäre Propaganda der Kommunisten und schlechte Aussichten für die Reaktionäre an der Hochschule, die sich auf einiges gefaßt machen können.

Die imperialistische Bourgeoisie ist unfähig, die gesellschaftliche Produktion selbst im Rahmen der Ausbeutung zu organisieren. Das liegt jetzt in der Krise auf der Hand. Die tiefe Unfähigkeit der Bourgeoisie zur Regelung der Produktion findet ihre notwendige Widerspiegelung im Hochschulwesen. Nicht anders als durch Zwang und Unterdrückung vermag sie den notwendigen Nachwuchs für die leitenden Funktionen in Produktion und Verwaltung zu erschaffen. Je riesenhafter der nutzlose Apparat wird, mit dem die Herrschaft der Bourgeoisie die ganze Gesellschaft belastet, um so mehr muß sie diesen Apparat aus der Masse der Besitzlosen herausbilden und rekrutieren.

Aus Ruhe und Ordnung an den Hochschulen wird nichts werden. Wilde Reaktion und Unterdrückung, das ist möglich. Der tiefe Friede und harmonische Einklang mit den Zwecken der herrschenden Bourgeoisie, der die bürgerliche Hochschule kennzeichnete, ist unwiderruflich dahin.

h.j.

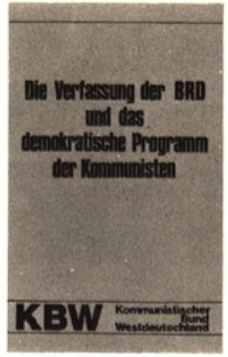

**Veröffentlichungen des Kommunistischen Bundes Westdeutschland**




*handliche Taschenausgabe DM 0,80 auch in englisch, serbokroatisch, ab Januar 1976 in italienisch*




*70 Seiten DM 1,50*




*26 Seiten DM 1,00*




*44 Seiten DM 1,00*

**Zu beziehen über: Buchvertrieb Hager GmbH,** 6800 Mannheim, Sandhofer Straße 29




# Eine neue Phase des Klassenkampfes hat begonnen

Die großen gewerkschaftlichen Jugenddemonstrationen, die Streiks und Demonstrationen gegen die Misere des bürgerlichen Schulwesens, die Streiks und Demonstrationen der Studenten gegen die Verschlechterung ihrer Lage und gegen die politische Unterdrückung, die zahlreichen Kampfaktionen und Streiks der Arbeiter im Kampf um die Arbeitsbedingungen und den Lohn, der Widerstand der Bauern gegen die Vernichtung ihrer Existenz, all dies sind deutliche Zeichen für einen Neuaufschwung der Massenbewegung, der alle Klassen und Schichten des Volkes zu erfassen beginnt. Die Bourgeoisie tut alles, um diesen Neuaufschwung der Massenbewegung zu unterdrücken, und vor allem versucht sie zu verhindern, daß dieser Neuaufschwung der Massenbewegung, die noch weitgehend zersplittert ist und sich ungleichmäßig entwickelt, den Massen allgemein zu Bewußtsein kommt. Nur selten berichtet die bürgerliche Presse überregional von örtlichen Kämpfen, und selbst Kampfaktionen wie die Aktionstage der Studenten Anfang Dezember 1975 werden von der bürgerlichen Presse kaum behandelt. Die Massendemonstrationen gegen den § 218 in Bonn war der Staatsmacht ein riesiges Polizeiaufgebot und dem Parlament eine Fragestunde wert. Über sie berichtet hat die bürgerliche Presse jedoch praktisch nicht, obwohl es sich um die seit langem größte revolutionäre Massendemonstration direkt gegen den bürgerlichen Staatsapparat handelte.

Gäbe es nicht die revolutionären Organisationen und die revolutionäre Presse, man könnte sich kein Bild von der Breite und dem Umfang dieses Neuaufschwungs der Massenbewegung machen. Die Bourgeoisie weiß sehr gut, wie ansteckend Kampfaktionen von Teilen der Arbeiterklasse und des Volkes auf die Massen wirken; sie weiß, mit welchem Interesse lebendige Schilderungen von Kämpfen durch die Massen aufgenommen werden.

Der Bourgeoisie kann nicht daran liegen, daß sich die Arbeiterklasse und die Volksmassen eine Anschauung und einen Begriff von der Breite und dem Umfang des Neuaufschwungs der Massenbewegung machen. Über die Streikaktionen gegen die Lohndrückerei und die Verschärfung der Ausbeutung hat die bürgerliche Presse höchstens vereinzelt und durch kurze Meldungen berichtet. Jedes x-beliebige Verbrechen walzen die bürgerlichen Zeitungen breit aus, über die Kampfaktionen der Lehrlinge in der BASF, der Lehrlinge an der Technischen Hochschule in Darmstadt usw. erfährt man nichts aus der bürgerlichen Presse.

Nur wenn ein Kampf nicht mehr verschwiegen werden kann oder wenn die Redaktionen hoffen, einen Kampf durch entstellte Berichte in Mißkredit bringen zu können, findet er in der bürgerlichen Presse oder in Fernsehen und Rundfunk eine Würdigung. Und doch ist dieser Neuaufschwung der Massenbewegung trotz der Zersplitterung der Bewegung nicht zu übersehen.

Auffallend ist die große Beteiligung an bestimmten Aktionen. Man kann gut sehen, daß es sich um etwas Neues handelt und nicht nur die Fortsetzung der bisherigen Kämpfe.

Nehmen wir z.B. die Aktionen gegen die Fahrpreiserhöhung in Heidelberg. Die Massenbeteiligung an den Aktionen und die breite Aufmerksamkeit, die diese Kämpfe in der ganzen Bevölkerung Heidelbergs, die Beteiligung und den Widerhall, den sie in der Arbeiterklasse gefunden haben, lassen sich nur vergleichen mit den erfolgreichen Aktionen von 1969, die die Rücknahme der Fahrpreiserhöhungen erzwungen hatten. Die Entschlossenheit, sich durch den Machtapparat des bürgerlichen Staates nicht unterdrücken zu lassen, dem Polizeiterror nicht zu weichen, und die Ablehnung, auf die die Polizeitruppen bei der Bevölkerung gestoßen sind, war jedoch wesentlich höher.

In Heidelberg sind die Fahrpreise alle zwei Jahre erhöht worden, und jedesmal hat sich Widerstand gegen die Maßnahmen herausgebildet. Auch gibt es eine Kontinuität der politischen Kräfte, die diesen Widerstand eingeleitet und geführt haben. Man kann also gut die Aktionen gegen die Ausplünderung durch den bürgerlichen Staatsapparat über eine Reihe von Jahren hinweg miteinander vergleichen. Vergleicht man sie aber miteinander, dann sieht man, daß Umfang, Dauer und Massenbeteiligung am Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen im Juni dieses Jahres nur aus einer veränderten Situation und aus einem Neuaufschwung der Massenbewegung erklärt werden können. Damit sich diese Massenbewegung entfalten konnte trotz der heftigen Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat und trotz der Geschlossenheit des bürgerlichen Lagers gegenüber dieser Massenbewegung, war eine Vorhut notwendig, die durch die Marxisten-Leninisten in den letzten Jahren aufgebaut worden ist. Auch bei den entsprechenden Kämpfen in Hannover zeigte sich dieses Jahr der Neuaufschwung der Massenbewegung. Es zeigte sich aber auch, wie die Revisionisten die Bewegung, wenn sie dazu in der Lage sind, in die Irre führen, indem sie den Kampf gegen den bürgerlichen Staat sabotieren. Zurück zu der Entwicklung der Widerstandsaktionen gegen die Fahrpreiserhöhung in Heidelberg.

1966 hatte sich gegen die Fahrpreiserhöhung ein sporadischer und spontaner Widerstand gebildet, zu dem der Allgemeine Studentenausschuß aufgerufen hatte und der fast ausschließlich von Studenten getragen worden war. Aus der Demonstration heraus, die zum Verwaltungsgebäude der Straßenbahn geführt worden war, wurden dort einige Fensterscheiben eingeworfen. Die Aktionen blieben ein spontaner Protest, die Führung des Kampfes lag politisch im wesentlichen in den Händen von bürgerlich-demokratischen Kräften, die damals den Allgemeinen Studentenausschuß bildeten. Die Konsequenz, die diese Kräfte aus dem Kampf zogen, war, daß sie im Namen der Studentenschaft zwei Aktien der

HSB erstanden, um in Zukunft in der Aktionärsversammlung gegen neue Fahrpreiserhöhungen ihre Opposition anmelden zu können. So sah das damals aus.

1969 wurde der Widerstand gegen die Fahrpreiserhöhungen durch den Heidelberger SDS geführt und organisiert, der sich dabei auf den Allgemeinen Studentenausschuß stützen konnte. Ausgelöst wurden die Aktionen zunächst von Teilen der Studenten und der Schüler. Getragen wurden sie von der aktiven Beteiligung von Teilen der Arbeiterklasse, einer großen Sympathie in der ganzen Arbeiterklasse und in breiten Teilen der Bevölkerung. Die Blockadeaktionen konnten durch die Polizei nicht zerschlagen werden, der Polizeieinsatz mußte nach einigen vergeblichen Zerschlagungsversuchen eingestellt werden; große Massen beteiligten sich an der Rote-Punkt-Aktion, die die Blockaden der Straßenbahn flankierten. Nach einigen Tagen stellte die HSB ihren Betrieb ein, die Polizeikräfte wurden abgezogen, und nach einer Verständigung zwischen Landesregierung und Stadtverwaltung wurden die Fahrpreiserhöhungen zurückgenommen. Entscheidend für diese Wende des Kampfes war, daß Bourgeoisie und Gewerkschaftsführung fürchten mußten, daß die große Sympathie in den Betrieben für die Aktionen in direkte Beteiligung umschlagen würde und daß die bürgerlichen Kräfte und die Stadtverwaltung keine politischen Reserven mobilisieren könnten, um die Aktionen zu unterdrücken, nachdem sie im ersten Anlauf gescheitert waren. Die Massenbewegung war schwungvoll, die Staatsmacht vom Schwung der Massenbewegung überrascht, weil sie nur mit den Studenten gerechnet hatte. Der Schwung der Bewegung und die mangelnde Vorbereitung der Bourgeoisie ermöglichten die Durchsetzung des unmittelbaren Aktionsziels, die Verhinderung der Fahrpreiserhöhungen.

In den späteren Kämpfen konnte dieser Erfolg der Aktionen von 1969 nicht wiederholt werden. Die Mobilisierung der Massen durch die Vorhut konnte nicht Schritt halten mit der Mobilisierung der Kräfte der Unterdrükkung durch die Bourgeoisie. 1971 hat die damalige Gruppe Neues Rotes Forum, aus der später die Kommunistische Gruppe (NRF) hervorging, eine der Gründungsorganisationen des KBW, große Anstrengungen unternommen, um erneut einen erfolgreichen Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen zu führen. Sie brachte eine relativ breite Aktionseinheit zustande, an der sich auch Jungsozialisten und DKP beteiligen mußten. Obwohl die subjektiven Voraussetzungen auf seiten der Vorhut sich ideologisch und politisch wie organisatorisch eher verbessert hatten gegenüber 1969, obwohl eine relativ breite Aktionseinheit durch die NRF-Gruppe zustandegebracht werden konnte, ist es 1971 der Staatsgewalt sehr leicht gelungen, den Widerstand gegen die Fahrpreiserhöhungen durch pure Machtdemonstration zu unterdrücken. Mit dieser Machtdemonstration gelang es der Staatsgewalt, den aktiven Kern der Widerstandsaktionen von den Massen zu isolieren, wenn es ihr auch nicht gelang, diesen Kern zu zerschlagen. Es wäre aber gelungen, wenn die Blockadeaktionen nicht beendet worden wären, bevor sich die Lage vollständig zugunsten der Staatsmacht gewandt hatte. Diese Wendung war jedoch absehbar und nicht aufzuhalten. Die Durchführung der Blockaden war bald beschränkt auf die NRF-Gruppe und ihre direkten Sympathisanten. Die Blockaden verwandelten sich zusehends in ein Katz- und Maus-Spiel, bei dem abzusehen war, daß die Katz die Maus bald erwischen würde. Bevor es soweit war, wurde die Aktion abgebrochen.

1973 konnte der Widerstand gegen die Fahrpreiserhöhungen nicht geführt werden bis zu direkten Widerstandsaktionen, weil von vornherein absehbar war, daß sie keinen Erfolg haben würden, obwohl die Kommunistische Gruppe (NRF) / Ortsgruppe des KBW zu diesem Zeitpunkt einen wesentlich größeren Einfluß unter den Arbeitern und Lohnabhängigen hatte, wie sich an der Entwicklung der Maidemonstration und anderen Punkten zeigen und beweisen ließe. Die politische Bewegung in der Stadt wäre jedoch nicht in der Lage gewesen, in eine so scharfe Auseinandersetzung mit dem bürgerlichen Staatsapparat zu gehen, wie sie die Aufnahme und Durchführung von Blockadeaktionen bedeutet hätte.

Anders 1975. Die politische Bewegung in der Stadt drängte auf eine Auseinandersetzung mit dem Staatsapparat und konnte durch bloße Machtdemonstration von seiten der Bourgeoisie und des bürgerlichen Staates nicht unterdrückt werden. Der massive Polizeieinsatz in der Stadt stieß auf einen breiten und aktiven Widerstand. Der Kampf gegen die Polizei isolierte nicht die Vorhut von den Massen, sondern die Massen selber begannen, die Auseinandersetzung mit der Staatsgewalt und der Polizeitruppe aktiv aufzunehmen. Die Polizeitruppen mußten sich bewegen wie in einer okkupierten Stadt. Ihr Einsatz war nicht nur äußerst unpopulär, sondern stieß auf populären Widerstand. Aus den Häusern der Innenstadt wurde sie teilweise mit dem Inhalt von Mülleimern und mit Blumentöpfen beworfen. Die Schilder mußten die Polizeisöldner über den Köpfen tragen, deutliches Zeichen dafür, daß sie nicht mit Zustimmung, sondern Widerstand der Massen zu tun hatten. Als die Polizeitruppe nach dem Beschluß des Stadtrates, die Fahrpreise zu erhöhen, von sich aus die Auseinandersetzung mit den Demonstranten abbrechen mußte und abgezogen wurde, begleiteten sie Pfiffe und höhnischer Beifall. Zwar gelang es der Staatsgewalt letztlich, den Widerstand der Massen durch Polizeieinsatz zu erstikken, doch bedeutete dies bereits keine politische Niederlage mehr. Die Polizei hatte den Zusammenschluß und die Aktion der Massen gegen den Staatsapparat nicht im Ansatz unterdrücken, sondern nur noch einmal das Feld behaupten können gegenüber dem Kampf der Massen für ihre Interessen und Rechte. An den Aktionen haben sich im Verlauf einer Woche schätzungsweise an die 15 000 Menschen in irgendeiner Form beteiligt. Neue Kräfte wurden in den Kampf gegen den bürgerlichen Staatsapparat, gegen seine Plünderungs- und Unterdrückungspolitik hineingezogen.

Zum erstenmal seit 1969 hat die Mobilisierung der Reserven durch die revolutionäre Bewegung im Kampf gegen die Politik des bürgerlichen Staatsapparats wieder Schritt halten können mit der Mobilisierung der Kräfte der Unterdrückung durch die Bourgeoisie und den bürgerlichen Staatsapparat.

Natürlich hat diese Untersuchung der Entwicklung der Kämpfe gegen die staatliche Plünderungs- und Unterdrückungspolitik nur eine sehr begrenzte Beweiskraft für die Entwicklung der Massenbewegung im allgemeinen. Es gibt Beispiele, die scheinbar das Gegenteil beweisen, z.B. die Entwicklung der Kämpfe in Frankfurt von 1974 auf 1975. Diese kurze Untersuchung der Entwicklung der Widerstandsaktionen in Heidelberg über einen längeren Zeitraum hinweg soll nur die **Aufmerksamkeit** wecken für die Veränderungen in der Massenbewegung, die man heute feststellen kann.



Die spontane Bewegung entwickelt sich zunächst meist nicht an allgemeinen politischen Fragen wie der staatlichen Ausplünderung mittels Steuern, Tarifen und Gebühren, sondern an Widersprüchen in bestimmten Bereichen zwischen bestimmten Teilen der Volksmassen und dem bürgerlichen Staat. So läßt sich der Neuaufschwung der Massenbewegung am leichtesten in den Kämpfen gegen die bürgerliche Schul- und Bildungspolitik feststellen, wo breite Teile der Volksmassen betroffen sind und der Kampf **in** und **um** bestimmte Einrichtungen geführt wird, auf die die Massen einen direkten Zugriff haben. Dies ist nirgends so der Fall wie im Volksbildungswesen, und gerade im Volksbildungswesen hat sich der Neuaufschwung der spontanen Bewegung besonders stark entfaltet. Beispiele dafür sind neben den vorausgehenden Auseinandersetzungen in Hamburg die Kämpfe in Niedersachsen, die Schulstreiks in Hannover und Wolfsburg; Beispiele sind die Schulkämpfe in Hessen, die sich jetzt schwungvoll entwickeln. Anlaß für diese Kämpfe sind die Verschlechterung der Lage im Volksbildungswesen, die der bürgerliche Staat durch rigorose Mittelstreichungen, durch die direkte Ausplünderung der Volksmassen, die privat für die Kosten der Ausbildung herangezogen werden, und durch die Entrechtung des Volkes gegenüber dem Volksbildungswesen, der Entrechtung der Lehrer gegenüber dem Dienstherrn und der Schüler gegenüber der Schulleitung vorantreibt. Dagegen hat sich eine breite Massenbewegung herausgebildet, die ihren bisher stärksten Ausdruck in Niedersachsen gefunden hat.

In dieser Bewegung gibt es einen scharfen Kampf zweier Linien, der bürgerlichen Linie, die auf die Verschlechterung des Volksbildungswesens mit Forderungen antwortet, die letzten Endes auf die Verstärkung der institutionellen Privilegierung der Kinder der Bourgeosie hinauslaufen, und der proletarischen Linie, die mit der Forderung nach der Einheitsschule den Kampf für ein demokratisches Volksbildungwesen propagiert und organisiert. Meist befinden sich die Massenkämpfe noch unter Führung der bürgerlichen Linie, die in den Vertretungskörperschaften der Eltern, die den Kampf oft leitend organisieren, um so mehr vorherrscht, je höher die Ebene dieser Vertretungskörperschaften ist und je enger die Körperschaften mit der hohen Bürokratie verbunden und direkt aus Bourgeois zusammengesetzt sind. Trotz der Vorherrschaft der bürgerlichen Linie und Politik haben sich diese Kämpfe zunächst schwungvoll entwickelt, was nicht gegen, sondern für die Stärke der spontanen Massenbewegung spricht und gute Voraussetzungen für den Sieg über die bürgerliche Linie beweist.

Unter der Schuljugend beginnt sich die Arbeiterjugend bereits zur führenden Kraft zu entwickeln, wofür durch die gewerkschaftliche Bewegung gegen Jugendarbeitslosigkeit und bürgerliche Berufsbildung gute Voraussetzungen geschaffen worden sind. Die Forderung, unter der die Arbeiterklasse in diese Bewegung führend eingreifen und die Arbeiterjugend die Führung der Schuljugend erobern kann, ist die Forderung nach der Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr, die auch unter den Gymnasiasten an Einfluß gewinnt, in den Berufs- und Realschülern aber ihre aktivsten Träger hat. Nur unter dieser demokratischen Forderung kann die Arbeiterklasse die bürgerliche Linie schlagen, denn nur sie stellt den Interessen der Bourgeoisie an einer weiteren Aufspaltung des Volksbildungswesens und der Privilegierung der Bürgersöhne die Interessen des Volkes an einem einheitlichen demokratischen Volksbildungswesen entgegen. Wie schwungvoll sich diese Kämpfe entwikkelt haben, zeigt sich an der hohen Beteiligung an den Streikaktionen und den Demonstrationen. So haben sich in Wolfsburg und Hannover alle Schulen an den Streiks beteiligt und durch die Unterstützung der Eltern und der GEW haben die Streikaktionen an den einzelnen Schulen einen hohen Beteiligungsgrad erreichen können. Die Demonstrationen haben große Massen einbezogen. So jüngst in Braunschweig wieder 5 000 Teilnehmer an einer Demonstration von GEW und Allgemeinem Studentenausschuß.

In Hessen, wo in diesen Tagen die ersten Streikaktionen gegen die Entrechtung der Schülermitverwaltungen eingeleitet werden, haben sich alle Darmstädter Real- und Oberschulen einem Streik angeschlossen. Mit großer Mehrheit hat die Konferenz von 500 Schülervertretern Kampfaktionen zur Verteidigung der Rechte der Schüler, Vertretungsorgane zu bilden, und für die Rechte dieser Vertretungsorgane beschlossen. An einer ersten Demonstration, die sich spontan aus dem Streik zweier Schulen heraus entwickelte, haben sich 5000 Schüler beteiligt. Zwei Tage später demonstrierten erneut 7000 Schüler, dazwischen 3000. Für Januar hat die Gesamtschülervertretung aller Schulen mit großer Mehrheit einen Streikbeschluß gefaßt, den sie auf ganz Hessen ausdehnen will.

Der Neuaufschwung der Bewegung unter den Studenten hat sich bei den VDS-Aktionstagen gezeigt und sich in den Ergebnissen von Streikurabstimmungen, Streiks und Demonstrationen ausgedrückt. Daß es sich um einen **Neu**aufschwung der Studentenbewegung handelt, zeigt sich auch daran, daß diese Bewegung vor allem kleine Universitäten und Universitäten, die bisher als ruhig galten, oder auch Universitäten, die durch die revisionistische Führung weitgehend befriedet worden waren – wie in Marburg –, erfaßt. Auch ist die Bewegung dort am geschlossensten, wo das Studium durch die Verschulung die Studenten besonders eng zusammenschließt, so in den naturwissenchaftlichen Fakultäten und den verschiedenen Fachhochschultypen. (Siehe Artikel in diesem Heft zur Entwicklung an den Hochschulen)

All dies sind deutliche Anzeichen für einen Neuaufschwung der Massenbewegung, wobei die Entwicklung der Arbeiterbewegung, die in den großen gewerkschaftlichen Jugenddemonstrationen, in zahlreichen Streiks und in einem Aufschwung des gewerkschaftlichen Lebens ihren Ausdruck findet, gute Voraussetzungen dafür schafft, daß die Arbeiterklasse sich zur führenden Klasse in diesen Kämpfen gegen die Politik der herrschenden Klasse und den bürgerlichen Staat herausbildet. (1)

(1) Vorausgesetzt, die Marxisten-Leninisten tragen hierzu durch eine richtige Politik bei. Vgl.: „Lenin, Was tun? – Erneute Lektüre von Lenins Polemik gegen bürgerliche Arbeiterpolitik", in: KVZ Nr. 47/75, Seite 15

Was ist an den Streikaktionen dieses Jahres besonders auffällig? Es ist die außerordentliche Hartnäckigkeit einiger dieser Streiks und Kampfaktionen (Erwitte, DEMAG Kalletal, ELES) und die große Beachtung, die diese Streiks in der ganzen Arbeiterklasse finden. Beides gibt einigen dieser Streiks eine große Bedeutung, obwohl sie sich aus besonderen Bedingungen entwikkelt haben und von Belegschaften geführt wurden, die nach Zahl und Stellung in der gesellschaftlichen Produktion von verschwindender Bedeutung sind. Allemal handelte es sich dann aber um Streiks, die grundsätzliche Fragen des gewerkschaftlichen Kampfes aufwarfen: Kampf gegen Betriebsschließungen, für die Rechte des Betriebsrates und die Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation durch den Kapitalisten. Sie warfen die Frage der Einheit und Solidarität der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse auf, weil die streikenden Belegschaften an vorgeschobener Stelle Kämpfe führten, die durch die wirtschaftliche Krise und den verschärften Druck der Kapitalisten für die ganze Arbeiterklasse große Bedeutung haben. Für die Kapitalistenklasse handelt es sich bei diesen Kämpfen um Vorpostengefechte, wobei sie wie in Erwitte und bei ELES scheinbare Außenseiter erproben lassen, wie weit sie bei ihren Angriffen auf die Interessen und Rechte der Arbeiter wohl werden gehen können. Ähnlich sieht es bei den Kämpfen zwischen Kapitalisten und Belegschaften um übertarifliche Zulagen oder die Verrechnung tariflicher Ansprüche mit bestehenden Zulagen aus. Auch hier handelt es sich von seiten der Kapitalistenklasse um Erkundungen, die meist durch kleinere Kapitalisten und gegenüber kleineren Belegschaften durchgeführt werden. Die Reife der Arbeiterbewegung zeigt sich daran, wieweit sie diesen Charakter der Aktionen der Kapitalisten durchschaut und erkennt, daß die Interessen der Arbeiter gegenüber den Kapitalisten gerade an den schwachen Kettengliedern verteidigt werden müssen, von denen aus die Kapitalistenklasse die Positionen der Arbeiterklasse her aufrollen will. Die Abwehr der Angriffe der Kapitalisten durch die Belegschaft bei Mailänder und die Unterstützung, die die Belegschaft dabei durch die Ludwigsburger Arbeiterschaft erfahren hat, zeigt deutlich diesen Charakter der Auseinandersetzung. (Vgl. die Berichte in der KVZ) Sie zeigt auch die Reife der Arbeiterbewegung, die sie in den letzten Jahren erworben hat, trotz der reformistischen Gewerkschaftsführung und in Gegensatz zu ihr. Insgesamt zeigen die Streiks gegen die Zulagenkürzungen und andere Angriffe der Kapitalisten, daß sich die Arbeiter nicht durch die Hetze der Bourgeoisie und das Gerede der Gewerkschaftsführung demoralisieren lassen, sondern gerade in der Krise von ihren Interessen gegenüber dem Kapitalisten ausgehen und nicht etwa sich vormachen lassen, ein angebliches Gesamtinteresse der Gesellschaft sei in dem für seine Profitinteressen die Peitsche schwingenden Kapitalisten verkörpert. Denn in der wirtschaftlichen Krise setzt jeder Kampf die bewußte Entscheidung der Arbeiter für die Durchsetzung ihrer eigenen Interessen voraus; gehen sie von einem vorgeblichen gesamtgesellschaftlichen Interesse aus, dann müssen sie auch akzeptieren, daß sie in dessen Namen ausgebeutet werden bis auf die Knochen.

Jeder Streik in der wirtschaftlichen Krise zeigt, daß sich die Arbeiter von **diesen** Fesseln der bürgerlichen Ideologie befreien und daß sie ihre Möglichkeiten zum Kampf zu nutzen bereit sind. Natürlich bleiben diese Kämpfe Kämpfe mit rein wirtschaftlichen Zielen. Sie zu führen setzt jedoch ein höheres Bewußtsein voraus als es für Streiks in der Aufschwungsphase des kapitalistischen Zyklus notwendig ist. Leicht kann sich aus diesem Bewußtsein von der Unvermeidbarkeit des Kampfes das Bewußtsein von der Unversöhnlichkeit der Interessen von Kapitalistenklasse und Arbeiterklasse entwickeln, das für politische Enthüllungen und die Propaganda des Sozialismus und der proletarischen Revolution einen günstigen Boden schafft.

## Zusammenstoß der Reaktion mit einer neuen Welle der spontanen Massenbewegung

Ohne den Neuaufschwung der Massenbewegung zu sehen, ist es unmöglich, die gegenwärtige Situation des Klassenkampfes zu verstehen. Aber diese Situation ist nicht ausreichend charakterisiert, wenn wir nur diesen Neuaufschwung der Massenbewegung konstatieren. Insgesamt ist die Situation charakterisiert durch die verschärfte Reaktion der herrschenden Klasse und den Zusammenstoß dieser Reaktion mit der neuen Welle der Massenbewegung, wie sie sich auf Grundlage der wirtschaftlichen Krise entwickelt.

Die Reaktion hat innere und äußere Ursachen. Konkret bedeutet sie für die herrschende Klasse Vorbereitung des Krieges nach außen durch die Verschärfung des Klassenkampfes und die Unterdrückung der Volksmassen nach innen. Die westdeutsche Bourgeoisie ist nicht einfach Objekt und Opfer der Rivalität der beiden Supermächte im Kampf um die Hegemonie, der sich auf Europa konzentriert. Im Schatten der Rivalität der beiden Supermächte bereitet die westdeutsche Bourgeoisie sich darauf vor, in einem drohenden Krieg ihr eigenes Schäfchen ins Trockene zu bringen. Auch greift sie im Schatten der Rivalität der beiden Supermächte bereits heute in den weltweiten Kampf um Einflußsphären und die Kräfteverhältnisse zwischen den imperialistischen Mächten ein. Das zeigt die hektische Reisetätigkeit von Regierungsmitgliedern und das Auftreten Schmidts auf internationalen Konferenzen. Die Verschärfung der inneren Unterdrückung ist Teil der Kriegsvorbereitung der westdeutschen Bourgeoisie. Wer gegen die Kriegsgefahr kämpfen will, muß den Kampf gegen die Reaktion führen, denn die Reaktion ist die wichtigste Seite der Kriegsvorbereitung der westdeutschen Bourgeoisie im Rahmen und im Schatten der Rivalität der beiden Supermächte. Dies zeigt besonders eindrücklich, wie lächerlich das Ansinnen einiger Leute ist, den Kampf der westdeutschen Arbeiterklasse gegen die Kriegsgefahr mit einer Schonung der westdeutschen Bourgeoisie verbinden und den Kampf gegen die Herrschaft der Bourgeoisie und für den Sozialismus dem Kampf gegen die Kriegsgefahr unterordnen zu wollen. Es bedeutet aber auch, daß der Kampf gegen die Reaktion nicht geführt werden kann von der westdeutschen Arbeiterklasse, wenn er nicht begriffen wird im Rahmen des weltweiten Kampfes gegen den imperialistischen Krieg und die wachsende Kriegsgefahr, die hauptsächlich von der Rivalität der beiden Supermächte ausgeht, aber auch von den imperialistischen Mächten, die im Schatten dieser



Rivalität ihre aggressiven Ziele und Absichten verfolgen.In seinem Rechenschaftbericht hat das ZK die „veränderte Situation" durch das „Übergreifen der Krise auf den westdeutschen Imperialismus bei gleichzeitiger relativer Stärkung des westdeutschen Imperialismus innerhalb der imperialistischen Welt" erklärt (durch das ZK verabschiedet Januar 1975, durch die Delegiertenkonferenz im März 1975 gebilligt). Verschärfung der Reaktion ist die Antwort auf diese „veränderte Situation" von seiten der Bourgeoisie. Die Reaktion im Innern dient der Aggression nach außen. Jede Aggression, und der imperialistische Krieg ist seinem Wesen nach aggressiv, muß im Innern durch Reaktion vorbereitet werden. Allseitige Reaktion ist die zusammenfassende Antwort der Bourgeoisie in Westdeutschland auf die Krise wie auch Ausdruck ihrer Hoffnungen, im Schatten der Rivalität der beiden Supermächte im Kampf um die Hegemonie wieder mitmischen zu können, wozu sie durch die relative Stärkung ihrer Position sowohl gegenüber den beiden Supermächten als erst recht innerhalb Europas selber ermutigt wird. Die Verbindung der Reaktion mit den Kriegsvorbereitungen der westdeutschen Bourgeoisie darf man niemals vergessen, auch wenn im folgenden nur auf die inneren Widersprüche des westdeutschen Imperialismus eingegangen wird.

Wogegen richtet sich die politische Reaktion? Sie richtet sich zunächst gegen die Rechte, die die Massen in den Kämpfen seit 1966/67 in der Praxis erkämpft haben. Das wichtigste Ergebnis der Massenkämpfe nach 1966/67 ist dieser Raum, den die Arbeiterklasse und die Volksmassen in diesen Jahren praktisch erobert haben. Dieser Raumgewinn ist beträchtlich und die herrschende Klasse will ihn zurückgewinnen und die Ergebnisse der Kämpfe der Massen liquidieren.

Überprüfen wir diese Ergebnisse: Die demokratische Bewegung der letzten Jahre hat praktisch das KPD-Verbot außer Anwendung gebracht. Sie hat in der Praxis sich eine weitgehende Demonstrationsfreiheit, Versammlungs-, Presse- und Organisationsfreiheit erobert. Die Arbeiter haben sich in der Praxis das Streik- und Demonstrationsrecht in einem Umfang genommen, wie es die Bourgeoisie per Gesetz und Rechtsprechung ausdrücklich verweigert. 1966 oder 67 ist in Stuttgart der letzte Strafprozeß auf Grundlage des KPD-Verbots sang- und klanglos eingestellt worden. Bis dahin bildeten diese Prozesse Legion. Dann war Ende bis heute. Obwohl die Bourgeoisie gegen den Widerstand der demokratischen Bewegung die Notstandsgesetze durchsetzen konnte und damit die rechtliche Möglichkeit, gegen das Volk den Ausnahmezustand zu erklären, was die Krönung der bürgerlichen Reaktion nach Niederschlagung der Arbeiterbewegung und Restauration des BRD-Imperialismus sein sollte, hat die demokratische Bewegung, die sich in ihren Anfängen auf den Kampf gegen die Notstandsgesetze konzentrierte, in der Praxis der Reaktion schwere Schläge versetzt und großartige Siege über die Reaktion errungen. Oder ist es kein großartiger Sieg der demokratischen Bewegung, daß trotz KPD-Verbot bis heute in der BRD die proletarische Revolution offen propagiert werden kann, daß die revolutionären Organisationen legal auftreten können und die ersten Verbotsversuche, das Verbot des Heidelberger SDS durch die baden-württembergische Landesregierung unter Berufung auf das KPD-Verbotsurteil, durch den Widerstand der demokratischen Bewegung zur praktischen Bedeutungslosigkeit verdammt geblieben sind? Das sind großartige Siege, die der Bourgeoisie abgetrotzt worden sind, und nicht etwa Ergebnisse irgendwelcher geheimnisvoller Liberalisierungstendenzen innerhalb der Bourgeoisie. Die demokratische Bewegung hat sich die Straße erobert, die bis dahin von seiten des Staates und der Behörden dem Volk gnädigerweise gerade für Faschingsumzüge und Umzüge für irgendwelche Heilige überlassen worden war. All diese Rechte sind dem Volk nicht durch die Verfassung zugestanden worden, mögen sie auch dort erwähnt werden, sondern gegenüber der Reaktion im revolutionären Kampf um Demokratie erkämpft worden.

Die Arbeiterbewegung hat mit den Streiks von 1969 praktisch das Streikrecht uneingeschränkt wahrgenommen und die Bourgeoisie mußte es hinnehmen. Das waren keine Verfassungsfragen und keine Entscheidungen, die letztinstanzlich vor irgendeinem hohen Verfassungsgericht entschieden worden sind, sondern Entscheidungen, die in der Wirklichkeit des Klassenkampfes fielen.

In ihrem Ausgangspunkt scheinbar defensiv, insofern gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze gerichtet, hat die demokratische Bewegung in ihrem Kampf sich von vornherein Rechte genommen und erobert, auf deren Unterdrückung die westdeutsche Bourgeoisie seit Übernahme der politischen Macht aus den Händen des US-Imperialismus und seiner Alliierten stets zielstrebig und mit großer Konsequenz hingearbeitet und gesetzlich und praktisch weitgehend abgeschafft hatte. Zum Zweck der Reaktion und der Unterdrückung hat die Bourgeoisie 1966/67 schließlich auch die SPD in die Regierung genommen, um die Notstandsgesetze nach jahrzehntelangen Vorbereitungen als krönenden Höhepunkt der Reaktion widerstandslos durchzusetzen und die Arbeiterbewegung der Reaktion und für die Krisenpolitik der Bourgeoisie mit Hilfe der SPD gefügig zu machen.

Diese Politik der Bourgeoisie ist durch den Neuaufschwung der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung durchkreuzt worden. Dieser Neuaufschwung der Arbeiterbewegung – sichtbarstes Zeichen sind die Bewegung gegen die Notstandsgesetze und die Septemberstreiks – und eine breite demokratische, teilweise revolutionäre Bewegung, mit der Arbeiterbewegung im Kampf gegen die Notstandsgesetze verbunden und Teile der Arbeiterjugend von vornherein umfassend – sichtbarstes Zeichen waren die Massenaktionen gegen den Springer-Konzern Ostern 68 –, waren die Antwort der Arberklasse und der Volksmassen auf die Erschütterung des BRD-Imperialismus durch die wirtschaftliche Krise von 1966/67. In ihren Auswirkungen auf die Arbeiterklasse und die Volksmassen war die Erschütterung durch diese wirtschaftliche Krise für den BRD-Imperialismus sehr viel bedeutungsvoller als in ihren kurzfristigen wirtschaftlichen Auswirkungen. Ohne diese wirtschaftliche Krise kann der Neuaufschwung der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung in den Jahren nach 1966/67 nicht erklärt werden und für Marxisten-Leninisten liegt diese Erklärung auf der Hand.

Das eine Ergebnis dieser Bewegungen, die sich nie vollständig miteinander verbunden haben, ist der Ge-

winn von Raum für die Bewegungsfreiheit der Massen, der an praktischen Rechten gemessen werden kann. Die demokratische Bewegung wurde dabei von der Arbeiterbewegung nicht geführt. Dies war auch nicht möglich, denn die Arbeiterbewegung stand und steht noch heute politisch unter Führung der Reformisten. Aber die demokratische Bewegung konnte überhaupt nur ihre starke Stoßkraft entwickeln, weil sie durch die Arbeiterbewegung gestützt und ermutigt wurde. Eine revolutionäre, marxistisch-leninistische Strömung hat sich in dieser Bewegung nur deshalb herausgebildet, weil die Arbeiterbewegung ihre wissenschaftlichen Auffassungen bestätigte. Die Verbindung mit der Arbeiterbewegung, theoretisch durch den Marxismus-Leninismus als Aufgabe gestellt, wurde durch die Bewegung der Arbeiter praktisch auf die Tagesordnung gesetzt.

Ein anderes Ergebnis dieser Bewegungen waren die Manöver der herrschenden Klasse, um ihre Herrschaft möglichst reibungslos zu sichern. Sie fanden ihren Niederschlag in verschiedenen Regierungsumbildungen, so der Ablösung der Großen Koalition durch die SPD/FDP-Regierung mit Brandt/Scheel an der Spitze und deren Neubildung nach den Wahlen von 1972.

Die SPD/FDP-Koalition ist durch die demokratische Massenbewegung an die Regierung gespült worden. Vorübergehend war sie mit ihren Gallionsfiguren Brandt und Scheel das beste Instrument der Bourgeoisie, um dieser Bewegung die Spitze zu brechen und sie abzustumpfen. Darauf mußte es der Bourgeoisie zunächst ankommen, um in einem zweiten Zug den politischen Freiheitsraum, den sich die Massen erobert hatten, so bald wie möglich zu liquidieren. Die Brandt/Scheel-Regierung war eine durch und durch reaktionäre Regierung. Ihre Aufgabe für die Bourgeoisie bestand darin, die Arbeiterbewegung und die Massen weiterhin an die parlamentarische Demokratie zu fesseln durch allerlei scheinbare Zugeständnisse, die ohnehin nicht zu umgehen waren, und gleichzeitig Stück für Stück die Werkzeuge gesetzlicher und polizeilicher Art bereitzustellen, um die Massenbewegung niederzuschlagen und ihre Eroberungen zu liquidieren. Man kann die Politik der Brandt/Scheel-Regierung nicht in eine fortschrittliche Seite und in eine weniger fortschrittliche Seite auseinanderdividieren, wie dies von Sozialdemokraten, Jungsozialisten, Revisionisten und anderen Schwindlern behauptet wird. Ihre Aufgabe wie ihre Politik war durch und durch reaktionär: ideologische und politische Entwaffnung der Arbeiterbewegung und der Volksmassen, politische und militärische Aufrüstung des bürgerlichen Staatsapparats. Jede der „Reformen" der Sozialdemokratie enthält neben irgendwelchen scheinbaren oder angeblichen Zugeständnissen an die Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes gesetzliche Verpflichtungen, die Klasseninteressen aufzugeben, und für den Staat das Recht auf schikanöse und polizeimäßige Unterdrückung. Das kennzeichnet die Amnestie im Rahmen der Reform des Landfriedensbruchsparagrafen, das kennzeichnet das Betriebsrätegesetz, kennzeichnet die Reform des Paragrafen 218. Welche „Reform" man auch anschaut: Sie hat stets zwei Seiten, die eine Seite ist der Betrug, die andere Seite die Androhung der offenen Unterdrückung. Beides, der Betrug und die Vorbereitung der angedrohten gewaltsamen Unterdrückung, kostet freilich Geld, und so mußte mit der Entwicklung der neuen Wirtschaftskrise, deren erste Anzeichen sich seit Ende 1973 mehrten, zunehmend vom Betrug der Massen zugunsten der Hervorhebung der offenen Unterdrückung umgestellt werden. Dazu brauchte die Bourgeoisie neue Leute, aber die alte Koalition, denn nach wie vor ist die SPD in der Regierung notwendig, um die Massen reaktionär anzugreifen, ohne ihren direkten Gegenschlag zu provozieren.

Das richtige Gespann für diese Umstellung des Regierungskurses bot sich der Bourgeoisie in Gestalt des Finanzministers und des Polizeiministers der Brandt/Scheel-Regierung an, den Ministern der beiden für die Bourgeoisie wesentlichen Ressorts. Die Schmidt/Genscher-Regierung hat für die Bourgeoisie die gleiche Funktion wie die große Koalition 1966/67, wenn auch unter veränderten Umständen: die politische Reaktion zu vollenden und die wirtschaftliche Krise durch Ausplünderung der Volksmassen und Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiterklasse bei gleichzeitiger Mästung der Kapitalistenklasse zu überwinden. Dazu ist heute nicht die Hereinnahme der SPD in eine große Koalition notwendig, sondern das Draußenhalten der CDU aus einer Regierung, die das Programm der Finanzbourgeoisie in einer Weise durchzusetzen versteht, wie es eine große Koalition, eine Allparteienregierung oder überhaupt eine Regierung unter führender Beteiligung der CDU gegenwärtig nicht könnte. Die Bourgeoispresse hat seinerzeit bei der Regierungsübernahme von Schmidt/Genscher festgestellt, daß das Programm dieser Regierung das Programm einer großen Koalition sei. Das ist richtig: Es ist ein Programm der allseitigen Reaktion. Nur, um dies zu verhüllen, ist heute die Draußenhaltung der CDU/CSU aus der Regierung geradeso notwendig wie seinerzeit die Hereinnahme der SPD in die Regierung. Nur so kann die Bourgeoisie hoffen, die Arbeiterklasse und die Massen vollständig zu entrechten, sie auszuplündern bis aufs Hemd, die „investitionsmüden" Kapitalisten zum Jagen zu tragen und dennoch den Bruch mit den Gewerkschaften und die direkte Konfrontation mit der Arbeiterbewegung zu meiden, kurz, die Reaktion durch eine möglichst geschickte Spaltungspolitik abzusichern. Die SPD wird sich darüber zerschleißen, auch wenn sie auf dem Mannheimer Parteitag scheinbar eine bisher nicht gekannte Einheit erreichte. Diese Einheit wurde auf der Linie der allseitigen Reaktion hergestellt, und nicht dies, sondern die Versöhnung der Klassen ist die Linie der Anhänger der SPD und großer Teile ihrer Mitgliedschaft. Diese Einheit ist also ein Trugbild.

Die ökonomische Krise ist die Triebkraft der Bourgeoisie bei dem Kurswechsel ihrer Regierung: die erkämpften Rechte und Positionen der Massenbewegung, die sich seit 1966/67 herausgebildet hat, zu liquidieren, um die Ausbeutung der Arbeiterklasse zu verschärfen, die Ausplünderung der Volksmassen zu steigern und die Profitrate der Kapitalisten zu erhöhen. Gleichzeitig bereitet die Bourgeoisie den Krieg vor.

Würde die Reaktion nur auf die Vergangenheit der Arbeiterbewegung und der Massenbewegung treffen, würde sie es nur damit zu tun haben, was diese Massenbewegung hervorgebracht hat an Organisationen und Organen, dann hätte die Reaktion leichtes Spiel.Ihr Sieg wäre schon gesichert. Unvermeidlich jedoch treibt die ökonomische Krise, die die Bourgeoisie anstachelt, den



Bewegungsraum der Massen zu liquidieren – unvermeidlich treibt die ökonomische Krise auch einen Neuaufschwung der Massenbewegung hervor, die den Kampf unversehens auf neue Gebiete trägt und Fronten aufbricht, die die Bourgeoisie bereits längst zu ihren Gunsten stabilisiert zu haben glaubte; neue Kräfte werden in die Bewegung hineingerissen und dem Kampf gegen die Reaktion werden neue Kräfte zugeführt, die mehr wollen als das Bestehende verteidigen.

Dies können wir heute bereits erkennen. Es bedeutet eine Wendung zugunsten der Kräfte der Revolution und der Demokratie im Kampf gegen die Reaktion.

Nehmen wir z.B. den Kampf gegen die Entrechtung im öffentlichen Dienst und insbesondere gegen die Überprüfung, Hinaussäuberung und Nichtanstellung von fortschrittlichen und revolutionären Lehrern. Die gewerkschaftliche und demokratische Bewegung war an dieser Front eindeutig in der letzten Zeit in die Defensive geraten. Sie drohte gegenüber der systematischen und ruppigen Verfolgungspraxis des bürgerlichen Staatsapparats vollständig die Initiative zu verlieren. Als „Kampf gegen die Berufsverbote", wie ihn Revisionisten und andere zu führen versuchten, als Appell an die Liberalität der Bourgeoisie und Berufung auf die Verfassung mußte er notwendig im Sumpf landen und in die Resignation führen. Klar war, daß der Kampf gegen die Verfolgung fortschrittlicher und revolutionärer Lehrer von verschiedenen Seiten her neue Nahrung bekommen mußte und daß die Revolutionäre ihn von daher angehen mußten: als Teil des demokratischen Kampfes um das Volksbildungswesen, als Kampf gegen das Beamtenrecht und als Kampf gegen das KPD-Verbot, sowohl was seine Bedeutung für die Entrechtung der Volksmassen im allgemeinen betrifft als auch was seine Bedeutung für die rechtliche und politische Lage der Angestellten im öffentlichen Dienst betrifft, die durch die Grundsätze des KPD-Verbots zur „freiheitlich-demokratischen Grundordnung" und die Verpflichtung auf diese besonders betroffen sind . Der Neuaufschwung der Massenbewegung schafft die Bedingungen dafür, daß dieser Kampf tatsächlich erfolgreich von diesen verschiedenen Seiten her geführt werden kann und daß die Initiative in diesem Kampf zurückgewonnen werden kann. Wenn sich eine Massenbewegung gegen die Zustände im Schulwesen entwickelt, die überall mit dem Staatsapparat zusammenstößt, dann sind die Bedingungen gut dafür, daß gegen die Ankettung der Lehrer an die Befehle des staatlichen Dienstherrn und die Interessen der Bourgeoisie angekämpft werden kann. Wenn den Beschäftigten im öffentlichen Dienst bei jeder Gelegenheit die Grundsätze der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, wie sie durch das KPD-Verbot festgesetzt sind, um die Ohren gehauen werden, dann ist der Boden günstig, um die Erkenntnis zu verbreiten und zu verankern, daß gerade gegen dieses KPD-Verbot unbedingt der Kampf geführt werden muß. Wenn die Bourgeoisie jede Massenbewegung und jede Erörterung der Volksmassen über die Durchsetzung ihrer Interessen gegen die Staatsgewalt als „Befürwortung von Gewalt" unter Strafe stellen will, dann ist es möglich, den Massen klarzumachen, daß es beim Kampf gegen das KPD-Verbot um die Volksrechte der Meinungs-, Presse- und Organisationsfreiheit geht. So wird der revisionistischen Kampfführung, die auf liberale Duldung der Revisionisten im öffentlichen Dienst abzielt, der Boden entzogen und der Neuaufschwung der Massenbewegung schafft gute Voraussetzungen, um den Kampf gegen die Entrechtung im öffentlichen Dienst und hier wiederum der Lehrer, die als erste in die Schußlinie der Reaktion gekommen sind, auf einer revolutionären Linie und im Zusammenhang mit dem Kampf um das Volksbildungswesen und gegen die Entrechtung im öffentlichen Dienst durch die Anwendung der Grundsätze des KPD-Verbots auf die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu führen.

Leichter ist es, gegen die Einschränkungen und praktische Beseitigung des Demonstrationsrechtes durch die Reaktion zu kämpfen, wenn Tausende von Schülern es im Kampf gegen die Abschaffung ihrer Vertretungsorgane spontan in Anspruch nehmen.

Der Neuaufschwung der Massenbewegung schafft im Kampf gegen die Angriffe der Reaktion auf den von den Massen erkämpften Freiheitsraum eine gewaltige Reserve, gerade weil sich dieser Neuaufschwung der Massenbewegung unmittelbar an Interessen und Widersprüchen entzündet, die den Massen zunächst näher liegen als das scheinbar abstrakte Demonstrationsrecht, abstrakt, solange die Massen dieses Recht für sich nicht in konkreten Kämpfen nutzen und als wesentlich für die Durchsetzung ihrer eigenen Interessen erkennen. Daß die Massen die Bedeutung dieser Kampfrechte, die Notwendigkeit ihrer Verteidigung gegen die Reaktion erkennen und sich diese Rechte nehmen, das erschwert der Reaktion ihr Werk und kann sie leicht um die Initiative bringen, in die sie teilweise während der letzten Jahre gekommen ist oder zu kommen drohte.

Wenn wir heute die Entwicklung des Klassenkampfes über einen längeren Zeitraum hinweg untersuchen, dann können wir folgendes feststellen:

In der Krise von 1966/67 hat die Bourgeoisie durch die Verabschiedung der Notstandsgesetze das Werk der Reaktion vollenden wollen, das sie in der ganzen Phase der Restauration des BRD-Imperialismus betrieben hat. Zu diesem Zweck hat sie die SPD in die Regierung hineingenommen. Damit sollte die parlamentarische Durchsetzung der Notstandsgesetze und ihre Durchsetzung gegenüber den Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung gesichert werden. Nicht gerechnet hatte die Bourgeoisie mit dem Neuaufschwung der Arbeiterbewegung und der Neubildung einer demokratischen, teilweise direkt revolutionären Bewegung, die in ihren Zielen und Kampfformen von vornherein über die Verteidigung des bestehenden Rechtszustandes hinausging und ihre Kraft aus der ideologischen und politischen Erschütterung zog, die die Krise von 1966/67 für den westdeutschen Imperialismus mit sich brachte. Durch diese Krise und ihre Auswirkungen wurde Westdeutschland wieder zu einem Feld des internationalen Klassenkampfes, der den Aufschwung der Massenbewegung vor allem durch die Befreiungskämpfe der unterdrückten Völker und die Kulturrevolution in China entscheidend prägte. Obwohl es der Bourgeoisie gelang, die Notstandsgesetze zu verabschieden, erlitt die Reaktion eine ganze Reihe von Niederlagen. Die Massenbewegung schaffte politisch Raum für die Herausbildung und Organisierung revolutionärer Kräfte. Die breite Linksentwicklung der Arbeiterklasse und im Volk zwang die Bourgeoisie zu einem Kurswechsel, der durch die Regierungsübernahme von Brandt/Scheel eingelei-

tet wurde. Diese Regierung ist ein Abfallprodukt des Neuaufschwungs der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung, genauso wie ihre Wiederwahl im Jahr 1972. Dies zeigt auch, wie sehr der Aufschwung der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung noch dem Reformismus verhaftet gewesen ist und blieb. Mit den ersten Anzeichen der neuen wirtschaftlichen Krise hat die Bourgeoisie voll auf Reaktion geschaltet, alles darauf angelegt, die Errungenschaften der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung zu liquidieren. Von den beiden Methoden, Zuckerbrot und Peitsche, gab die Regierung Schmidt/Genscher der Peitsche den Vorzug. Der Kurswechsel der Bourgeoisie, den die Regierungsübernahme durch Schmidt/Genscher bedeutet, hat die Hauptströmung der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung in eine Krise gestürzt. (2) Die revolutionären Kräfte schienen Gefahr zu laufen, isoliert zu werden. Was Teilen der Revolutionäre als eine Gefahr erschien und manchen Linken in Furcht und Schrecken versetzte, posaunte die Bourgeoisie lautstark als Hoffnung in die Welt hinaus, die sie bereits als Tatsache darzustellen beliebte: Lautstark behauptete sie eine Tendenzwende, und die Serie von Wahlniederlagen der SPD war ihr dafür Beweis genug. Es gab tatsächlich eine Tendenzwende, und diese Tendenzwende bestand darin, daß es mit der Wirtschaft des BRD-Imperialismus im Rahmen der Krise auf dem Weltmarkt und in allen imperialistischen Ländern erneut bergab ging. Aber gerade diese Tendenzwende vom Wirtschaftsaufschwung zum Wirtschaftsabschwung, von der Hochkonjunktur über die Krise zur Stagnation führte unvermeidlich zu einer neuen Erschütterung des BRD-Imperialismus und schuf damit die Bedingungen für einen erneuten Aufschwung der Arbeiterbewegung und der demokratischen Massenbewegung, dessen erste Anzeichen wir bereits heute erkennen können und der 1975 zu einem äußerst lebhaften Jahr der Entwicklung des Klassenkampfes gemacht hat, vor allem seine zweite Hälfte. Die politische Reaktion, durch die die Bourgeoisie den politischen Raum beseitigen will, den die Massenbewegung nach 1966/67 sich erkämpft hat, stößt zusammen mit einer neuen Welle der Massenbewegung. Dieser Zusammenstoß kennzeichnet die gegenwärtige Situation des Klassenkampfes.

## Sich mit den Massen verbinden und den Parteiaufbau entscheidend voranbringen

Der wichtigste Fortschritt für die Entfaltung des Klassenkampfes und die Vorbereitung der proletarischen Revolution, die nur die Form einer Volksrevolution annehmen kann, ist die Herausbildung eines marxistisch-leninistischen Flügels innerhalb der revolutionären Bewegung und der Aufbau einer Vorhut der Arbeiterklasse. Ohne den Aufschwung der Massenbewegung nach 1966/67 hätte diese Vorhut nicht aufgebaut werden können. Wie schädlich das Fehlen einer solchen marxistisch-leninistischen Vorhut für die Führung des Klassenkampfes und die Entfaltung der revolutionären Bewegung ist, hat sich in den Kämpfen nach 1966/67 deutlich gezeigt. Daß diese Vorhut fehlte, hat seine Ursache in der revisionistischen Entartung der KPD und ihrer Zerschlagung durch die Bourgeoisie. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS), dem in dem Aufschwung der Massenkämpfe nach 1966/67 eine führende Rolle zufiel, hat diese Aufgabe natürlich nicht erfüllen können. Statt die revolutionäre Massenbewegung zusammenzuschließen und der Arbeiterklasse und dem wissenschaftlichen Sozialismus in dieser Bewegung die Führung zu erkämpfen, ist er an seiner Unfähigkeit, diese Aufgabe zu erfüllen, gescheitert und auseinandergebrochen. Eine fortschrittliche Studentenorganisation konnte trotz ihrer revolutionären Bedeutung diese Aufgabe auch nicht erfüllen, und erst recht keine Studentenorganisation, die sich gerade erst von der Sozialdemokratie abgenabelt hatte und in der Reformismus und Revisionismus und dann kleinbürgerlicher Revolutionarismus vorherrschten. Dennoch hat der SDS und der ideologische Kampf innerhalb des SDS eine bedeutende Rolle für die Herausbildung einer marxistisch-leninistischen Bewegung gehabt, die sich Ende der sechziger Jahre herausbildete, sich zu organisieren begann und die Verbindung von Marxismus-Leninismus und Arbeiterbewegung in Angriff nahm.

Es entstand eine ganze Reihe von Zirkeln aus revolutionären Intellektuellen und Arbeitern, die sich den wissenschaftlichen Sozialismus aneigenten, sich am Klassenkampf beteiligten und den Aufbau der Kommunistischen Partei sich als Aufgabe stellten. Nicht gelungen ist es in dieser Phase des Klassenkampfes, die einheitliche marxistisch-leninistische Partei aufzubauen, obwohl die objektiven Bedingungen dafür vorhanden waren. Gefehlt hat es an den subjektiven Voraussetzungen, an der notwendigen theoretischen und ideologischen Klarheit, an der richtigen politischen Linie. Sie mußten erst in scharfen Kämpfen erarbeitet werden. So ist es nicht gelungen, in dieser Phase des Klassenkampfes die marxistisch-lenistische Partei der Arbeiterklasse aufzubauen. Dies hat den ideologischen Verfaulungsprozeß von Teilen der revolutionären Bewegung erleichtet, dem Revisionismus beachtliche Erfolge gesichert. Gelungen ist lediglich der Aufbau einiger Organisationen, die den Anspruch erhoben, die marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse zu sein, und dies durch nichts anderes beweisen konnten als durch die Beschwörung dieses Anspruchs. Gegenüber diesen Parteigründungen haben die marxistisch-leninistischen Organisationen und Zirkel, die seit 1971 die Gründung des KBW direkt vorbereiteten, es sich zur Aufgabe gemacht, durch Erarbeitung des Programms der Revolution in Westdeutschland und Westberlin die Grundlagen für die Vereinheitlichung der marxistisch-leninistischen Bewegung und die Verbindung von wissenschaftlichem Sozialismus und Arbeiterbewegung zu schaffen. Die Vorbereitung der Gründung des KBW durch eine offene und gründliche Auseinandersetzung um das Programm der proletarischen Revolution in Westdeutschland und Westberlin und die Gründung des KBW haben eine große vereinheitlichende Kraft auf die revolutionäre Bewegung in Westdeutschland ausgeübt. Das Programm des KBW und seine politische Linie haben nach der Gründung einen raschen Aufbau des KBW und seine Ausdehnung in der ganzen BRD und in Westberlin ermöglicht. Dieser Aufbau umfaßte vor allem die zahlreichen revolutionären und marxistisch-leninistischen Gruppen und Grüppchen, die sich in der Massenbewegung nach 1966/67 herausgebildet hatten. Weniger rasch entwickelte sich die Verbindung des so geschaffenen Kerns mit der Arbeiterbewegung, der Aufbau von Zellen in der Industrie entwickelte sich sehr langsam, rascher entwickelte sich der Aufbau der Zellen im öffentlichen Dienst. Anlaß zu Stolz und Zufriedenheit gibt jedoch weder das eine noch das andere. Vor allem aber gelang es dem KBW nach seiner Gründung nur sehr begrenzt, die „verkrusteten organisatorischen Formen des Sektierertums und des Opportunismus in der kommunistischen Bewegung" aufzubrechen und durch den Kampf für die Einheit der Marxisten-Leninisten entscheidende Schritte im Aufbau der Kommunistischen Partei voranzukommen. Allerdings hat der KBW erreicht, daß die Auseinandersetzung um das Programm der Revolution in Westdeutschland verstärkt geführt werden mußte, daß Sektierer und Opportunisten mit ihren ideologischen und politischen Auffassungen offen hervortreten mußten. Einige wichtige Fragen, ohne deren grundsätzliche theoretische Lösung die Partei der Arbeiterklasse nicht erfolgreich aufgebaut werden kann, sind durch den KBW in die revolutionäre Bewegung hineingetragen worden, vor allem die Bedeutung des Kampfes um Demokratie für die Vorbereitung der proletarischen Revolution und die Zerschlagung des bürgerlichen Staates durch die Volksrevolution. Heute, wo die ersten Anzeichen eines neuen Aufschwungs der Arbeiterbewegung und der Massenkämpfe bereits deutlich zu erkennen sind und man den Übergang des Klassenkampfes in eine neue Phase bereits gut erkennen kann, wo der Zustand der Spannung, zu dem die Entwicklung des Klassenkampfes seit 1966/67 geführt hat, bereits durch einen Zustand der raschen Veränderung abgelöst wird, sind die Voraussetzungen für die Führung des Klassenkampfes durch eine marxistisch-leninistische Vorhut wesentlich besser als 1966/67, wo es eine solche Vorhut noch nicht einmal im Ansatz gab. Sie werden jedoch nur unter zwei Bedingungen genutzt werden können: wenn sich die Marxisten-Leninisten mit den Massen eng verbinden in den gegenwärtigen Kämpfen, die sich unvermeidlich weiter verschärfen und an Umfang und Tiefe zunehmen werden, und wenn sie ihre eigene ideologische, politische und organisatorische Einheit herstellen. Notwendig ist es, die Elemente von Sektierertum und Opportunismus, die sich auch in den Reihen des KBW gehalten und immer wieder neu ausgebildet haben, unbedingt abzuschütteln. Diese Elemente des Sektierertums und des Opportunismus sind die Begleiterscheinung der Stagnation der politischen Massenbewegung. Daß sie vorhanden sind und unweigerlich die Marxisten-Leninisten daran hindern, sich mit den Massen in einem Aufschwung des Klassenkampfes zu verbinden, kann man schon sehen. Sie zeigen sich zum Beispiel in den Studentenorganisationen, die sich schwertun, sich auf die neue Situation an den Hochschulen, Zusammenstoß der Reaktion mit einer neuen Welle der Studentenbewegung, zurechtzufinden (siehe Artikel in diesem Heft) und jeden Fortschritt durch Beseitigung dieser Elemente sich erkämpfen müssen und keineswegs auf der neuen Welle der Studentenbewegung schwimmen können. Um in ihr sich bewegen zu können, müssen sie mit den Elementen von Sektierertum Schluß machen. Um sich als Vorhut in ihr bewegen zu können, müssen sie mit den Elementen von Opportunismus Schluß machen. Dies gilt erst recht für den KBW. Notwendig ist es, zu begreifen, daß es sich bei dem Neuaufschwung des Klassenkampfes um einen politischen Zusammenstoß zwischen der Reaktion und dem bürgerlichen Staat auf der einen Seite und den Volksmassen auf der anderen Seite handelt. In ihm kann die Arbeiterklasse nur die Führung erringen, wenn sie zur Vorkämpferin der Demokratie wird, und von einer marxistisch-leninistischen Vorhut kann nur gesprochen werden, soweit es gelingt, die Arbeiterklasse gerade dazu zu befähigen. Sowohl Sektierertum als auch Opportunismus werden uns daran hindern.

Der Kampf um Demokratie kann nur erfolgreich geführt werden, wenn der Kampf um wirtschaftliche Forderungen und für die Durchsetzung von Arbeiterforderungen gegenüber dem bürgerlichen Staat nicht vernachlässigt wird. Jedoch: „Man kann nicht oft genug betonen, daß *das noch nicht* Sozialdemokratismus (heute sagen wir dafür Kommunismus, Marxismus-Leninismus) ist, daß das Ideal eines Sozialdemokraten (heute sagen wir: eines Kommunisten, eines Marxisten-Leninisten) nicht der Sekretär einer Trade-Union (Gewerkschaft), sondern der *Volkstribun* sein muß, der es versteht, auf alle Erscheinungen der Willkür und der Unterdrückung zu reagieren, wo sie auch auftreten mögen, welche Schicht oder Klasse sie betreffen mögen, der es versteht, an allen Erscheinungen das Gesamtbild der Polizeiwillkür und der kapitalistischen Ausbeutung zu zeigen, der es versteht, jede Kleinigkeit zu benutzen, um *vor aller Welt* seine sozialistischen Überzeugungen und seine demokratischen Forderungen darzulegen, um *allen* und jedermann die welthistorische Bedeutung des Befreiungskampfes des Proletariats klarzumachen." (3) Dieses „Ideal" müssen wir anstreben. Es ist ein Ideal, das nur in der Beteiligung an und der Führung von Massenkämpfen verwirklicht werden kann.Eng verbunden mit der Aufgabe, sich mit den Massen zu verbinden und den Kampf der Volksmassen gegen den bürgerlichen Staat zu führen, eng verbunden mit dem Kampf gegen Sektierertum und Opportunismus ist der Kampf für die Einheit der Marxisten-Leninisten und für den Aufbau der Partei des Proletariats. Entweder werden diejenigen, die sich Marxisten-Leninisten nennen, jetzt die Bedeutung des Kampfes um Demokratie vollständig erkennen, und dann werden sie sich zu einer einheitlichen Partei zusammenschließen können. Oder Teile von ihnen werden die Bedeutung des Kampfes um Demokratie weiterhin nicht verstehen und auf ihren falschen politischen Auffassungen beharren, dann werden sie gerade durch den Aufschwung der Massenbewegung rasch zur Bedeutungslosigkeit verurteilt werden. Dies ist absehbar.Für alle Marxisten-Leninisten stellt sich die Aufgabe in der jetzigen Phase des Klassenkampfes, gekennzeichnet durch den Zusammenstoß der Reaktion mit einem Neuaufschwung der Massenbewegung, ihren Beitrag zu leisten, um den Parteiaufbau entscheidend voranzubringen. Dazu ist eine richtige Einschätzung der Situation und eine richtige Linie im Kampf um Demokratie notwendig. Nur eine solche Linie, wie sie im Programm des KBW festgelegt ist, kann die Zerschlagung des bürgerlichen Staates durch die Volksrevolution vorbereiten, die unter Führung der Arbeiterklasse die politischen Voraussetzungen für die Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und den Aufbau des Sozialismus schaffen wird.

j.s.

(2) Vgl.: Die Krise der Reformbewegung. In: KVZ Nr. 15/1974
(3) Lenin, Was tun? In: Ausgewählte Werke, Band 1, Berlin (DDR) 1970, Seite 212 f.

# Einige Bemerkungen zu den Herbstmanövern der Bundeswehr

Der kanonenstrotzend freche Militarismus, untrügliches Merkmal der deutschen Reichsbourgeoisie von Bismarck bis Hitler, ist nach dem abermaligen Fehlgriff dieser Imperialisten nach der Weltherrschaft, der im Desaster des Zweiten Weltkrieges endete, in seiner Erscheinungsform ziemlich zurückhaltend geworden.

Weil und insofern es die Bourgeoisie nicht wagen kann, ihre imperialistischen Interessen unverhüllt herauszustellen, ist die Diskussion militärischer Fragen in der Öffentlichkeit auf einem nicht gekannten Tiefpunkt angelangt. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" beschreibt den Zweck der Übung „Große Rochade" folgendermaßen:

„Fast 70 000 Soldaten, davon 9 000 Alliierte, werden mit 14 000 Räder- und 2 800 Kettenfahrzeugen alle Gefechtsarten – Angriff, Verzögerung und Verteidigung – in den verschiedenen Geländeformen üben."

Und:

„Die besondere Herausforderung der ‚Großen Rochade' für die daran teilnehmenden Verbände ist nach Meinung der militärischen Planer die Tatsache, daß jede Division alle Gefechtsarten wie Angriff, Verzögerung und Verteidigung in einem jeweils anderen Gelände üben muß."

Man hat den Eindruck, der FAZ-ler hinge der Anschauung nach, ein Manöver dieser Größe und Aufgabenstellung sei seinem Inhalt nach im wesentlichen als Übung des technischen Zusammenwirkens großer Verbände zu werten. Diese Anschauung ist vollkommen falsch.

Ein Militärmanöver ist immer eine Demonstration, eine politische Demonstration der herrschenden Klasse. Politische Zwecke, die die herrschende Klasse gegenüber anderen Staaten oder gegenüber der eigenen Bevölkerung vertritt, werden durch die Machtdemonstration, die ein Manöver darstellt, unterstützt. Geradeso wie die Aufstellung von Truppen schon hauptseitig eine politische Demonstration darstellt und erst in zweiter Linie ein technisches Problem, geradeso hat die Bewegung von Truppen im Manöver ihre politische Wirkung. Insbesondere große Übungen sind daher aufschlußreich über die Einschätzung der Lage durch die Bourgeoisie, die die Manöver ja befiehlt.

Dieser ganze Gesichtspunkt ist aus der heutigen Militärdiskussion, soweit sie von der Bourgeoisie geführt wird, weitgehend verschwunden.

Wenn wir es als unsere Aufgabe erachten, diese Gesichtspunkte zu entwickeln, so können wir uns wenig auf die Vorarbeit stützen, welche von bürgerlichen Militärschriftstellern hier geleistet werden muß, wenn eine fruchtbare Erörterung möglich sein soll.

Nach dem Niveau der heutigen Bourgeoisstrategen geschlossen, ist dies kein großer Verlust. Er wird es dann, wenn eigene Untersuchungen der Manöver und systematische Zusammenstellung ihres Verlaufs und Befehlsinhaltes von unteren Dienstgraden mit Gefängnisrisiko gebüßt werden muß.

Die Erörterung ihrer eigenen Ziele und Bewegungen erachtet die heutige Bourgeoisie schon als eine Subversion. Wenn sie durch die Volksmassen geschieht. Anderseits wurde auf der KSZE beschlossen, daß in Zukunft Manöver anmeldungspflichtig und Manöverbeobachter anderer Mächte zugelassen seien. Versteht sich, für die Bourgeois untereinander. Und das bedeutet für sie einen Vorzug, denn der politische Inhalt dieser Aktionen läßt sich ohnehin schwer verbergen vor Fachleuten, sowieso handelt es sich um offene Demonstrationen.

Ungefährlich ist daher die genaue Erörterung und Kenntnis innerhalb der imperialistischen Bruderschaft.

Subversiv und gefährlich wird sie erst, wenn die Massen im eigenen Lande sich dieser Frage zuwenden.

Um die Behauptung zu belegen, Manöverzwecke müßten politisch gewertet: Viele werden sich noch an ihre Kindheit und Jugend erinnern. Riesenhafte Militärmanöver der Alliierten waren damals an der Tagesordnung. Für uns Kinder war dies stets eine Hauptsensation. Panzer und schweres Kriegsgerät waren zu sehen, und Kaugummi, gelegentlich sogar was Ordentliches zu essen bekam man geschenkt. Heute begreift man indessen: Diese Manöver waren gemacht, um der Arbeiterbewegung unmißverständlich zu demonstrieren, daß gilt, was die Alliierten sagen, und daß ihre Herrschaft unumstößlich ist.

Oder, wenn die Volksrepublik China heute ausländischen Besuchern nicht selten übende Truppen vorführt, bedeutet dies nicht, diesen einen Eindruck von der militärischen Stärke zu geben, die ein Volk unter Führung der Arbeiterklasse schier unangreifbar macht?

## Der Verlauf der Übung „Große Rochade"

Die These der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" zur „Großen Rochade", Übung aller Gefechtsarten in den verschiedenen Geländeformen, erscheint uns auf diesem Hintergrunde entweder künstlich verschleiernd oder unerhört hohlköpfig.

Wir ziehen es vor, die Übung „Große Rochade" unter der Zweckbestimmung zu betrachten, die ihr in der Stabsplanung auch zugemessen war.

„Schulung von Truppe, Führern und Stäben in der Führung des Gefechtes der verbundenen Waffen und der Zusammenarbeit mit den Alliierten, Luftstreitkräften und dem Territorialheer. In diesem Rahmen werden besonders geübt: – Angriff über Gewässer, – Verzögerung und Verteidigung, – Ablösung in der Stellung, – Gegenangriff, – Luftlandeoperationen."

Mit anderen Worten: Geübt wurde die strategische Verteidigung **und** der strategische Angriff, bei jeweiliger Ausnutzung oder Überwindung einer Wasserlinie.



Wir nehmen es uns heraus, die „Große Rochade" als eine strategische Übung zu bezeichnen. Bevor man sich nun dem Verlauf der eigentlichen Übung zuwendet, muß man sich nochmals klar machen, daß die Bewegungen des Angreifers genauso von eigenen Truppen dargestelltund geübt werden wie die des „Verteidigers", als den man sich populärerweise selber ausgibt.

Man gerät sonst zu Einschätzungen wie Heinz Guderian, der in der Zeitschrift „Kampftruppen" angesichts der Bewegungen des dargestellten Feindes (Rot) ausruft:

„Ein Angriffsziel war weder auf den Karten der Leitung noch auf denen der angreifenden Truppen zu finden ... Wo bleibt dabei der Wille der Führung?" Aus gutem Grunde in Dunkeln, möchten wir Heinz Guderian mitteilen, und können uns auf die „Österreichische Militärzeitung" berufen, die feststellt, daß die Ausgangslage in den offiziellen Erklärungen in keinen „militärstrategischen Zusammenhang" gebracht wurde.

Diese Ausgangslage bestand in folgendem: „Rot" war mit gepanzerten Kräften aus der Tiefe des tschechoslowakischen Raumes vorgestoßen und hatte das natürliche Hindernis der Mittelgebirge, die den bayrischen Raum nach Osten hin abgrenzen, für sich eingenommen.

Dabei wurde die Neutralität Österreichs respektiert. Diese Mittelgebirgsstrecke, die ja ziemlich tief ist, ist gewiß kein Schleckhafen für Panzerverbände. Ein Angriff auf den süddeutschen Raum durch dieses Hindernis, mit Panzern vorgetragen, ist eine verrückte Tat, mit der niemand ernstlich rechnen wird und vor dem der Generalität in den Stäben des russischen Sozialimperialismus gewiß grausen wird, insbesondere mit der CSSR als Hinterland, durch das der Nachschub muß.

Zudem wurde davon ausgegangen, daß „Rot" diese Position, wenn sie erreicht ist, weitgehend unangefochten innehalten kann.

Ausdrücklich vermerkt die „Österreichische Militärzeitung", daß der Einsatz von A/C-Kampfmitteln in der Übungslage nicht angenommen war.

Obschon die Luftwaffe in die Übung einbezogen war, finden wir keine Berichte auf eine systematische Bekämpfung von „Rot" in den einmal erreichten Ausgangsräumen. Kurzum, „Rot" hat es gut in der herrlichen Berglandschaft des bayrischen Waldes.

„Blau" hingegen hat zurücksetzen müssen und harrt nun südlich der Donau der Dinge, die da kommen sollen.

Die eigentliche Übung beginnt mit dem Übergang von Jägertruppen von „Rot" über die Donau. Der Übergang, von der „Österreichischen Militärzeitung" als „glänzend" organisiert bezeichnet, gelang.

Guderian in der Zeitschrift „Kampftruppen" muß sich wundern. „Sie faßten nur gegen geringen Widerstand schnell am jenseitigen Ufer Fuß. (...) Aber von einer Verteidigung am Fluß war kaum etwas zu spüren. (...) Dennoch hätten wenige geschickt flankierend den Fluß beherrschende Panzerkanonen verheerend wirken können."

Daß solches nicht zu verzeichnen war, wird von Heinz Guderian darauf zurückgeführt, daß die „Flurschadenbegrenzungen eine für beide Parteien recht hemmende Rolle" gespielt hätten.

Ja freilich, so wird es gewesen sein. Wahrscheinlicher scheint da schon, daß seitens „Blau" gar nicht beabsichtigt war, den Übergang zu verhindern. Es bestand vielmehr die Absicht, dem natürlichen Hindernis im Rücken des Gegners in Gestalt des bayrischen Waldes noch ein zweites hinzuzusetzen, die Donau nämlich.

So wurde kein Wert darauf gelegt, die Verteidigung einer Flußlinie zu üben, sondern es wurde die Verteidigung vermittels einer Flußlinie geübt.

„Blau" leistete hinhaltenden Widerstand, es erfolgte durch diese verzögernde Verteidigung hindurch ein Panzerangriff auf die „Roten". Dieser Angriff muß ein unerhörtes Chaos gewesen sein. Heinz Guderian beschreibt ihn, besser läßt durchblicken:

Also, das Heimatschutzkommando, in dieser Übung erstmalig für operative Aufgaben im Gefecht in großem Maßstab eingesetzt, „focht geschickt" und kann sich gegen weitertragende Angriffe halten. Das Aufklärungsregiment hat verzögernd verteidigt und ist ebenfalls zum Stehen gekommen.

Durch diese nun hindurch geht die 10. Panzerdivision zum Angriff vor. „Teilweise wurde 8 km (!) hinter den vorderen Teilen entfaltet, ja entwickelt, teilweise fuhren aber auch Verbände auf der Straße in den Feind."

Die „Österreichische Militärzeitung" bemerkt hierzu charmant: „Dagegen waren auf der untersten Ebene, der Zugs- bzw. Gruppen-PzKdtn teilweise Führungsmängel erkennbar, die oft den Gefechtserfolg hätten in Frage stellen können. Diese Schwäche ist jedoch erkannt und wird darauf zurückgeführt, daß z.B. Grp.Kdtn bzw. PzKdtn in der Regel nur 15 Monate Soldat sind'."

Wahrscheinlich hat jener Hauptmann oder Major, der seinen Verband 8 km hinter der eigenen Linie entwickelte, gemeinschaftlich mit jenen, die es vorzogen, einfach auf der Straße in den Feind zu fahren, ein Kisterl Sekt gestiftet, damit er das Desaster in der Öffentlichkeit auf die W 15 schiebt.

Jedenfalls war der Angriff der 10. Division auf die „roten" Brückenköpfe nicht eben erfolgreich. Man ging abermals zurück. Und übte die Verzögerung, während „Rot" neue Verbände über die Donau heranführte, wurde seitens „Blau" eine neuerliche Panzerschlacht vorbereitet.

„Rot" wurde als dumm genug vorausgesetzt, dieses nicht zu bemerken. Er ersetzte die Verluste, welche ihm der Angriff der 10. Division mit zwei Brigaden trotz alledem zugefügt hatte, um auf Biegen und Brechen weiter vorzustoßen. Dieses gelang.

Daraufhin warf „Blau" eine Luftlandedivision mit Panzerabwehrraketen ins Gefecht, von der die Zeitschrift „Wehrkunde" schreibt, daß sie den Angriff einer Panzerbrigade sicher entscheidend hätte verzögern können.

Damit war dann alles reif für die sang- und klanglose Beseitigung von „Rot" auf der rechten Donauseite. „Rot" hätte bei der entstandenen Lage nur noch ein Armeebefehl: „Wegwerfen der Waffen, Liegenlassen der Fahrzeuge und ziviles Durchschlagen ins neutrale gebliebene Österreich" helfen können. Dieses wurde nicht mehr geübt.

Es hat den Anschein, als ob die wahrhaft genialische Anlage der Übung eher den Namen „Schäferzug" verdient hätte denn „Große Rochade", was man beim Schachspiel erst am zweiten Tage lernt.

Dennoch brauchen wir unsere These von der politischen Demonstration nicht zu widerrufen, bei allen

Merkwürdigkeiten in der Anlage der Übung.
Die Demonstration bestand in folgendem:

1. Es wurde demonstriert, daß eine militärische Entfaltung im strategischen Maßstab angenommen werden kann und für möglich gehalten wird, die auf den Einsatz von atomaren und chemischen Waffen verzichtet. Diese Annahme ist keineswegs dumm. Im Zweiten Weltkrieg sah sogar der blindwütige Hitlerfaschismus ab von einem Einsatz der damals schon sehr hoch entwickelten chemischen Waffen. Ein solcher Einsatz stellt das Kriegsziel in Frage. Wenn es auch sicher ist, daß innerhalb der übenden Truppe keine Gelegenheit zur beliebten ABC-Schikane ausgelassen wurde, so muß festgehalten werden, eine große A/C-Lage gab es nicht. Vormals wurde von seiten der westdeutschen Imperialisten stets mit einem A/C-Einsatz gerechnet. Heute wissen diese Leute, der Sowjetunion käm es in einem solchen Krieg auf die Gewinnung der Herrschaft an zum Zwecke der Ausbeutung. Ein atomares Gefechtsfeld kann man nicht mehr ausbeuten. Man kann es nur noch absperren und abklingen lassen. Wer wird für so etwas die Mühe eines Angriffs auf sich nehmen?
2. Innerhalb der NATO wurde demonstriert die Möglichkeit der „Vorneverteidigung". Es wurde gezeigt, daß es möglich ist, mit einer verhältnismäßig geringen Tiefe des Gefechtsfeldes für die moderne Panzerschlacht auszukommen. Und wenn man sich auch darüber lustig machen muß, wie die Hauptleute und Majors versuchen, ihre Patzer auf die Schultern der W 15 abzuladen, so darf man doch nicht übersehen, daß es hochkomplizierte Operationen waren, die geübt wurden und im großen und ganzen gelungen sind.
3. Demonstriert wurde ferner, daß es möglich ist, militärische Großverbände zur Entfaltung zu bringen bei ziemlicher Verschonung von Land und Leuten. Diese Demonstration war erforderlich, weil man sich gewiß nicht, auch nicht in Niederbayern, auf ein Heimatschutzkommando abstützen wird können, wenn die Truppe sich aufführt wie wilde Soldateska. Hat man solches im Auge, wird man das Heimatschutzkommando besser nicht bewaffnen.
4. Demonstriert wurde, daß die Einsatzreserve, das Heimatschutzkommando, keineswegs bloß für die Aufgabe der Subversion hinter den feindlichen Linien brauchbar ist, wie bisher angenommen, sondern ins Kampfgeschehen großer Verbände operativ eingegliedert werden kann. Innerhalb der NATO sind die Meinungen über den Kampfwert dieser Truppen geteilt. Hier wurde nicht nur gezeigt, daß man sie rasch mobilisieren kann, sondern es soll sich im Verlauf des Manövers herausgestellt haben, daß sie durchaus die zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen vermochten.
5. Schließlich fand die ganze Übung unter deutschem Kommando statt, und die alliierten Truppen waren diesem unterstellt.

## Eine politische Demonstration des westdeutschen Imperialismus

Wir hatten zunächst die Etiketten „Rot" und „Blau" für ernst genommen und sind auf allerhand Ungereimtheiten in der Lage gestoßen. Man könnte diese für übliche Generalsmarotten halten. Dieses ist indessen nicht der Fall.

Wir nehmen jetzt „Rot" als die NATO-Truppen und kommen zu folgendem: Von der unsinnigen Lage: durch unsicheres Hinterland begeben sich große Panzerverbände in ein tiefes Mittelgebirge, das nicht panzergängig, arm an Straßen und für die Entwicklung der Kampfkraft der Panzer ganz untauglich ist – von dieser unsinnigen Lage bleibt unter der Annahme „Rot" geich NATO-Truppen bloß übrig: Ein Panzerangriff mit verhältnismäßig geringen Kräften aus einer gesicherten Ausgangslage über ein Gewässer. Und in ein Gebiet hinein, das für die Entfaltung der Kampfkraft von Panzer-Großverbänden ausgezeichnete Bedingungen liefert, wie es die bayrische Kornkammer tut.

Es ist dies eine Lage, die ziemlich exakt dem Projekt einer Elbüberquerung nahekommt.

Denkt man sich die Sache so, so verschwindet auch jene generalsmäßige Dummheit von „Rot", sich nach den Mittelgebirgen, die einen Panzerrückzug schwierig machen, auch noch eine Flußlinie in den Rücken zu laden. Anstatt zu versuchen – wenn man es schon für nötig gehalten hätte, sich in diesem Mittelgebirge eine Stellung zu machen –, den Gegner zum Angriff auf diese Stellung zu fordern und ihn systematisch zu schwächen, wird selber frisch geschwächt zum weiteren Vorstoß übergegangen. Wo es doch nach den Erfahrungen der jüngsten Zeit wirklich so ist, daß die Luftabwehr von Panzerverbänden im Feindesland nicht gerade einfach ist.

Stellt man sich hingegen die Flußlinie als die eigentliche Grenze vor, so gewinnt das Ganze Logik. Der Versuch, den Angriff über den Fluß zu tragen und die Schlacht auf dem Gebiete des Feindes auszutragen, ist unbestritten dem Versuch vorzuziehen, diesen Angriff auf der Flußlinie abzuwarten.

Man hat ein Beispiel. Der Angriff Ägyptens auf die Bar-Lev-Linie mußte über den Suez-Kanal hinweg vorgetragen werden und gelang. Er kann gelingen, wenn man einen freien Rücken hat. Den hat man an der Elbe.

Die Lage der „Großen Rochade" entspricht eher der Vorstellung, die Israelis hätten 1967, nachdem sie die Mitla- und Gidi-Pässe schon gewonnen hätten, unbedingt auch noch das jenseitige Ufer des Suez-Kanals gewinnen und dort verharren sollen. Was dann 1973 im Jom-Kippur-Krieg aus einem gelungenen Angriff auf die Bar-Lev-Linie ein perfektes Desaster für den israelischen Aggressor hätte entstehen lassen. Wenn auch der vollständige Besitz des Suez-Kanals 1967 verlockend war, so sprach – abgesehen von politischen Erwägungen – militärisch viel dafür, sich auf dem Ostufer des Suez-Kanals einzurichten.

Zur Erklärung des Gedankenganges: Geländehindernisse sind stets ein Vorzug für den Verteidiger, der sie besitzt. Sie sind stets ein Nachteil für den Angreifer, der sie überwinden muß. Indessen sind Geländehindernisse durch einen entschlossenen Angreifer immer zu überwinden, denn sie sind etwas Totes. Geländehindernisse im Rücken eines Angreifers hingegen sind ein militärisches Risiko ersten Grades. Jeder Angreifer, der vorprescht, muß um seinen Rückzug bangen.

Kommen wir nochmals auf den Jom-Kippur-Krieg zurück. Hier war es so, daß die Festigkeit der Bar-Lev-Linie auf dem Suez-Kanal Ostufer begünstigt war durch den vor ihr liegenden Suez-Kanal, der für die ägyptische Armee ein ernstzunehmendes Hindernis war.



Sie war indessen, und das übersieht man leicht, beeinträchtigt durch die Wüste mit dem Gebirgszug, der für Truppenmassen bloß über die Pässe Mitla und Gidi gangbar ist.

Denn jedem Soldaten war klar: Ein Zusammenbruch der Bar-Lev-Linie, der die Israelis in die Flucht getrieben hätte hätte diese Pässe zu einer Falle gemacht. Es konnte daher die Bar-Lev-Linie keineswegs „bis zum letzten" verteidigt werden, sondern mußte zu einem Zeitpunkt geräumt werden, zu welchem die verteidigenden Truppen im wesentlichen noch intakt waren und so zu geordnetem Rückzug überhaupt noch fähig.

Stets muß man bedenken, daß der geordnete Rückzug die größte Kunst in der militärischen Führung verlangt. Das Wesen des Rückzuges besteht ja darin, daß der bewaffnete Körper angeschlagen ist, die Verbindungen gestört sind und seine Wirkung beeinträchtigt ist. Besteht diese Lage nicht, so kann man nicht von einem Rückzug, der ja etwas Erzwungenes ist, sprechen, sondern muß von Truppenbewegungen reden.

Aus diesen Erfahrungen resultiert die Verrücktheit des Gedankens, ein Gegner, der durch die Überwindung der Mittelgebirge im Angriff bereits geschwächt sein muß, würde danach trachten, einen weiteren verlustreichen Übergang über eine Gewässerlinie zu erzwingen, wo sich doch mit jedem Schritt nach vorn die Wahrscheinlichkeit, vom Verteidiger in den Rückzug gezwungen zu werden, erhöht und der Rückzug durch diese Geländehindernisse als Vorteil in den Händen des Verteidigers, der die Verfolgung aufnimmt, schwer wiegt.

Eine solche Lage, wie sie die „Große Rochade" voraussetzt, erklärt sich bloß, wenn „Rot" ein wirkliches Angriffsziel auf dem jenseitigen Ufer der Donau hatte. Dieses konnte bloß bestehen in der Vernichtung der Kräfte keineswegs von „Blau", sondern praktisch von Blauland, in der Lieferung einer Vernichtungsschlacht, die den Besitz des südlichen Donauufers zu einer durch feindliche Truppen ungefährdeten Angelegenheit hätte machen können. Dafür waren die Kräfte, die „Rot" ins Gefecht schickte, erstaunlich gering, unzureichend, um es deutlich zu sagen. Man landet entweder bei der Annahme einer verrückten Manöverlage oder aber dabei, daß der Angriff von „Rot" etwas anderes darstellen sollte als es in Bayern darzustellen gibt. Unserer Meinung nach muß man der Übungslage die Absicht von „Rot" zugrunde legen, einen Stoß zur Erreichung von München durchzuführen. Indessen wäre es sogar Heinz Guderian aufgefallen, daß der Gedanke, Truppen des Sozialimperialismus sollten sich gegen starke feindliche Panzerverbände nach München durchsetzen, etwas viel „Wille der Führung" gewesen wäre. Die Einnahme einer Großstadt hat durch einen auswärtigen Gegner ganz selbstverständlich die Paralysierung der Kampftruppen zur Voraussetzung. Dafür waren die Verbände von „Rot" weder ausreichend noch angewiesen.

Dieser Unsinn der Manöverlage klärt sich sofort auf, wenn wir auf den Gedanken der Elbüberquerung zurückgreifen. Wäre es nicht so, daß in einer – denkbaren – konventionell geführten Auseinandersetzung die Ausbildung einer Verbindung zu Berlin entscheidende Bedeutung haben könnte und sogar das pure Durchschlagen eines Heeresverbandes nach Berlin einen Zweck haben könnte.

Insofern, meinen wir, hat die Übung „Große Rochade" durchaus demonstriert, daß die Vorneverteidigung, wie sie das nennen, auf dem Territorium des Gegners erwogen wird. Demonstriert wurde ferner, wenn auch in der verkappten Form als „Rot", daß man die Fähigkeit hat, mit großen Truppenmassen über eine Gewässerlinie anzugreifen und sich dort gegen einen um Vielfaches überlegenen Gegner in strategischen Operationen zu behaupten.

Wir haben vorher gesagt, das Manöver zeigt, daß, „Rot" für „Rot" genommen und der Geländeraum für Bayern, „Rot" bloß noch das Verdrücken nach Österreich geblieben wäre. Es zeigt aber **auch,** daß, „Rot" für NATO-Truppen, die Donau für die Elbe und die Stadt München für Berlin genommen, das Durchschlagen der Verbände bis Berlin kaum aufzuhalten gewesen wäre.

Es ist nicht der Wille zur Führung, der fehlt, man sagt es halt nicht offen, aber die Generalität wird sich untereinander schon verständigen können, und die Spekulation, die wir uns geleistet haben, werden sich auch die Stäbe des russischen Sozialimperialismus leisten. Diese Demonstration wird ihr Werk verrichten. Der westdeutsche Imperialismus jedenfalls tritt in diesem Manöver keck auf und zeigt, wie es leicht gehen kann, wenn man ihn wirklich angreift.

## Die Übung „Straffer Zügel" – Übung für einen Krieg der Supermächte

Anders sieht sich die westdeutsche Bourgeoisie in der Übung „Straffer Zügel" repräsentiert, die wenig später in der norddeutschen Tiefebene stattfand. Diese Übung stand von Anbeginn unter der Führung der USA. Über die Manöverlage ist uns noch nichts bekannt.

Nimmt man die dürftige Presseberichterstattung sowie das Fernsehen als Quellen, so sieht man unschwer: Hier wurde geübt der Krieg zwischen den beiden Supermächten, in dem die Bevölkerung und Truppen der BRD nur noch Material für eine rigorose Vernichtungsschlacht darstellen. Soweit wir wissen, wurde die Übung durchgezogen als Panzerschlacht mit Luftunterstützung auf beiden Seiten. Das Gefechtsfeld muß über hundert Kilometer tief gewesen sein.

Auffälliger Gegensatz zur „Großen Rochade": Auf die Bevölkerung wurde überhaupt keine Rücksicht genommen. Panzer wurden in Vorgärten von Einfamilienhäusern nicht nur in Stellung gebracht, sondern wendeten auch noch dort. Die amerikanische Marineinfanterie war nach kurzer Zeit bei der Landbevölkerung verhaßt wie von der Bundeswehr bloß die höheren Dienstgrade. Sie war auch disziplinlos in der Aufführung. In den Manöverbefehlen war ständig von Subversion die Rede, die man unterdrücken müsse. Im Einsatz waren Raketeneinheiten, hauptsächlich Panzer-Abwehrraketen. Nach dem - leider mehr gefühlsmäßigen – Eindruck von der Szenerie muß man dennoch schließen: Hier wurde demonstriert, daß die USA mit ihren Truppen Europa nicht aufgeben werden. Hier wurde demonstriert, daß die Oberherrschaft über einen europäischen Krieg von USA-Kommandos wahrgenommen wird. Daß man einen eingedrungenen Feind auch im eigenen Lande rücksichtslos bekämpfen wird und daß dabei die Bundeswehr willig mitmischt, solange sie noch kann. Die Bundeswehr bekundete ihre Fähigkeit, sich in solchem

Kriege zu höherem Ruhme der USA zu verschleißen.

Den politischen Demonstrationswert dieser Übung vermögen wir nicht an einzelnen Schritten nachzuweisen. Ins Auge sticht indessen:

1. Es hat sich um eine Demonstration der einen Supermacht USA gegen die andere, die UdSSR, gehandelt. Gezeigt wurde, daß man seinen Herrschaftsanspruch nicht nur durch Truppenverlegungen (die übenden Brigaden sind erst frisch nach Bremerhaven verlegt worden), sondern auch durch Truppenbewegungen geltend macht. Gezeigt wurde, daß man nicht nur die Absicht hat, einem Vormarsch des Sozialimperialismus rücksichtslos zu begegnen, sondern auch noch Verbündete, die sklavisch mitmachen. Daß dabei, sozusagen am Rande, die heftige Unterdrückung der Bevölkerung mit geübt werden mußte, versteht sich.
2. Gegenüber der BRD hat die Supermacht USA demonstriert, daß man sich die „Vorneverteidigung" vom Standpunkt der USA aus ausgezeichnet mitten auf dem Gebiet der BRD vorstellen kann, denn dies ist in der Tat von Washington aus gesehen noch ziemlich weit „vorne".
3. Selbstverständlich kann man auch hier die Partie umdrehen. Aber da ändert sich nicht viel. Geübt wurde eine Vernichtungsschlacht von Verbänden unter Führung des Sozialimperialismus gegen Verbände unter Führung des US-Imperialismus, in tiefer Verzahnung miteinander. Das Territorium, worauf sich solches abspielen sollte, war, das mag der Inhalt der Demonstration sein, auf keinen Fall US-amerikanisch, auf keinen Fall russisch, sondern eben deutsch.

Es mag sich beim weiteren Studium dieser Manöver die eine oder andere Annahme als ein Irrtum herausstellen.

Wir können uns bei der Betrachtung indessen nicht stützen auf eine Militärdiskussion innerhalb der Bourgeoisie, die notwendig das eine oder andere herauslassen müßte. So gerät man auf das Gebiet der Spekulation.

Indessen ist die Bundeswehr ein Wehrpflichtheer, und es gibt viele sachverständige Soldaten, die kein Interesse daran haben können, daß die Inhalte dieser Manöver geheim und ohne Ausdeutung bleiben. Sie werden sich fraglos zu Worte melden, geradeso wie sich der Verfasser dieser Bemerkungen zu Worte gemeldet hat.

(f.)





*16 Seiten* *DM 0,60*
*Best.Nr.: 10350*

**456 und der Rest von heute**

**Bericht eines Wehrpflichtigen von den ersten Tagen bei der Bundeswehr**

*Verlag Jürgen Sendler, Mannheim*
*37 Seiten* *DM 1,00*
*Best.Nr.: 88017*

Der tagebuchähnliche Bericht ist in der Form einer anschaulichen Erzählung geschrieben. Er schildert beispielhaft die Zustände bei der Bundeswehr während der ersten Wochen der Wehrdienstzeit. Diese Erzählung kann als eine gute Vorbereitung für alle jene angesehen werden, die in die Bundeswehr eingezogen werden. Der Verfasser beschreibt, wie es in seiner Einheit zur ersten Form der Auflehnung gegen die kleinlichen Schikanen gekommen ist, die den Alltag der Unterdrückung bei der Bundeswehr ausmachen. Die Erzählung ist für alle zu empfehlen, die sich mit dem Kampf und den Kampfmöglichkeiten in der Armee auseinandersetzen.




*429 Seiten* *DM 6,50*
*Best.Nr.: 1G–550*

Zu beziehen über: **Buchvertrieb Hager GmbH,** 6800 Mannheim, Sandhofer Str. 29




# „Das soziale Modell" des Herrn Hanns Martin Schleyer

Seit geraumer Zeit wird versucht, das ramponierte Bild des Unternehmers in der Öffentlichkeit wieder aufzupolieren. Seine menschliche Leistung und seine notwendige Rolle in der Gesellschaft sollen uns wieder nahegebracht werden. Der bekannte Vorsitzende des Bundesverbandes der Deutschen Arbeitgeberverbände Hanns Martin Schleyer hat dabei seinem Auftrag gemäß auch einen Part übernommen. Er hat sogar ein Buch dazu geschrieben.

Das Buch ist 1973 geschrieben und veröffentlicht worden. (1) Es ist eine Kampfschrift. Unsere „freiheitliche Gesellschaftsordnung" soll verteidigt werden. Selbst Schleyer traut sich aber nicht, einfach das Bestehende zu verteidigen. Er verteidigt ein *„soziales Modell"*, das erst noch zu verwirklichen sei; *„societas semper reformanda"*, die Gesellschaft muß stets reformiert werden, wie der gebildete Schleyer sagt und dabei die Gesellschaft sinnigerweise mit der ecclesia, der Kirche, vergleicht. (2) Diese Gesellschaftsordnung muß durch „soziale Modelle" verteidigt werden, weil sie Gegner hat. Besorgt notiert Schleyer: *„Aus Umfrageergebnissen ... ist festzustellen, daß sowohl die Kritik an der Wirtschaftsordnung wie auch die Bereitschaft zum Klassenkampf in den letzten Jahren gestiegen ist."* (Seite 31) Und: *„Unsere Demokratie befindet sich in einem harten Kampf um ihr Überleben – und mit ihr alles, was sie an Freiheitsräumen in der Gesellschaft geschaffen oder geschützt hat, nicht zuletzt die freiheitliche sozialgebundene Wirtschaftsordnung."* (Seite 77 f.) Sorge macht ihm das durchaus schlechte Bild des Unternehmers in der Öffentlichkeit. Schleyer meint auch zu wissen, was an der Entwicklung schuld ist: *„Der blinde Glaube an die längst widerlegten marxistischen Dogmen von Mehrwert, Recht auf den vollen Arbeitsertrag (3), Entfremdung, Kapitalkonzentration, Verelendung, industrielle Reservearmee etc. ist das Motiv ... bei der Anti-Unternehmer-Kampagne."* (Seite 158) Besorgt muß Schleyer *„beträchtliche Erfolge"* dieser Kampagne feststellen. Er zitiert eine Umfrage, nach der noch 1968 59 Prozent der Befragten glaubten, die Unternehmer seien sozial eingestellt, während es 1972 nur mehr 18 Prozent waren. Deutlicher ist der Sturz noch bei der Frage nach der demokratischen Einstellung der Unternehmer. Daran glaubten 1968 61 Prozent der Befragten, 1972 nur noch 13 Prozent. Dafür hat Schleyer auch eine Erklärung: *„Die Öffentlichkeit läßt sich, man muß das sehen, deshalb so leicht gegen die Unternehmer einnehmen, weil sie von ihnen zu wenig, nämlich fast nichts, weiß."* Die Massen *„konsumieren verzerrte Darstellungen"*, lassen sich *„emotional aufbringen"* und *„haben keine Ahnung davon, was der Unternehmer leistet."* Und daher: *„Es ist anzunehmen, daß sich die ideologische Verleumdung des Unternehmers noch weiter verbreitet."* (Seite 173)

Das ruft Schleyer natürlich auf den Plan. *„Die Unternehmerschaft steht vor der Wahl, sich dem Schicksal ihrer Demontage resignierend zu ergeben, oder sich zur Wehr zu setzen."* (Seite 167) Schleyer setzt sich zur Wehr. Er verteidigt das Unternehmertum, den Kapitalismus. Gut. Das hat man erwartet. Er möchte aber so tun, daß er damit Freiheit, Wohlstand, Glück, überhaupt alles, was menschlich ist, verteidigt. Doch eher enthüllt er dabei mit seinem „sozialen Modell" und dem andauernden Gesäusel von Freiheit, Wohlstand und Glück unfreiwillig einiges über den Zynismus, die Lüge und die Menschenfeindlichkeit nicht nur der kapitalistischen Ausbeuterordnung, sondern auch ihrer herrschenden Ideologie.

## Das Privateigentum an den Produktionsmitteln – das „Ordnungsfundament"

Greifen wir aus dem mit ermüdenden Wiederholungen vollgestopften Wortschwall die Hauptfrage heraus: das Privateigentum an den Produktionsmitteln. Das zu verteidigen und dessen Berechtigung nachzuweisen, ist Schleyers Hauptanliegen: *„Es ist an der Zeit, für die Rehabilitierung des Privateigentums einzutreten. Ein Ordnungsfundament von entscheidender struktureller Bedeutung steht in Gefahr."* (Seite 23) Und: *„Nur weniges kann so unheilvoll sein wie die Verkennung der fundamentalen Bedeutung des Eigentums und das Verharmlosen von Verletzungen dieses Prinzips. Wie kaum ein anderes Prinzip kennzeichnet das Privateigentum an Produktionsmitteln den Unterschied zwischen einer pluralistisch-freiheitlichen und einer monistisch-kommunistisch-totalitären Ordnung."* (Seite 232)

Daß das Privateigentum an den Produktionsmitteln das Ordnungsfundament der kapitalistischen Gesellschaft ist, das ist sicher richtig. Der Aufrechterhaltung dieses Zustandes, in dem eine kleine Zahl von Kapitalisten den ganzen Besitz und Reichtum in ihren Händen konzentrieren, während die große Masse gezwungen ist, an diese Kapitalisten ihre Arbeitskraft zu verkaufen und durch ihre Arbeit das Kapital ständig zu vermehren, der Aufrechterhaltung dieses Zustandes der Ausbeutung dienen alle gesellschaftlichen und staatlichen Einrichtungen. Aber so kann Schleyer das natürlich nicht sagen. Er ist nicht einfach so schlicht für das Privateigentum, oder er möchte es nicht so offen sagen. Er ist für das Eigentum, weil es Freiheit und Menschlichkeit bringt.

Eigentum ist überhaupt nichts historisch Entstandenes, das ist etwas ganz Natürliches, sagt Schleyer. Er sagt es so: *„Der den Menschen aller Kulturen und Zivilisationsstufen eigene Besitztrieb zeigt ein originäres Bedürfnis*

(1) Hanns Martin Schleyer, Das soziale Modell, Seewald-Verlag, Stuttgart, zweite Auflage, 1974

(2) „ecclesia semper reformanda" – lat.: die ständig zu reformierende Kirche; seit jeher geflügeltes Wort derjenigen, die zu ändern vorgeben, um nicht zu ändern.

(3) Das „Recht auf den vollen Arbeitsertrag" ist vielleicht ein Dogma, aber marxistisch ist es nicht. Vielmehr hat Marx viel Mühe darauf verwandt, die Unhaltbarkeit dieser – ursprünglich lassalleanischen – Forderung nachzuweisen. – Schleyers durchgehender Chefetagenton kann seine Unkenntnis kaum verbergen.

*der Humanität an, das seinerseits auf einen objektiven Wert hinweist. Eigentum haben wollen und Eigentum besitzen gehört zur menschlichen Existenz, und diesen im Wesen des Menschen enthaltenen Intentionen muß die Vollmacht entsprechen, sie in der Arbeitswelt zu entfalten und zur Wirkung zu bringen. In diesem Sinne ist Eigentum präpositives natürliches Recht. Es dem Menschen zu entziehen, würde seine Menschlichkeit reduzieren.*" (Seite 23) Es gibt so ein *„individuelles Naturrecht des Menschen auf Eigentum"*. (Seite 30) Und: *„Diesem Recht Geltung zu verschaffen, ist ein sittliches Gebot.*" (ebenda)

Alle bürgerlichen Ökonomen haben bisher viel Mühe darauf verwendet, die bürgerlichen Verhältnisse als unumstößliche Naturgesetze dazustellen. Und Schleyers Gerede ist nur der reichlich ungebildete Abklatsch davon. Immer schon hat der bürgerliche Katechismus nur zwei Punkte enthalten: 1. Eigentum, 2. dessen Sicherung durch Justiz, Polizei etc. Eigentum als ewiges „präpositives Recht"? Dagegen ist kurz nur folgendes anzuführen (4): Soweit damit gemeint ist, daß jede Produktion und damit jedes menschliche Leben Aneignung der Natur von seiten des Individuums ist innerhalb einer bestimmten Gesellschaftsform, so versteht sich das von selbst. Daß von keiner Produktion, also auch von keiner Gesellschaft die Rede sein kann, wo keine Form des Eigentums existiert, ist eine Tautologie. Lächerlich aber ist es, damit eine bestimmte Form des Eigentums, nämlich das Privateigentum als naturgegeben begründen zu wollen, noch dazu eine Form des Eigentums, die die Eigentumslosigkeit der großen Massen voraussetzt. In der Geschichte gibt es eine Reihe von Beispielen von Gesellschaftsordnungen, in denen das Gemeineigentum vorherrschte und das Streben nach Privateigentum auf Kosten der Nichtbesitzenden als höchst unmenschlich aufgefaßt wurde.

Schleyer will also das Eigentum verteidigen, das *„in Gefahr steht"*. Um das Ausmaß von Lüge und Unbildung zu ermessen, die in diesen Sätzen stecken, muß man nur auf die Antwort zurückgreifen, die Marx und Engels 1848 im Kommunistischen Manifest auf solche schon damals gängigen Plattheiten gaben: **„Man hat uns Kommunisten vorgeworfen, wir wollten das persönlich erworbene, selbsterarbeitete Eigentum abschaffen, das Eigentum, welches die Grundlage aller persönlichen Freiheit, Tätigkeit und Selbständigkeit bilde. – Erarbeitetes, erworbenes, selbstverdientes Eigentum. Sprecht ihr von dem kleinbürgerlichen, kleinbäuerlichen Eigentum, welches dem bürgerlichen Eigentum vorherging? Wir brauchen es nicht abzuschaffen, die Entwicklung der Industrie hat es abgeschafft und schafft es täglich ab.**" (5) Seit 1848 hat sich diese Entwicklung nicht umgekehrt. 80 Prozent der Bevölkerung besitzen heute keine Produktionsmittel mehr (6) und müssen von dem Verkauf ihrer Arbeitskraft an die Produktionsmittelbesitzer und ihren Staat leben; und viele Kleinbesitzer haben ihren Besitz nur noch nominell, sind nur mehr der Form nach Eigentümer, dem Wesen nach längst Lohnarbeiter für die großen Konzerne oder Banken, bei denen sie verschuldet sind.

Wie steht es nun mit dem **bürgerlichen** Eigentum? **„Schafft aber die Lohnarbeit, die Arbeit des Proletariers ihm Eigentum? Keineswegs. Sie schafft das Kapital, d.h. das Eigentum, welches die Lohnarbeit ausbeutet, welches sich nur unter der Bedingung vermehren kann, daß es neue Lohnarbeit erzeugt, um sie von neuem auszubeuten. Das Eigentum in seiner heutigen Gestalt bewegt sich in dem Gegensatz von Kapital und Lohnarbeit.**" (7) – Daran hat sich in der bürgerlichen Gesellschaft bis heute nichts geändert. Vielmehr ist dieser Gegensatz im Monopolkapitalismus auf die Spitze getrieben worden. Es ist offensichtlicher als je, daß die ungeheuer aufgehäuften Kapitalien nicht persönlich erworbenes Eigentum sein können.

Auch Schleyer muß das, wenn auch gewunden, zugeben: *„Eigentum ist ja nicht nur eine personale, es ist auch eine gesellschaftliche Kategorie und kann nur unter der Voraussetzung der Kooperation in einer Gemeinschaft erworben werden.*" (Seite 27) So ist es! Oder besser: fast ist es so. Denn mit „Kooperation in einer Gemeinschaft" ist der tatsächlich herrschende Tatbestand der Ausbeutung etwas ungenau beschrieben. Es wird zwar gesellschaftlich produziert, aber Schleyers „kooperierende Gemeinschaft" erwirbt das Eigentum, das sie hervorbringt, nicht gemeinsam und nicht für die Gemeinschaft, sondern es wird privat angeeignet. Gesellschaftliche Produktion und private Aneignung, das ist der Grundwiderspruch der kapitalistischen Ausbeuterordnung, der alle ihre Krisen und Explosionen hervortreibt.

Was Schleyer nebenher zugeben muß, ohne es erklären zu können, haben Marx und Engels so beschrieben: *„Kapitalist sein heißt nicht nur eine rein persönliche, sondern eine gesellschaftliche Stellung in der Produktion einnehmen. Das Kapital ist ein gemeinschaftliches Produkt und kann nur durch eine gemeinsame Tätigkeit vieler Mitglieder, ja in letzter Instanz nur durch die gemeinsame Tätigkeit aller Mitglieder der Gesellschaft in Bewegung gesetzt werden. Das Kapital ist also keine persönliche, es ist eine gesellschaftliche Macht.*" (8)

Es ist also ein gesellschaftliches Verhältnis zwischen dem Privateigentümer an den Produktionsmitteln, der sein Kapital nur erhalten und vermehren kann durch die Ausbeutung fremder Arbeit, und der Arbeiter, die nichts ihr eigen nennen außer ihrer Arbeitskraft und nur arbeiten, um das Kapital zu vermehren. Wird also Kapital in gemeinschaftliches, allen Mitgliedern der Gesellschaft gehörendes Eigentum verwandelt, so wird nicht persönliches Eigentum in gesellschaftliches verwandelt. **„Nur der gesellschaftliche Charakter des Eigentums wandelt sich. Es verliert seinen Klassencharakter.**" (9)

Die Kommunisten fordern die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Schleyer fürchtet heuchlerisch um das *„individuale Naturrecht des Menschen auf Eigentum"*. Darum aber geht es: **„Der Kommunismus nimmt keinem die Macht, sich gesellschaftliche Produkte anzueignen, er nimmt nur die Macht, sich durch diese Aneignung fremde Arbeit zu unterjochen.**" (10) Also bekräftigen Marx und Engels: **„Ihr entsetzt euch darüber, daß wir das Privateigentum aufheben wollen. Aber in eurer bestehenden Gesellschaft ist das Privateigentum für neun Zehntel ihrer Mitglieder aufgehoben; es existiert gerade dadurch, daß es für neun Zehntel nicht existiert. Ihr werft uns also vor, daß wir ein Eigentum aufheben wollen, welches die Eigentumslosigkeit der ungeheuren Mehrzahl der Gesellschaft als notwendige Bedingung voraussetzt. Ihr werft uns mit einem Worte vor, daß wir euer Eigentum aufheben wollen. Allerdings, das wollen wir.**" (11)

(4) vgl. Karl Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Einleitung, Berlin (DDR) 1953, Seite 9
(5) Karl Marx, Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei. In: Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Band I, Seite 39
(6) Schleyer selbst führt dies an auf Seite 113.
(7) Marx / Engels, ebenda
(8) ebenda
(9) ebenda
(10) Marx / Engels, ebenda, Seite 41



Schleyer muß diese oder ähnliche Argumente schon gehört haben und muß, auch wenn er sie nicht verstanden hat, ihre Durchschlagskraft fürchten. Er sucht das Privateigentum an den Produktionsmitteln nicht nur als allgemein menschliches Eigentum darzustellen, er gibt auch vor, das Eigentum allgemein zu machen. Diese Pläne nennt man *„Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand"*. Dafür tritt Schleyer ein. Denn: *„Dem Recht* (auf Eigentum) *Geltung zu verschaffen, ist ein sittliches Gebot."* Diese „Sittlichkeit" hat ihre Ursache, wie es ein paar Seiten vorher eingestanden wird, in dem einfachen Bestreben, den Rechtsgrundsatz des Schutzes des Privateigentums zu verteidigen und ihm Geltung zu verschaffen. Die Zielsetzung ist von vorneherein eine ideologische, propagandistische. Die Pläne dienen der Einschläferung. Wenn überhaupt, sind sie auch zu nichts anderem nütze. Schleyer ist sehr kurz angebunden, wenn er die „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand" konkret beschreiben soll. Wie soll denn das, bitteschön, vonstatten gehen? Zwar heißt es bei Schleyer kurz und bündig: *„Der Zugang zum Produktivvermögen steht heute jedem offen."* (Seite 310) Doch über solche Rechte hat sich schon Bertolt Brecht mit seinem Gedicht: „Lauf, lauf, Prolet, du hast das Recht ein Grundstück zu erwerben!" lustig gemacht. Es läuft auf die Tautologie hinaus, wer Geld hat, kann was kaufen, oder im Volksmund einfacher: Wer hat, der hat. – Ansonsten polemisiert Schleyer nur gegen die Vorstellung mancher sozialdemokratischer Gewerkschafter, eine „kollektive" Vermögensbildung einzuführen, und betont, das müsse individuell geschehen.

Wenn überhaupt etwas geschieht, dann dies, daß ein Teil des Lohnes einbehalten und dem Kapitalisten als billiger Kredit zur Verfügung gestellt wird. Es handelt sich also tatsächlich nur um ein propagandistisches Mittel, allenfalls noch ein Mittel, den Lohnkampf der Arbeiter durcheinanderzubringen und zu schwächen. Je härter aber dieser Kampf notwendig wird, um so weniger können solche Mittel verfangen. Nichts bleibt als Gerede. Und in den wechselnden Konjunkturen nicht einmal das. Jetzt, wo die Kapitalisten durch eine kräftige Senkung der Reallöhne ihre Gewinne zu steigern versuchen, äußert Schleyer in einem Interview die Ansicht: *„Notwendig ist . . . eine grundlegende Korrektur der Einkommensverteilung, die sich in den letzten Jahren sichtbar zugunsten der Arbeitnehmer und zu Lasten der Gewinne verschoben hat."* (12) Das mit der „Vermögensbildung" ist also nicht so ernst.

## Rechtfertigung des Profits

Wie mit dem Begriff des Eigentums jongliert Schleyer mit dem des „Gewinns". Heftig wendet er sich gegen den *„Versuch der Systemveränderer, mittels des Geredes von der ‚Profitmaximierung' dem unternehmerischen Gewinnstreben moralische Anrüchigkeit anzuhängen"*. (13) Das ist, so Schleyer, *„nicht nur wirtschaftswissenschaftlich unsinnig – es ist geradezu gemeinwohlwidrig. Der Unternehmer ist schlicht sittlich verpflichtet, Gewinne zu machen, um damit die Effektivität der Gesamtwirtschaft zu erhöhen."* (Seite 161) Schrecklich wird es werden, sollte es dem Unternehmer nicht mehr möglich sein, Gewinne zu machen. *„Ohne Gewinn gibt es keinen Leistungsanreiz, keine Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit durch permanente Verwertung der jeweils neuesten technischen Fortschritte, keine Erweiterung der Kapazitäten zwecks Erhöhung des Produktionsvolumens und der Produktionsqualität – also kein Wachstum, sondern nur Stagnation als Vorstufe der Rückbildung, Sinken der Masseneinkommen, Verlust der Arbeitsplätze."* (Seite 99)

Zunächst einmal: Sollte es darum gehen, daß jede Tätigkeit, jede Arbeit produktiv sein, zu einem Ertrag führen muß, soll sie gesellschaftlich nützlich sein, so ist auch dies wiederum eine Tautologie, ein Gemeinplatz. (14) Es geht ja nicht darum, daß ein Überschuß, daß Gewinn erarbeitet wird, sondern darum, wie, wer ihn erarbeitet und wer ihn sich aneignet. Profit heißt eben der Ertrag der kapitalistischen Produktion, die gesellschaftlich ist, deren Produkte aber privat angeeignet werden, in Form des Profits eben. Die aber, die produzieren, die die technischen Neuerungen erfinden und anwenden, deren Anstrengungen steigen, sie erhalten keinen Gewinn und gewinnen kein Eigentum. Schleyers Gemeinplätze, die *„loci communes"*, wie er sagt, sollen ja gerade darüber hinwegtäuschen. Auch diese Gemeinplätze sind alt. Marx und Engels schreiben im Kommunistischen Manifest dazu: **„Man hat eingewendet, mit der Aufhebung des Privateigentums werde alle Tätigkeit aufhören und eine allgemeine Faulheit einreißen. Hiernach müßte die bürgerliche Gesellschaft längst an der Trägheit zugrunde gegangen sein; denn die in ihr arbeiten, erwerben nicht, und die in ihr erwerben, arbeiten nicht. Das ganze Bedenken läuft auf die Tautologie hinaus, daß es keine Lohnarbeit mehr gibt, sobald es kein Kapital mehr gibt.**" (15)

Angesichts dieser Vorstellung, daß es keine Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft, keine Profite mehr geben könnte, kommen den Unternehmern natürlich die schwersten Bedenken. Denn darauf allein ist ihr Sinn gerichtet; das ist die einzige und klare Erkenntnis aus Schleyers Satz, die Erkenntnis nämlich, daß technischer Fortschritt, die Erweiterung der Produktion und Wachstum nur solange und nur dort stattfinden, wo der Unternehmer Profite macht. Sicher ist richtig, daß der Kapitalist seit jeher, um im Kampf gegen den Konkurrenten einen Extraprofit herauszuschinden, technische Neuerungen, die Erhöhung der Arbeitsproduktivität zu nutzen suchte. Aber umgekehrt führt nicht jede technische Neuerung, schon gar nicht die mögliche Erleichterung des Lebens der Massen oder gar die Erhöhung der Masseneinkommen, zur Erhöhung des Profits. So daß dies alles eben folgerichtig unterbleibt. Die private Aneignung ist längst zur Fessel der Produktion geworden statt zu ihrer Triebfeder. Liest man noch einmal das Zitat,

(11) ebenda, Seite 40
(12) Interview in: Weltbild, Magazin für kritische Leser, 29. Oktober 1975, Seite 28
(13) An dieser Reinwaschungskampagne beteiligen sich viele. Der Bundeskanzler zieht bekanntlich auch das Wort „Ertrag" für Profit vor.
(14) Das gehört zu Schleyers Erkenntnistheorie. Er beanstandet eine *„sonderbare Scheu, solche einfachen Wahrheiten auszusprechen"*. Und: *„Wenn man den Dingen aber wirklich auf den Grund gehen will, wird man immer auf loci communes stoßen."* (Seite 9) Wir werden diesen loci noch oft begegnen.
(15) Marx / Engels, ebenda, Seite 41

dann wird klar, daß es gerade exakt die kapitalistische Gesellschaft beschreibt, und zwar in ihren stets wiederkehrenden Krisen, wo die Produktion stockt, die schwächeren Kapitalisten in Konkurs gehen, die Märkte verstopft sind, die Masseneinkommen sinken und die Zahl der Arbeitslosen steigt. Schleyers Schreckbild ist nichts als die Realität der Ausbeuterordnung.

## Der Unternehmer – der schöpferische Mensch

Das muß man im Kopf behalten, wenn man weiter liest, was Schleyer zur Person des Unternehmers zu sagen weiß. Zu dessen Ehrenrettung ist er ja mit seinem Buch angetreten. Hier müssen wir etwas länger zitieren. Schleyers Stil wird bei der Schilderung der Unternehmerperson etwas panegyrisch (lobrednerisch, Anm. d. Red.), sein Redefluß sollte da so wenig wie möglich unterbrochen werden: *„Unternehmer ist: Wer das Potential, das im ‚Kapital' ruht, gleichsam befreit und zur Aktualität bringt – also produktiv macht. In dieser Verwandlung liegt die unentbehrliche Leistung des Unternehmers für die Gesamtwirtschaft und somit für das Gemeinwesen. Das entscheidende Merkmal des Unternehmers ist, daß er ‚unternimmt': also etwas tut, was noch nicht getan wurde, etwas zur Existenz ruft, was es bisher nicht gegeben hat. Das ist eine Ergänzung und Bereicherung des Bestehenden durch persönliches Schaffen, also eine schöpferische Leistung. Am deutlichsten wird das am Typus des Unternehmer-Pioniers, der etwa Rohstofflager erschließt, ganze Industrielandschaften anlegt, neue große Betriebe gründet und damit etwas setzt, was vorher nicht war. Aber das Prädikat des Schöpferischen kommt auch unternehmerischen Akten bei der Weiterführung eines schon bestehenden Unternehmers zu: z.B Expansion, Aufnahme neuer Produktionen, Modernisierung der technischen Ausstattung, Reformen im Arbeitsvorgang, fortschreitende Perfektion der Erzeugnisse, Gewinnung neuer Absatzmärkte – kurz bei jeglicher Innovation zur Erhaltung oder zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und damit der Ertragsfähigkeit wie der Sicherung der Arbeitsplätze. Das alles sind zugleich Kulturleistungen, deren Rang dem künstlerischen Schaffen gleichzuordnen ist."* (Seite 156)

Kurz: Hohe Anforderungen sind an den Unternehmer zu stellen: *„Wagemut, Risikobereitschaft, Verantwortungsbewußtsein, Augenmaß, ‚Initiative', orginäre Lust an Aktivität, an einem spontanen Handeln . . ."* Dazu gehört dann nach Schleyer unbedingt *„Kreativität, die mehr ist als Arbeitskraft, nämlich schöpferisches Vermögen aus Phantasie und Intuition. Es ist falsch, diese Eigenschaften für den Künstler zu reservieren . . . Einfallsreichtum und Originalität sind für den Unternehmer genauso nötig wie für den Schriftsteller oder den Architekten, den Maler oder Musiker – die Unternehmer von Rang haben alle einen persönlichen Stil, der ihre Leistungen kennzeichnet."* (Seite 163) Kein Wunder also, daß der Unternehmer nach Schleyer Gaben braucht und hat, die *„angeboren und unerlernbar"* sind, z.B. *„jenes Ahnungsvermögen, das man als ‚Menschenkenntnis' bezeichnet"* und das Schleyer gern *„Divination"* nennt. (Seite 163) Wir werden sowohl auf diese „Ahnungen" als auch auf diese „Menschenkenntnis" zurückkommen müssen. Im Zitieren wollen wir aber erst eine Pause machen, solange es noch erträglich ist, was schwierig wird, zumal wenn man sich den Künstler-Unternehmer Schleyer dabei vorstellt.

Also: Was macht der Unternehmer? Er „unternimmt". Er befreit das Potential, das im Kapital „ruht". Wie aber kommt es zum Kapital, wo kommt es her? Klar ist doch: Die Natur produziert kein Kapital, so wenig wie Kapitalbesitzer auf der einen und Arbeiter auf der anderen Seite. Schleyer weiß nichts darüber, er darf nichts wissen, das geht an die Wurzel der Existenz des Unernehmers. Schleyer spricht vom Kapital wie von Bodenschätzen, die gefördert werden müssen, und er tut so, als ob der Unternehmer der Bergmann wäre. Wie kommt es, daß im Kapital etwas „ruht", das „befreit" werden, das „produktiv gemacht" werden kann? Stimmt das denn überhaupt so?

Wenn der Schuhmacher bei seinen Leisten sitzt und Schuhe macht, *„ruft er auch etwas zur Existenz, was es bisher nicht gegeben hat"*, er macht Schuhe, und er macht „produktiv", was sonst „ruht", nämlich seine eigene Arbeitskraft, Hammer und Ahle, sein Werkzeug, und das Leder. Aber Kapital ist nicht im Spiel. Produktiv im wörtlichen Sinne ist die Arbeit des Schuhmachers. Der Schuhmacher bekommt nicht mehr heraus als das, was er an Rohstoffen, Verschleiß des Werkzeugs und Arbeitskraft in die Sache hineingesteckt hat, aber seine Arbeit hat den Stoff verwandelt, zu einem nützlichen Ding gemacht. Ihm käme aber nach Schleyer das „Prädikat des Schöpferischen" nicht zu, obwohl er nun wirklich etwas geschaffen hat, was es vorher nicht gab, nämlich die Schuhe.

Beim Kapital ist es tatsächlich andersrum, es vermehrt sich ständig, letztlich ist es aber immer wieder nur Kapital. Dabei besteht es zunächst auch nur in Rohstoffen und Arbeitsinstrumenten, also Maschinen und Fabrikhallen usw. Allerdings ist Arbeit nötig, um das, was ruht, in Bewegung zu setzen, für die Produktion zu nutzen. Und es ist auch Arbeit gewesen, die diese Dinge bereitgestellt hat. Diese Arbeit verrichten die Arbeiter, die bei Schleyer gar nicht vorkommen. Ihnen gehören aber die Maschinen nicht. Sie gehören dem Kapitalisten. Der kauft die Arbeiter an, besser: kauft ihre Arbeitskraft, mietet die Arbeiter für gewisse Zeit. Er zahlt ihnen das, was ihre Arbeitskraft wert ist, nämlich die nötige Summe, um sie zu erhalten. Glücklicherweise aber können die Arbeiter mehr und länger arbeiten, als sie zum Erhalt ihrer eigenen Arbeitskraft bräuchten. Und sie müssen auch länger arbeiten, der Kapitalist hat sie für einen ganzen Arbeitstag gekauft und nicht, sagen wir, für einen halben. Die Produkte, die sie herstellen, gehören ihm. Und wenn er sie verkauft, erhält er als Erlös zusätzlich zu dem, was er hineingesteckt hat, noch den Gegenwert für den unbezahlten Teil der Arbeit der Arbeiter, für deren Mehrarbeit. Das Kapital hat funktioniert. Es ist mehr geworden. Was aber dabei produktiv oder schöpferisch war, war weder das Kapital, das „befreit" wurde, noch der Unternehmer, der sich die Produkte aneignet, sondern die Arbeit der Lohnarbeiter und nur die.

Eine ganze historische Entwicklung war notwendig, um alle diese Bedingungen zu schaffen, damit Kapital als Kapital funktionieren konnte. Der Geldbesitzer muß **„den freien Arbeiter auf dem Warenmarkt vorfinden, frei in dem Doppelsinn, daß er als freie Person über seine Arbeitskraft als eine Ware verfügt, daß er andererseits andere Waren nicht zu verkaufen hat, los und ledig, frei ist von allen zur Verwirklichung seiner Arbeitskraft nötigen Sachen".** (16) Karl Marx hat diese Entwicklung am Beispiel Englands beschrieben. Sie ist die Geschichte der Enteignung der unmittelbaren Produzenten, der Bauern und Handwerker, eine Geschichte des Elends der arbeitenden Massen. Ihr Ergebnis ist der Zustand, daß der großen besitzlosen Masse, die nichts hat als ihre Arbeitskraft, der Besitzer von Kapital gegenübertritt. Produktion findet erst statt, wenn Kapital und Lohnarbeit zusammengeführt werden, und die Lohnarbeit reproduziert beständig das Kapital. Welche „Verwandlung" liegt also in Wirklichkeit vor? Die Produkte der gesellschaftlichen Arbeit werden in Privateigentum „verwandelt", aufgehäufte menschliche Arbeit in Kapital. Die Voraussetzung der Tätigkeit des Unternehmers ist also die Existenz dieses Kapital, die Trennung der großen Masse der arbeitenden Menschen von den Produktionsmitteln. Nicht der Unternehmer macht das Kapital, sondern das Kapital macht den Unternehmer. Die Eigenschaften der Arbeit, der Menschen eben, ihr Verhältnis untereinander, nämlich das von Ausbeutern und Ausgebeuteten, stellen sich als Eigenschaften von Dingen, als Verhältnisse zwischen Dingen dar, als Kapital, das ganz seltsame wundersame Eigenschaft angedichtet bekommt, selbst Wert heckender Wert zu sein, und der Unternehmer tritt als Zauberer auf, um schlummernde Kräfte zu befreien, und nimmt Verwandlungen vor, wunderlicher und heiliger als die Transsubstantiationen in der Messe.

Bei Schleyer steht alles auf dem Kopf. Das geht so weit, daß er den Unternehmer „ganze Industrielandschaften anlegen" sieht. Der Herr Unternehmer muß dabei nicht einmal eine Hand anlegen, vielleicht mal ans Telefon oder an den Oberschenkel seiner Sekretärin. Der Unternehmer schafft nichts. Das tun die Arbeiter, über die Schleyer vornehm schweigt.

Die Unternehmer sehen sich gern als Kolumbusse, Prometheuse, als Pioniere, Entdecker, tatkräftige große Menschen, die die Welt verändern. – Tatsächlich hat die Bourgeoisie in der Geschichte eine höchst revolutionäre Rolle gespielt. Das haben Marx und Engels im Kommunistischen Manifest beschrieben: **„Die Bourgeoisie, wo sie zur Herrschaft gekommen, hat alle feudalen, patriarchalischen, idyllischen Verhältnisse zerstört. Sie hat die buntscheckigen Feudalbande, die den Menschen an seine natürlichen Vorgesetzten knüpften, unbarmherzig zerrissen und kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übriggelassen als das nackte Interesse, als die gefühllose ‚bare Zahlung' . . . Sie hat, mit einem Wort, an die Stelle der mit religiösen und politischen Illusionen verhüllten Ausbeutung die offene, unverschämte, direkte, dürre Ausbeutung gesetzt . . . Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftliche Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren. Unveränderte Beibehaltung der alten Produktionsweise war dagegen die erste Existenzbedingung aller früheren industriellen Klassen."** (17)

Auch Schleyer schreibt davon. Bei ihm heißt das so: *„Der Unternehmer ist überdies ein ‚Reformer'; er verändert durch sein Handeln in einem ganz substantiellen Sinn die Gesellschaft, indem er ihre Lebensbedingungen ständig wandelt, ihr Arbeitsleben in einem permantenten Prozeß immer wieder umgestaltet und ihr neue Mittel für ihre Ziele zur Verfügung stellt. Die heutige Gestalt unserer Zivilisation ist in wesentlichen Stücken Unternehmerwerk; die ‚moderne Industriegesellschaft' würde ohne Unternehmertum nicht existieren – und das ist die Welt, in der wir leben."* (Seite 156)

Der letzte Satz gehört wieder zu Schleyers beliebten „loci communes": Weil ich da bin, muß es mich geben. Darüber können wir hinweggehen. Nicht aber darüber, was Schleyer sonst hier als Verdienst des Unternehmers rechnet. Was bei Marx und Engels die Schilderung der historischen Rolle der Bourgeoisie, ihrer revolutionären Rolle gegenüber dem Feudalismus ist, gerinnt bei ihm zur geschichtslosen Darstellung der ewigen Vorzüge und Leistungen des Unternehmertums. Dabei wird völlig „vergessen", was die Bourgeoisie auch noch geschaffen hat und was sie schaffen mußte, um all ihre Wundertaten zu erreichen: die modernen Arbeiter, die Proletarier, auf deren Arbeit und Ausbeutung erst die geschilderte Revolutionierung der Welt beruht.

Wie sieht es aber heute aus mit dem Schöpfertum des Unternehmers, mit seinem „Wagemut", „Reformertum", der „originären Lust an Aktivität"? Davon ist nicht viel zu sehen. Bei sinkender Profitrate sinkt auch das Bedürfnis des Kapitalisten, die Produktion anzukurbeln, erheblich. Große Kapazitäten liegen brach. Würden sie z.B. heute in der Bundesrepublik voll ausgenutzt, könnte die Produktion sofort um 15 bis 20 Prozent steigen. Das Kapital „ruht" tatsächlich, und die Kapitalbesitzer zeigen wenig Neigung, daran etwas zu ändern, solange die Aussicht auf eine anständige Rendite sich nicht bessert. Millionen in Westeuropa sind arbeitslos, liegen auf der Straße. Die „wagemutigen Welteroberer" müssen längst schon zum Jagen getragen werden. Im Oktober äußerte Schleyer in dem zitierten Interview über das mögliche künftige Wirtschaftswachtum, daß dazu neue Investitionen durch die Unternehmer nötig seien, daß die Unternehmer sich dazu aber nur in der Lage sähen, *„wenn ihnen eine angemessene Rentabilität gesichert wird"*. Um das aber zu erreichen, hält Schleyer neben einer Reallohnsenkung *„eine steuerliche Förderung der privaten Investitionstätigkeit für unerläßlich"*. (18) Auch die *„privatwirtschaftliche Entwicklungshilfe durch produktive* (d.h. profitable, D.H.) *Investitionen bedarf der Unterstützung durch den Staat"*, heißt es in Schleyers Buch. (Seite 142)

Nichts mehr von Gipfelstürmerei. Ein altersschwacher Greis verlangt nach Krücken. Der Kapitalismus ist längst in sein imperialistisches Stadium übergetreten mit der unvermeidlichen Tendenz zur Stagnation und Fäulnis. Nachkriegszeit und ein erneuter Schub in der Ausbeutung der Länder der Dritten Welt haben da kaum und auch nur vorübergehend darüber hinwegtäuschen können. Schleyer aber will seine Leser glauben machen: *„Der Unternehmer in der freiheitlichen Wirtschaftsordnung liefert durch sein initiativ-schöpferisches Handeln die motorische Energie des ganzen Produktionssystems."* Das gilt, solange der Kapitalismus, solange die Ausbeutung herrscht. Viel ist nicht mehr damit los.

Schauen wir uns an, wie Schleyer die konkreten Tätigkeiten und die gesellschaftliche Funktion des Unternehmers beschreibt: *„Unternehmen ist, als Überführung*

(16) Karl Marx, Das Kapital, Band I, Seite 183
(17) Marx / Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, a.a.O., Seite 28 f.
(18) Interview in: Weltbild, a.a.O.

*des Potentials Kapital in die Aktualität Produktion, das Kombinieren von Faktoren: Der Unternehmer muß rein materiell Kapital, Arbeit, Rohstoff und Technik zusammenführen, damit sie in einem zweckorientierten Gefüge produktiv werden können. Das verlangt eine außerordentliche organisatorische Leistung.*" (Seite 161) Daß die gesellschaftliche Produktion organisiert werden muß, daß dazu eine organisatorische Leistung notwendig ist, das ist wieder eine von den Selbstverständlichkeiten. Die Frage ist, ob die Produktion in Form von Lohnarbeit und Kapital organisiert wird und ob sie **so** gut organisiert ist. „Rein materiell" müssen jedenfalls nur der Reichtum der Natur und die Arbeit zusammengeführt werden. Und dies dann errichte zweckorientierte Gefüge kann allein den Zweck haben, die immer bessere Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen zu erreichen. Bringt man aber Lohnarbeit und Kapital zusammen, besteht der Zweck allein in der Vermehrung des Kapitals, und es wird zusammengebracht, was ohnehin zusammengehört, aber eben in der Form von Lohnarbeit und Kapital erst auseinandergebracht, getrennt wurde. Den größten Teil ihrer Anstrengungen verwenden die Bourgeois schon längst darauf, diese Trennung aufrechtzuerhalten. Schleyer spricht wieder einmal mit verdrehten Begriffen. Er schließt von der Notwendigkeit der gesellschaftlich organisierten Produktion überhaupt auf eine bestimmte Form dieser Organisation, nämlich die der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Zum anderen kann man beobachten, daß diese „Organisation" oft genug nicht mehr funktioniert, daß Fabriken leer stehen, auf dem Markt unverkäufliche Ware sich staut und ein Heer von Arbeitslosen entsteht. Die gesellschaftlichen Produktivkräfte empören sich gegen ihre Fesseln, gegen die bestehenden Eigentumsverhältnisse, welche die Lebensbedingungen der Bourgeoisie und ihrer Herrschaft sind. Nebenbei ist noch zu bemerken, daß die Bourgeoisie zur unmittelbaren Organisation der Produktion längst bezahlte Agenten eingesetzt hat. Schleyer ist einer von ihnen. Die eigentlichen Kapitalbesitzer sitzen irgendwo, vielleicht im Tessin, und schneiden Coupons. (19) Neben dem Hinweis auf das Parasitentum ihrer Existenz zeigen sie damit auch, daß die Organisation der Produktion den unmittelbaren Eigentümer durchaus entbehren kann.

Neben die Organisation der Produktion muß in der Tätigkeit des Unternehmers „*ein vorzüglich immaterielles Kombinieren – die kaufmännische Leistung*" treten. (Seite 162) Hier ist wohl nun das eigentliche Feld des schöpferischen, ja künstlerischen Unternehmertums. Denn: „*Nicht immer führt die rationale Analyse zu eindeutigen Ergebnissen; dann muß der Entschluß dem ‚Instinkt, dem ‚Gefühl', einer Art unbewußter Voraussicht folgen.*" (Seite 163) Da haben wir wieder die „Divination", die „intuitive Einsicht", die nach Schleyer den Unternehmer dem Künstler so ähnlich macht, und auch so anfällig für Gottesglauben und Wahrsagerei, kann man hinzufügen. Wir werden später sehen, daß es dies allein ist, was nach Schleyer Menschlichkeit, Freiheit und Würde des Menschen ausmacht.

Untersuchen wir kurz, was das bedeutet. „*Es hat sich inzwischen als Irrtum herausgestellt*", erklärt Schleyer, „*daß in der Wirtschaft alles machbar sei.*" (Seite 101) Da haben wir sie nun, die prometheischen und faustischen Menschen, die Unternehmer, die „ganze Industrielandschaften anlegen, Rohstofflager erschließen, Betriebe gründen und etwas setzen, was vorher nicht war". Sie werden der Geister, die sie riefen, nicht mehr Herr. Ihre eigene Wirtschaftsordnung entfesselt Kräfte, vor denen sie zu Beschwörungsformeln, zu „Instinkt" und „Divination" ihre Zuflucht suchen müssen. Die Arbeiterklasse hat allen Grund, von solcher Art menschlicher Freiheit und Würde nur wenig zu halten. Das ist die Würde des Roulettespielers und die Freiheit, Millionen zu verspielen. Im Falle der kapitalistischen Wirtschaft sind Millionen Schicksale dem Instinkt einzelner Unternehmer ausgeliefert. Und der vermag bestenfalls den unbegriffenen Gesetzen der kapitalistischen Produktion nachzuspüren. Die Arbeiterklasse, die Klasse der Produzenten, die immer besser die Natur zu beherrschen und deren Gesetze für die Produktion und die Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse zu nutzen lernt, hat allen Grund, auf der Ebene der gesellschaftlichen Organisation, der Geschichte, die die Menschen selbst machen, sich nicht wieder auf das Niveau des Instinkts zurückzerren zu lassen, weil die Privateigentümer an den Produktionsmitteln den mörderischen Gesetzen der kapitalistischen Konkurrenz folgen, in ihrem Interesse das Chaos der Marktwirtschaft verteidigen und den in diesem Chaos Roulette spielenden Kapitalisten noch zur Apotheose des allgemein Menschlichen verhelfen. Selbstverständlich ist auch die Wirtschaft „machbar". Sie wird gemacht durch die Menschen, und nur die alten Gesetze der Klassengesellschaft hindern sie daran, die Wirtschaft bewußt und zum Wohle aller zu machen.

Daß die Massen von den „schöpferischen Freiheiten der Kapitalisten keinen Gewinn haben, das weiß auch Schleyer. Deshalb muß bei allem Glücksspiel und bei allem Chaos in der Wirtschaft in der einzelnen Produktionseinheit, im Betrieb, ein strenges Regiment herrschen. „*In dem Augenblick, in dem die Entscheidung fällt, in dem abschließend verfügt wird, hat der Entscheidende, Verfügende das Unternehmen und dessen Angehörige, aber zugleich sich selbst gebunden; es ist ein verpflichtendes Ziel gesetzt, dem nun alle im Verbund des Betriebes nachzustreben haben.*" (Seite 162) Aus jedem einzelnen Betrieb muß nun eine „*Leistungsgemeinschaft*" gemacht werden. Man weiß, wie es im Betrieb zugeht. Die „*originäre Lust an Aktivität, an spontanem Handeln*" hat hier nichts zu suchen, hier herrscht das Kommando. Wenn nicht das unerbittliche Kommando der eingerichteten Taktzeit, das des Meisters und der ganzen Betriebshierarchie. Hier herrscht nicht „Kreativität" und „Spontaneität", die Schleyer so vehement für die Unternehmer reklamiert, sondern Reglementierung. Um das durch eine Entscheidung gesetzte Ziel zu erreichen, muß der Unternehmer „*die Beteiligten im Sinne des Unternehmenszieles ‚motivieren', das heißt er muß sie für dieses Ziel gewinnen, sie von dessen Vernünftigkeit und Nützlichkeit überzeugen, sie mit seinem unternehmerischen Willen solidarisieren*". (Seite 162) Das ist nun eine, gelinde gesagt, sehr vorsichtige Umschreibung des Antreibersystems, das in den Betrieben angewandt wird; der Kapitalist macht die Arbeiter seinem Willen nutzbar, unterwirft sie sich, macht sie sich „solidarisch". Zeitnehmer, REFA-Ingenieur, Meister, Abteilungsleiter, Personalchef – eine ganze Betriebshierarchie ist eingesetzt, um die Arbeiter zu überwachen und anzutreiben. Besondere Lohnsysteme, Akkordlohn, analytische Arbeitsplatzbewertung setzen die Daumenschrauben an, um die Arbeiter zur weitestgehenden Verausgabung ihrer Arbeitskraft zu treiben. Hier ist Schluß mit Freiheit und Eigeninitiative. Auch gemeinsam abgestimmtes Handeln des Kollektivs ist Schleyer natürlich ein Greuel. Es sei jedenfalls ein Mißverständnis, die demokratische Methode der Willensbildung überall einführen zu wollen, wo eine Mehrzahl von Menschen zu einem gemeinsamen Zweck zusammenwirkt. (Seite 79) Das zeuge von mangelndem Verständnis für die gesellschaftlichen Realitäten. (Seite 80) Diese Realitäten bestehen genau darin, daß die betreffenden Menschen eben nicht „zu einem gemeinsamen Zweck zusammenwirken", sondern daß der Kapitalist Arbeitskraft angekauft hat, um sie auszubeuten, und daß die Arbeiter diese Arbeitskraft verkaufen, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen, weil sie anders nicht können. Kein Wunder, daß da nicht eitel Einverständnis herrscht, sondern Befehl und Gehorsam – und Widerstand und Kampf.

„*Unternehmen heißt Führen. Alle unternehmerischen Aufgaben sind Führungsaufgaben. Das Erkennen und Setzen von Zielen; das Aufgebot der Mittel, sie zu erreichen; das Motivieren von Menschen, in einer Zielgemeinschaft als Leistungsgemeinschaft zusammenzuwirken; die Wegweisung zu diesem Ziel – darin besteht der Beruf des Unternehmers.*" (Seite 207) Auch Schleyer spürt, daß er dies begründen muß, wo er doch eben noch von der freien Entfaltung der Persönlichkeit (des Unternehmers eben), ihrer Initiative und Spontaneität gesprochen hat. Er begründet dies so: „*Führung ist eben ein gesellschaftliches Grundphänomen und könnte nur um den Preis eines permanenten Chaos abgeschafft werden.*" (Seite 208) Natürlich müssen die in Gesellschaft produzierenden Individuen sich organisieren. Aber daß sie es tun müssen, zeigt noch nicht wie, und schon gar nicht beweist das, daß es so sein muß, wie Schleyer meint. Wo Führung ist, muß es auch Geführte geben. Und, wie wir gesehen haben, gibt es sie auch.

Wir halten fest: Auf der einen Seite gibt es die Unternehmer, die führen und die die Freiheit der „unabhängigen, selbständigen, eigenverantwortlichen, schöpferischen Initiative" für sich beanspruchen, auf der anderen Seite gibt es die arbeitenden Massen, die geführt werden sollen, denn „*nüchtern und ohne Schwärmerei betrachtet, ist die Basis alles Sozialen das Erbringen der Leistung, die vom Einzelnen im Gefüge der Wirtschaftsorganisation verlangt ist*". (Seite 34) Jeder, wo er hingehört!

## Freiheit als Unternehmerfreiheit

„*Die Freiheitsidee ist der ‚rote Faden' dieser Schrift*" (Seite 175), hatte Schleyer geschrieben. Er hat dabei große Geister mobilisiert: Die „*personale Freiheit*" liege „*im Sinne der abendländischen Überlieferung*". (ebenda) Er hat offengelegt, daß nichts anderes gemeint ist als die Freiheit der Kapitalisten, die Arbeiter auszubeuten. Er hat die Freiheit des Unternehmers als die Verkörperung der Freiheit des Menschen schlechthin beschrieben. Ebenso ist Führung immer notwendig, Demokratie aber keineswegs immer und überall möglich. Es ist ganz unvermeidlich, daß Schleyer sich nicht nur andauernd äußerst gespreizt ausdrückt, sondern sich auch häufig widerspricht. (20) Dankenswerterweise aber legt er in Sachen Freiheit offen, daß das nur die Unternehmerfreiheit sein soll. Hier haben wir den Kern des „sozialen Modells"! Schleyer behauptet: Die Marktwirtschaft korrespondiere politisch mit der Demokratie, sie sei durch Freiheit gekennzeichnet. (Seite 92) Wir haben diese Freiheit als „initiativ-schöpferisches" Handeln des Unternehmers und seine „Lust am Risiko" verstehen müssen. Schleyer sagt auch direkt, worum es geht: „*Selbständigkeit, Verantwortlichkeit, Unabhängigkeit, Eigenvorsorge: alle diese Realisierungen von Freiheit werden nur durch persönliches Eigentum möglich. Gäbe es diesen Raum für die Selbstverwirklichung des einzelnen nicht, dann müßte sich die Freiheit in das Innerste des Menschen zurückziehen; sie würde aufhören, eine gesellschaftliche Kategorie zu sein. Darauf aber kommt es für ein soziales Modell der Zukunft an.*" (Seite 23) Schleyer hat recht: Diese Sorte Freiheit, die es in dieser Gesellschaftsordnung allein geben kann, ist diejenige, die käuflich ist, die Freiheit der Börse, des Marktes, des Roulettes, die Freiheit, andere Menschen auszubeuten. Notwendig bedeutet es für die Masse allerdings nur die Freiheit, ausgebeutet zu werden. Kein Wunder also, daß „*die Unternehmerschaft*" nach Schleyer „*heute die Avantgarde im Kampf um die Rettung der bedrohten Freiheit ist*". (Seite 176) Um solche Freiheit!

Dies soll die Freiheit aller sein: „*Wenn die Unternehmer für sich und ihre Position streiten, werden sie zugleich zu Vorkämpfern für die Freiheit.*" (Seite 167) Hier, sagt Schleyer, gibt es den „*glücklichen Fall, daß sich ein – an sich schon voll legitimiertes – Einzelinteresse vollständig mit dem Gemeininteresse deckt*". (Seite 172) Wir haben diese Freiheit kennengelernt, Schleyer selbst hat sie uns beschrieben. Darüberhinaus handelt es sich hier um den alten Kalauer, demgemäß dem jeweiligen Gesamtinteresse auf ganz harmonische Weise am besten durch die konsequente Verfolgung der jeweiligen Einzelinteressen gedient wird. Tatsächlich verhält es sich aber so, daß der bestehende gesellschaftliche Zusammenhang schon bestimmt, was als Einzelinteresse an den Tag kommen kann. Und das ist in einer Klassengesellschaft schon ziemlich verschieden, je nachdem, welcher Klasse man angehört.

## Freiheit und Gleichheit

Nun ist ja bekannt, daß die einen die Produktionsmittel besitzen, die anderen aber nichts als ihre Arbeitskraft, die sie verkaufen müssen. Schleyer sieht sich gezwungen, darauf einzugehen und es zu verteidigen. „*Ebenso förderlich auf die Beteiligung des einzelnen am Gesamtertrag der Marktwirtschaft ist die zu Unrecht verteufelte Anwendung des Marktprinzips auf die Arbeit. Gewiß ist die Arbeitskraft mehr als eine Ware, aber sie hat als Produktions- und Kostenfaktor auch eine ökonomische, eine Warenseite.*" (Seite 85) Zunächst: wieder eine der Tautologien, die nichts beweisen als die Beschränktheit ihres Urhebers. Weil die Arbeit Kostenfaktor ist, d.h. weil der Kapitalist sie kauft,

(19) Durch einen kürzlichen Raubüberfall erfuhr man z.B., daß die geschiedene Frau des verstorbenen Alfred Krupp, Frau Anneliese von Bohlen und Halbach, allein an Schmucksachen einen Wert von einer runden Million DM im Hause hat.

(20) Noch ein Beispiel dazu: Seite 87: „*Die Marktwirtschaft tendiert, ihrem inneren Gesetz folgend, nie zum Warenmangel, sondern machtvoll zum Überfluß.*" Und Seite 98: „*Nicht die Wirtschaft* (soll heißen Unternehmerschaft, D.H.) *ist schuld, wenn die stets knappen Mittel so disponiert werden, daß für öffentliche Sachinvestitionen nur wenig übrigbleibt.*"
Was denn nun? Tatsächlich liegt dieser Widerspruch schon in der kapitalistischen Wirklichkeit, wo aus Überfluß Krisen entstehen, wo verstopfte Märkte und Massenelend, Verschwendung und Mangel zugleich auftreten.

muß sie auch verkauft werden, hat sie eine „Warenseite". Das ist die Tautologie, daß es so lange Lohnarbeit geben wird, wie es eben Kapital gibt. Zum zweiten kann sich Schleyer alles „Ökonomische" nur in der Form der Warenproduktion vorstellen. Aber das war nicht immer so und wird auch nicht ewig so sein; daß die Menschen nicht für sich und ihre Bedürfnisse, sondern für den Markt und den Profit einiger weniger produzieren. Ansonsten sagen Schleyers Argumente nur, daß die Ausbeutung immer bestehen soll und daß man seiner Meinung nach die arbeitenden Menschen nur so zur Leistung antreiben, „ihre Beteiligung am Gesamtbeitrag fördern" kann. Das steht in schreiendem Gegensatz zu den sonstigen Forderungen nach Freiheit, Unabhängigkeit und Schöpfertum. Das ist kein Wunder; dieser Gegensatz ist real, es ist der Widerspruch zwischen den Hauptklassen der bürgerlichen Gesellschaft, zwischen Bourgeoisie und Proletariat, zwischen Unternehmer und Arbeiter, eben in der Form, wie er im Bewußtsein eines Unternehmers an den Tag kommt. Die einen entfalten ihre Initiative in der Ausbeutung der anderen, und wenn die letzteren die Initiative entfalten, wird es Schluß sein müssen mit der Initiative der Unternehmer

Freiheit und Gleichheit, das gibt für Schleyer ein unentwirrbares Gestrüpp, und er tappt in eine Fußfalle nach der anderen. Einerseits will und kann er nicht zugeben, daß unsere Gesellschaft in Klassen gespalten ist (21), daß die Menschen eine sehr unterschiedliche gesellschaftliche Stellung haben, zum anderen aber will er die Klassenspaltung verteidigen und tut das mit einem Angriff auf die Gleichheit. Die Hilflosigkeit der bürgerlichen Ideologie in diesem Falle hat ihre Ursache in den wirklichen Zuständen. Die Bourgeoisie ist mit dem Ruf „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" angetreten. Längst aber ist klar, daß von Gleichheit nur noch die Rede sein kann, wenn die Ungleichheit der Klassen abgeschafft wird. Schleyer zeigt, wie die Bourgeoisie sich in diesem Dilemma zu helfen sucht: *„Der Grundsatz der sozialen* (sic!) *Gleichberechtigung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist von der Unternehmerseite immer anerkannt worden. Er ist in der Tat eine der tragenden Grundlagen unserer gesellschaftlichen Ordnung. Diese Gleichberechtigung findet ihren Ausdruck vor allem in der Tarifautonomie, zu der sich alle Sprecher der Wirtschaft (22) seit je her bekannt haben. ‚Kapital' und ‚Arbeit' (um diese simplifizierenden Ausdrücke zu gebrauchen) verhandeln über Löhne und Arbeitsbedingungen auf gleicher Ebene, ohne irgendwelche Vorrechte für das ‚Kapital', eben als ‚autonome', einander gleichgeordnete Partner."* (Seite 244) In diesem Satz steckt ein Betrug, der von einer anderen Seite betrachtet eine dumme Unwissenschaftlichkeit ist. Tatsächlich handelt es sich um gleiches Recht, um „Gleichberechtigung", aber für zwei **sozial** völlig verschieden gestellte Kontrahenten. Es gibt eben keine **soziale** Gleichberechtigung. Das bürgerliche Recht behandelt Arbeiter und Kapitalisten aus der allen besonderen Inhalt auslöschenden Sicht des Marktes und des Warentausches und behandelt sie in diesem Sinne zunächst scheinbar gleich als Warenbesitzer. Nur besitzen sie völlig unterschiedliche Waren, die einen Kapital, die anderen ihre Arbeitskraft, und die eine funktioniert nur dadurch, daß sie die andere einsaugt. Gegen mögliche Forderungen, dies zu ändern, halten die Bürgerlichen immer einige Phrasen bereit. Für „soziale Gleichberechtigung" hieß es eben. Aber natürlich sind *„Gleichheit und Freiheit feindliche Begriffe!"* (Seite 10) Gleichheit kann nur *„mit Zwang auf Kosten der Freiheit durchgesetzt werden"*, sagt Schleyer da weiter. Seiner Meinung nach kann es keine *„Gleichheit der Einkommen, des Besitzes, des Lebensstils, des Bildungsgrades"* geben. (Man beachte die Reihenfolge.) Die „personale Freiheit" wäre sonst gefährdet. Dazu haben Marx und Engels im Kommunistischen Manifest kurz und bündig gesagt: **„Von dem Augenblick an, wo die Arbeit nicht mehr in Kapital, Geld, Grundrente, kurz, in eine monopolisierbare gesellschaftliche Macht verwandelt werden kann, d.h. von dem Augenblick, wo das persönliche Eigentum nicht mehr in bürgerliches umschlagen kann, von dem Augenblick erklärt ihr, die Person sei aufgehoben. – Ihr gesteht also, daß ihr unter der Person niemanden anders versteht als den Bourgeois, den bürgerlichen Eigentümer."** (23)

Es gibt, so Schleyer, einen *„existentiellen Zusammenhang zwischen Freiheit und Eigentum"*. (Seite 23) Wir haben gehört, wie Schleyer das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die uneingeschränkte Verfügungsgewalt darüber verteidigt hat. Er tut dies noch einmal ausdrücklich: Durch nichts *„darf den Eigentümern die Befugnis"* genommen werden, *„über ihr Eigentum in letzter Instanz zu verfügen, und ebenso wenig das Recht, zu bestimmen, wer es im Auftrag verwalten soll"*. (Seite 232) Sollten Arbeiter demgegenüber Forderungen erheben und ihre Ansprüche vertreten, so führt das in die Irre, denn: *„Sie haben eben das fundamentale Eigentumsrecht nicht für sich."* (Seite 235) So ist es! Seitenlang hat er drum herum geschwätzt, und irgendwo schlüpft es ihm doch heraus. Alles dreht sich im Kreis. Zuerst wird das Privateigentum an den Produktionsmitteln damit gerechtfertigt, daß es eben Freiheit, Unabhängigkeit und Menschlichkeit garantiere. Kommen nun diejenigen, die das Privateigentum nicht haben, um ihre Freiheit einzuklagen, so beruft man sich wieder auf das *„fundamentale Eigentumsrecht"*. Das läuft auf die schlichte Tautologie hinaus, daß das Eigentumsrecht die Grundlage der Freiheit der Kapitalistenklasse ist und daß diese Freiheit vornehmlich in dem Gebrauch aller Machtmittel besteht, dieses Eigentum zu schützen. Jede Beschreibung dieser Freiheit bringt freiwillig oder unfreiwillig hervor, daß die Verkörperung alles Menschlichen – der Unternehmer ist und niemand sonst. **„Ihr gesteht also, daß ihr unter der Person niemand anders versteht als den Bourgeois, den bürgerlichen Eigentümer"**, schrieben Marx und Engels, und weiter: **„Und diese Person soll allerdings aufgehoben werden."** (24)

## Der Staat schützt das Privateigentum

Marktwirtschaft korrespondiere mit Demokratie, Unternehmertum mit Freiheit, hatte uns Schleyer gesagt. Er

(21) Schleyer spricht nur vom *„Konflikt, der unsere Gesellschaft angeblich kennzeichnet, in Wirklichkeit aber künstlich erzeugt wird"*. (Seite 265) Und: *„Die Ideologen wollen in die sozialen Beziehungen wieder das Element des unauflöslichen Gegensatzes und der Unversöhnlichkeit der Interessen hineintragen – man muß schon sagen: hineinlügen."* (Seite 267)
Dabei springt einem dieser Gegensatz gerade in Schleyers Buch auf jeder Seite entgegen.

(22) Das Wort „Wirtschaft" gehört mit zu Schleyers verfälschtem und verfälschenden Wortschatz. Damit sind jedesmal tatsächlich einfach die Unternehmer gemeint, sonst niemand.

(23) Marx / Engels, a.a.O., Seite 40

(24) ebenda



legt aber die Beziehungen der unternehmerischen Freiheiten zum herrschenden politischen System noch deutlicher dar. In dem Angriff auf das Privateigentum an den Produktionsmitteln sieht Schleyer einen Angriff auf die Grundrechte: *„Das Grundrecht, das den Unternehmern vor allem genommen werden soll, ist das Recht auf Eigentum und die freie Verfügung darüber. Man kann nicht einer gesellschaftlichen Gruppe, in diesem Fall den Unternehmern, ein Grundrecht entziehen, ohne damit die Grundrechte in ihrer Gültigkeit überhaupt in Frage zu stellen."* (Seite 176) Manche beeilen sich nun, die „Grundrechte" und was sie darunter verstehen, gegen die Beschlagnahme durch Eigentumsrechtler zu verteidigen und „rein" zu halten. Halten wir uns damit nicht auf und fragen gleich, was das für „Grundrechte" sein können. Diese Grundrechte behandeln jeden Bürger scheinbar gleich. Alle sind gleich vor dem Gesetz, das ihnen eine Reihe unveräußerlicher Rechte garantiert. Darunter, wie eins unter anderen, das Recht auf Eigentum. Nun ist aber dieses Recht nur die juristische Form der Tatsache, daß einige Privateigentum an den Produktionsmitteln besitzen und die meisten nicht. Das **Recht** auf Privateigentum wird ganz allgemein jedem zugebilligt. Um die tatsächliche Aufteilung muß das Recht sich nicht kümmern und nicht darum, daß das bürgerliche Eigentum in der Realität auf der Eigentumslosigkeit der großen Masse beruht. Das regeln die ökonomischen Gesetze der kapitalistischen Produktion schon selber. Der andere Teil der Grundrechte ist durch diese zentrale Entscheidung für das Privateigentum geprägt; denn was bedeutet z.B. das Recht auf „Unverletzlichkeit der Wohnung" für den, der sich keine leisten kann, gegenüber dem, der Mietshäuser besitzt, oder die Pressefreiheit des Zeitungsverlegers gegenüber dem, der nur in der Lage ist, sich eine der angebotenen Zeitungen zu kaufen. Andere „Grundrechte" regeln deutlich das politische Herrschaftssystem, das berufen ist, das Recht der Kapitalisten auf Privateigentum zu schützen. Auf einen kurzen Nenner gebracht: Es darf nicht zuviel Demokratie herrschen, gerade soviel, daß der Schein gewahrt wird. Bei Schleyer heißt das: *„Soviel Demokratie wie möglich! Das muß Grundsatz eines sozialen Modells der Zukunft sein!"* (Seite 80) Daraus folgt, daß in bestimmter Hinsicht und in bestimmten Fragen Demokratie **unmöglich** ist. Wir haben das schon gelesen, nicht in bezug auf alles, wie Menschen „zusammenwirken", soll es Demokratie geben.

Die Demokratie muß „repräsentativ-parlamentarisch" sein. Mit der Abgabe des Stimmzettels für eine der bürgerlichen Parteien soll es genug sein. Die KPD und ihr revolutionäres Programm ist verboten. Und Schleyer meint: *„Vor allem müssen die Regierenden den Mut dazu haben, den Feinden der demokratischen Freiheit, getarnten wie ungetarnten, die Möglichkeit zu entziehen, ihren Kampf gegen die repräsentative parlamentarische Demokratie unter dem Schutz der garantierten Bürgerrechte zu führen, sie also zu mißbrauchen."* (Seite 77) Das heißt exakt, Freiheit für die Anhänger des Privateigentums, politische Unterdrükkung für ihre Gegner. Während nach Schleyer das Grundrecht auf Privateigentum unter allen Umständen unantastbar sein soll, sind dies die anderen daraus abgeleiteten keineswegs; sie müssen sogar außer Kraft gesetzt werden, um das Privateigentum zu schützen.

Von vorneherein sorgt man dafür, daß die staatliche Gewaltausübung nicht gestört werden kann: *„Jede Beeinträchtigung der Kompetenz des Gesetzgebers muß abgewehrt werden; den demokratischen Charakter des Gemeinwesens garantiert die Verfassung, und das Organ der Entscheidungsmacht des ganzen Volkes muß das Parlament bleiben. Die staatliche Exekutive ist bereits dadurch ‚demokratisiert', daß sie im Auftrag der Verfassungsorgane handelt und an Gesetze gebunden ist. Alles, was darüber hinausgeht, ist destruktiv."* (Seite 83)

Es heißt: Alle Gewalt geht vom Volke aus! Aber wo geht sie hin, fragt Bertolt Brecht ironisch in einem Gedicht. Beim Volk bleibt sie jedenfalls nicht, sondern tritt ihm entgegen in Gestalt der bewaffneten Ordnungshüter, die die herrschende Eigentumsordnung zu schützen haben. So muß es auch sein, sagt Schleyer: *„Recht muß als allgemeine Verhaltensregel durchsetzbar, also erzwingbar sein; dem Rechtsstaat kommen somit die nötigen Machtmittel seiner Natur nach zu."* Und: *„Der Staat hat in einer zivilisierten Gesellschaft das Monopol der Gewalt-Ausübung – würde er darauf verzichten, dann würde er aufhören, Staat zu sein."* (Seite 60) An einem entscheidenden Punkt seiner Beweisführung angelangt, vermag Schleyer nur zu sagen, der Staat ist Staat, weil er Staat ist. Die Frage ist aber: Was für ein Staat, und in welchem Interesse, d.h. der Staat welcher gesellschaftlichen Klasse? Diese Frage aber darf Schleyer nicht stellen und schon gar nicht beantworten. Der Staat der herrschenden Klasse soll von allen als „unser" Staat akzeptiert werden. Das muß man den Massen beibringen, notfalls mit Gewalt, die der Staat selbst darstellt. Aber auch sonst. Schleyer: *„Die Erziehung zur Demokratie, die ich verlange, kann also keinesfalls durch Demokratisierung erfolgen."* (Seite 83) Wie dann? Auch hier bieten sich die Unternehmer als „Hüter der Freiheit" an: *„Wenn irgendwo, dann muß die Integration des Arbeitnehmers in die freiheitliche Ordnung im Betrieb erfolgen."* Jeder, der im Betrieb arbeitet, weiß, was das für eine Integration ist.

Gelernt werden soll, Unterdrückung als Gleichberechtigung, Ausbeutung als Partnerschaft zu akzeptieren. Kein Wunder, daß Schleyer dafür den Betrieb anbietet, wo das Unternehmerregiment direkt herrscht. *„Der wichtigste Partnerschaftsfall ist aber zweifellos nach wie vor das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Industriewirtschaft. Es wird aus Unkenntnis oder in demagogischer Absicht immer wieder falsch schematisiert, als handele es sich im das konfliktschwangere Verhältnis zwischen Reichen und Armen, Kapitalbesitzern und Lohnabhängigen, Arbeitern und Ausgebeuteten. Um was es wirklich geht, ist das Verhältnis zwischen disponierender und ausführender Arbeit – aber auch das nur in groben Umrissen. Diese Unterscheidung ist durch keinen Systemwechsel zu erschüttern; sie ist ein ewiges Sozialgesetz."* (Seite 170) *„Die Unternehmer sitzen dem Arbeitnehmer in ihrer Eigenschaft als Manager oder als Auftraggeber des Managements gegenüber, so daß Partnerschaft aus der gemeinsamen Aufgabenstellung heraus etwas Naturgegebenes ist."* (Seite 171) So wenig wie Arbeiter und Kapitalisten „natürliche" Partner sind, weder Partner, noch natürlich, sind alle „Staatsbürger" gleich und verfügen gleich über den Staatsapparat. Den gebückten Gang auf politischem Gebiet lernt man also am besten dort, wo er als „naturgegeben" erscheint. So malt sich das in Schleyers Kopf. Allerdings lernen die Arbeiter in der Produktion notwendig mehr als ihr Kapitalist sich das wünscht: Die bloße Erkenntnis ihrer Lage läßt in ihren Köpfen den Gedanken an den Sozialismus

mit unwiderstehlicher Macht entstehen.

## Was Schleyer vom Sozialismus weiß

Die Gefahr, die droht, ist der Sozialismus. Können schon nicht alle Einwände gegen die kapitalistische Ausbeuterordnung ausgeräumt werden, so soll doch wenigstens da, was die Alternative sein kann, so schrecklich sein, daß man lieber beim alten bleibt. Gewarnt werden muß, so Schleyer, vor der *„Irrlehre von der Erlösung durch das Kollektiv"*. (Seite 56) Das Kollektiv ist ihm ein Greuel. Er hält es mit der „Einzelleistung" und, wie wir gesehen haben, mit dem Vermögen, d.h. dem Privateigentum dieser Einzelnen. Die Aufhebung des Privateigentums, seine Ersetzung durch das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln erscheint ihm so als die Aufhebung des Individuums überhaupt, das er sich nur als Eigentümer vorstellen kann. **„Die Aufhebung dieses Verhältnisses nennt die Bourgeoisie Aufhebung der Persönlichkeit und Freiheit! Und mit Recht. Es handelt sich allerdings um die Aufhebung der Bourgeois-Persönlichkeit, -Selbständigkeit und -Freiheit."** (25) Die Verhältnisse, die dieser Aufhebung folgen, können sich die Bourgeois bezeichnenderweise nur so denken, wie sie heute im Kapitalismus für das Individuum tatsächlich bestehen. Der schärfste Vorwurf gegen den Sozialismus besteht immer noch darin, daß es in dieser Gesellschaft aussehen würde wie heute in der Fabrik, man muß hinzufügen: in der kapitalistischen Fabrik. **„In der bürgerlichen Gesellschaft ist das Kapital selbständig und persönlich, während das tätige Individuum unselbständig und unpersönlich ist."** (26) Alles Gerede über die Schrecken des „Kollektivismus" entspringt nur der Vorstellung von der heutigen Wirklichkeit, daß nämlich die arbeitenden Massen immer nur geführt und angetrieben werden müssen und daß Freiheit und Selbständigkeit nur in den Agenten des Kapitals verwirklichbar scheint. Über diese Agenten trifft Schleyer Aussagen, wenn er vom Menschen schlechthin spricht. Und so behauptet er: *„Die Aussicht, sich durch seine Arbeit und sein Geschick Eigentum zu erwerben und das Erworbene ohne Einmischung einer Obrigkeit für sich behalten und genießen zu dürfen, motiviert die Menschen als Wirtschaftsbürger weit mächtiger als eine abstrakte sozialistische Idee."* (Seite 93) Schleyer und seinesgleichen „als Wirtschaftsbürger" sicher! Aber diejenigen, die arbeiten, diejenigen, die alles produzieren? Warum sollten sie durch die Aussicht motiviert werden, ihr Leben lang für den Erwerb und den Genuß der Kapitaleigentümer zu arbeiten, oder deutlicher, zu schuften? Warum sollten sie nicht durch die Aussicht motiviert werden, sich zu organisieren, die Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum zu überführen und die Ausbeuter zu verjagen?

„Das wäre ja schön, aber das wird nie funktionieren", das ist immer das letzte Argument, was man uns einhämmern will. Schleyer proklamiert, daß es überhaupt keine *„perfekte Regelung der sozialen Existenz des Menschen"* geben könne und daß vielmehr die angestrebte Perfektion im Sozialismus nur zu Zwang und Rückschritt führen müsse. Nachdem er also die bürgerliche Gesellschaft zur besten aller möglichen Welten und zur unveränderlichen, geschichtlich letzten aller Gesellschaftsordnungen, zum Ende der Geschichte erklärt hat, wirft er dies genau dem Sozialismus vor: Entwicklung, Fortschritt und Initiative könne es hier nicht mehr geben, offensichtlich, weil die Massen dies entwickeln müssen und nach Schleyer doch nicht können. Er sagt das so: *„Da die sozialistische Ordnung ihrer Vollkommenheit wegen Endgültigkeitscharakter hat, beendet sie auch den Fortschritt. Jede weitere Bewegung kann dann nur Rückschritt sein."* (Seite 253) *„In der geschlossenen Gesellschaft des Sozialismus, in diesem vermeintlichen Endreich bleibt die Freiheit auf der Strecke, mit ihr aber auch die freie schöpferische Tätigkeit des Menschen, jene Kraft, die den Fortschritt zu einem besseren Leben allein bewirken kann."* (Seite 256)

Was im Sozialismus beendet wird, ist die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, der Zustand, in dem die große Masse, die modernen Arbeiter **„nur so lange leben, als sie Arbeit finden, und nur so lange Arbeit finden, als ihre Arbeit das Kapital vermehrt"** (27), also ausgebeutet wird. Was begonnen werden kann, ist die freie Entwicklung der Initiativen der Massen, die ihre Lebensverhältnisse endlich selber ordnen und leiten können. Daß dies die Bourgeoisie fürchtet, braucht nicht zu verwundern. Nicht zu verwundern brauchen auch die geistigen Ärmlichkeiten, mit denen einer ihrer Vertreter ein ganzes Buch zu füllen weiß, das nur ein Aufguß längst ausgetretener Phrasen ist. *„Offene und geschlossene Gesellschaft"*, so will Schleyer die Alternative sehen.

Die sozialistische Gesellschaft ist die gemeinsam geplante und organisierte Anstrengung der Produzenten, die Natur zu beherrschen, ihre Gesetze zu nutzen und die Produktion unbegrenzt zu entfalten. Dadurch gibt es auch keine Unterdrückung und Ausbeutung in den Produktionseinheiten. Der rationale Kern dessen, was Schleyer mit „geschlossen" diffamieren will, ist der, daß die kommunistische Gesellschaft die materielle Produktion nach durchschauten und angewandten Gesetzen unter Gebrauch der Verstandeskräfte und der rationalen Planung organisieren kann.

Demgegenüber ist der bürgerlichen Gesellschaft, die Schleyer als „offen" bezeichnet, ihre eigene Wirtschaft ein geheimnisvolles Buch mit sieben Siegeln. Hier herrscht nicht die rationale und rationelle gemeinsame Anstrengung der Produzenten, sondern die Lust am Risiko und das Glücksrittertum der Unternehmer bei der Ausbeutung der arbeitenden Masse. Wirtschaft ist „nicht machbar", sagt Schleyer, – wenn man das als „offen" bezeichnen will!

Diejenigen, die alles produzieren, haben auch die Fähigkeit, diese ihre Produktion selbständig und frei im Kollektiv zu organisieren, die Not und das Elend ebenso zu besiegen wie Ausbeutung und Unterdrückung. Die Gesetze der gesellschaftlichen Produktion können ebenso entschleiert und genutzt werden wie die Naturgesetze, noch dazu, da sie von Menschen gemacht sind. Es ist höchste Zeit, sich solcher Leute wie Schleyer, Parasiten und Scharlatane in einem, und der Klasse, die sie vertreten, zu entledigen. Je eher, desto besser. Gewartet haben wir lange genug.

D.H.

---

(25) ebenda
(26) ebenda
(27) ebenda, Seite 32


# Zeitschriften aus Albanien




**Albanien heute**
Politisch-informative Zweimonatsschrift

Aus dem Inhalt von Nr. 4/75 u.a.:
- Der Bürokratismus – ein gefährlicher Feind des Sozialismus
- Die Justizeinrichtungen in Albanien
- Die sowjetische Wirtschaft – eine vollständig und endgültig kapitalistische Wirtschaft
- Die Stärke unserer Armee beruht auf ihrem Charakter als revolutionärer Volksarmee

*Einzelheft:* *1,50 DM*
*Abonnementspreis für ein Jahr* *12,00 DM*




**Neues Albanien**
Politisch-gesellschaftliche Illustrierte
erscheint zweimonatlich

Aus dem Inhalt von Nr. 4/75 u.a.:
- Arbeiter und Künstler
- Fruchtbare Felder
- Die internationale Ausstrahlung der neuen albanischen Literatur
- Sieben Fragen über das Gesundheitswesen
- Bildartikel, Erzählungen, Kurzgeschichten über den Aufbau des Sozialismus in Albanien

*Einzelheft:* *1,00 DM*
*Abonnementspreis für ein Jahr:* *9,00 DM*

Zu beziehen über: **Buchvertrieb Hager GmbH,** 6800 Mannheim, Sandhofer Str. 29

## Inhaltsverzeichnis des 3. Jahrgangs 1975

### Heft 1, März 1975

Joscha Schmierer
**Sozialfaschismusthese und politische Programmatik der KPD 1928–33**

Wilfried Maier
**In einer Organisation ohne politischen Halt müssen bürgerliche Auffassungen die Oberhand gewinnen**
Zu den Auffassungen und zur Politik des KB Nord

**Fortschreitende Krise oder ‚relative Stabilisierung'?**
Zur Kritik der Broschüre „Wirtschaftsentwicklung und Klassenkampf" (‚Revolutionärer Weg' 13 und 14/74)

**Die Politik der Kommunisten gegenüber den verschiedenen Klassen und Schichten der Landbevölkerung**
Zu dem Artikel „Die Stellung der Kommunisten zur Bauernfrage" in ‚Kommunismus und Klassenkampf' 3/74

**Der Revisionismus führt zur Machtübernahme der Bourgeoisie – Das Beispiel Ungarn**

**Zur Debatte über unsere Aufgaben in der Kulturarbeit**

**Zu einigen Problemen bei der Organisierung einer kommunistischen Linie bei der Kulturarbeit**

Hans-Jörg Hager
**Einige Erfahrungen aus dem Landtagswahlkampf in Hessen**

*(Dieses Heft ist vergriffen, der Aufsatz von J. Schmierer „Sozialfaschismusthese und politische Programmatik der KPD 1928–33" ist als Broschüre erhältlich.)*
*Best.Nr.: 10612* *Preis 1,50 DM*

### Heft 2, Juni 1975

Wilfred Burchett
**Der Kampf des koreanischen Volkes um seine nationalen Rechte**

**Gibt es zu viele Menschen?**
Zur Auseinandersetzung um die Frage der Welternährungskrise

**Was ist die gesellschaftliche Triebfeder und die Perspektive des Kampfes in Wyhl?**

**Beschränkung des Arbeitstages auf 7 Stunden an 5 Wochentagen! Völliges Verbot der Überstundenarbeit!**

**Zur Kritik der reformistischen Wirtschaftspolitik**

**Die Quintessenz des Sozialismus ist die Lehre von der Diktatur des Proletariats**

Hans-Jörg Hager
**Mit der westdeutschen imperialistischen Bourgeoisie gibt es keine Gemeinsamkeit**
Gegen die Theorie der Vaterlandsverteidigung und des Burgfriedens mit der eigenen Bourgeoisie

### Heft 3, September 1975

J. S.
**Der ideologische Aufbau ist das Hauptkettenglied beim Aufbau der Partei**
Die Einheit der Marxisten-Leninisten
Aus Anlaß einer Rede des Vorsitzenden der Gruppe Roter Morgen (KPD/ML)

Joscha Schmierer
**Die Generallinie der internationalen Kommunistischen Bewegung und die Frage von Krieg und Frieden**

W. Maier
**„Freiheit, Familie, Eigentum" – ideologische Ladenhüter der bürgerlichen Klasse gegen die Arbeiterklasse gewendet**
Der Mannheimer Parteitag der CDU

e.r.
**Aufrüstung des BRD-Imperialismus**
Zur Entwicklung der Militärpolitik der BRD

BN, D. A. (Südasienarbeitskreis Heidelberg)
**Putsch in Bangla Desh und das Ringen der beiden Supermächte um Einflußsphären**

Mo.
**Zur Außenpolitik, Militärdoktrin und Flottenpolitik des russischen Sozialimperialismus**
Diskussionsbeitrag

## 2. Jahrgang 1974

**1/74**
Kampf um Demokratie und Sozialismus – Zum Erfurter Programm
Politisches Minimalprogramm oder imperialistischer Ökonomismus? – Noch einmal zu den demokratischen Forderungen unseres Programms
Chile: Kampf gegen Imperialismus und Kapitalismus
Über die internationale Bedeutung der Lehre Mao Tsetungs

**2/74**
Das Programm der Kommunisten muß die Praxis leiten – Weder Verallgemeinerungen unserer Praxis noch System ausgeklügelter Forderungen
Vorbemerkung
Zur Frage der Abschaffung aller indirekten Steuern im KBW-Programm
Zur Steuerforderung

**3/74**
Der Kampf gegen die Fahrpreiserhöhung und den Magistrat in Frankfurt
Die Aufgaben des KBW im Wahlkampf in Hessen
Die Stellung der Kommunisten in der Bauernfrage

**4/74**
Das Anwachsen der Weltbevölkerung schreckt nur den Imperialismus
Kapitalexport, Rohstoffpolitik und Entwicklungshilfe der BRD
Gesichtspunkte zur Lage im Wehrpflichtheer, Oktober 1974
Der „Demokratische Sozialismus" der SPD hat weder mit dem Sozialismus noch mit der Diktatur etwas zu tun
Der Zweck der Diktatur des Proletariats ist die soziale Befreiung der Arbeiterklasse
Ist die Diktatur des Proletariats mit allgemeinen Rechten für jedermann vereinbar?
Über einige Probleme der Diktatur des Proletariats und der proletarischen Demokratie
Bericht über organisatorische Fragen auf der Ebene des Ortes

**1/73**
Die gegenwärtige Klassenkampfsituation und die Aufgaben der Kommunisten
Die Arbeiterklasse und der Kampf um demokratische Forderungen – Erläuterungen zum Erfurter Programm
Westberlin – Eine Politik der freien Stadt?

**Die Hefte sind erhältlich bei den Verkaufsstellen der Kommunistischen Volkszeitung, über den Buchhandel oder über Buchvertrieb Hager, Postfach 5129, D–6800 Mannheim**